

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einsch. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.—Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Lauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig:**
Lauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

Inserationspreise: Die 10. Spalte, Kolonelle 35 Pfg., bei Vorkauf 40 Pfg. Stellenangebote 10. Spalte, Kolonelle 25 Pfg. Familienanzeigen von Privatpersonen 10. Spalte, Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamespalte 2 Mk. Inserate v. ausm.: die 10. Spalte, Kolonelle 40 Pfg., bei Vorkauf 50 Pfg., Reklamespalte 2,25 Mk

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Starker Stimmengewinn in Holland

Große Fortschritte in den Städten

Amsterdam, 4. Juli. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Redaktion des Het Volk berichtet uns, daß die Sozialdemokratie in den Großstädten, insbesondere in Amsterdam, einen glänzenden Wahlsieg errungen habe. Dem gegenüber steht der katholische Süden, in dem die Katholiken einen starken Stimmengewinn zu verzeichnen hatten. Die Resultate in den beiden Großstädten stellen sich wie folgt:

Amsterdam

Sozialdemokratische Partei	1925: 113 505 Stimmen (37,2 Proz.)
1929: 134 464 Stimmen (39,5 Proz.)	
Katholische Partei	1925: 46 530 Stimmen (15,2 Proz.)
1929: 53 072 Stimmen (15,6 Proz.)	
Kommunisten	1925: 13 997 Stimmen (4,5 Proz.)
1929: 12 796 Stimmen (3,8 Proz.)	

Rotterdam

Sozialdemokratische Partei	1925: 83 068 Stimmen (38,0 Proz.)
1929: 94 296 Stimmen (38,4 Proz.)	
Katholische Partei	1925: 34 188 Stimmen (15,6 Proz.)
1929: 39 699 Stimmen (18,2 Proz.)	
Kommunisten	1925: 3 682 Stimmen (1,7 Proz.)
1929: 2 028 Stimmen (0,8 Proz.)	

Im allgemeinen wird damit gerechnet, daß die Sozialdemokratische Partei statt der bisher innegehabten 24 Sitze im neuen Parlament 25, vielleicht 26 Sitze, haben wird. Um 12 Uhr mittags lag das Gesamtresultat auch in Amsterdam noch nicht vor.

SPD Amsterdam, 4. Juli.

Nach dem vorliegenden Ergebnis der Kammerwahlen aus 13 Verhältniswahlkreisen stellen sich die Resultate wie folgt:

Sozialdemokraten	667 207 gegen 591 504 Stimmen (1925)
Nämlich-Katholische	530 605 gegen 512 245 Stimmen (1925)
Antirevolutionäre	322 068 gegen 316 463 Stimmen (1925)
Christlich-historische	230 401 gegen 247 579 Stimmen (1925)
Freiheitsbund	179 266 gegen 217 564 Stimmen (1925)
Demokraten	159 864 gegen 139 822 Stimmen (1925)
Kommunisten, Nichtg. De Biffer	31 247 geg. 32 236 St. (1925)
Kommunisten, Nichtg. Wijnkoop	27 540 Stimmen.

Nach einer Schätzung der noch ausstehenden Wahlkreise wird die Sozialdemokratie jedenfalls 25 statt 24 von hundert Kammer-sitzen haben. Jede der beiden kommunistischen Richtungen wird durch einen Abgeordneten vertreten sein, während bisher nur ein Kommunist der Kammer angehört. Wenigerwertig ist der Stimmengewinn des Liberalen Freiheitsbundes, der statt 9 wahrscheinlich nur 7 Sitze erhalten wird. Auch die Antirevolutionäre büßten einen Sitz ein und werden in der neuen Kammer wahrscheinlich nur 12 Abgeordnete haben.

„Schleimsüppchen“ und „Diät“

Der Fraktionskampf in der SPD

V. H. Die SPD hat trotz unbestreitbar guter Regie und trotz aller Methoden des brutalen innerpolitischen Terrorismus es auch nach dem rührreichen „Weddinger Parteitag“ nicht erreicht, daß die Einheitsfront wenigstens in ihren eigenen Reihen formiert werden konnte. Die Auseinandersetzungen und die Selbsterleuchtungsaktionen gehen weiter. Man ist noch immer dabei, sich gegenseitig mit „bolschewistischer Härte“ die Meinung zu sagen. Und dabei spricht es Funken!

In Leipzig vertritt nun die Brandler-Opposition mit dem Vermerk „Nur für Parteimitglieder“ eine Broschüre, die sich mit den Auseinandersetzungen in der SPD und der Frage eines Aktionsprogrammes beschäftigt. In diesem Dokument kommunistischen Fraktionskampfes nimmt man kein Blatt vor den Mund und schimpft über Dinge, die man, so lange sie sich nicht gegen die Brandlerleute, sondern gegen die Kollegen von der ultralinken Fakultät auswirken, freudbestrahlend unterstricht und mitgemacht hat. In der Einleitung zu dieser Broschüre heißt es erläuternd und aufklärend:

„Die vom ZK angewandte Methode des, mit Verlaub gesagt, „ideologischen“ Kampfes beruht auf der Berechnung, daß auch die an sich besten Lüge schließlich Glauben findet, wenn sie nur recht laut und recht oft wiederholt wird.“

Wir müssen gestehen, daß wir selten eine so treffende Kennzeichnung der kommunistischen Kampfmethoden gefunden haben, wie sie gerade hier von Kommunisten selbst geschieht. Dabei wenden sich die Oppositionellen an die Parteimitglieder der SPD, die ja doch die Möglichkeit besitzen, die Richtigkeit dieser Behauptung nachzuprüfen. Nachdem so über die Taktik des Zentral-Komitees der SPD das nötige gesagt wurde, wird die Frage der innerparteilichen Demokratie behandelt. Sie ist besonders interessant, weil es ja gerade die Kommunisten sind, die uns Sozialdemokraten hier immer mit gutgemeinten Ratschlägen und Ermahnungen dienen wollen. Hier heißt es von der Parteileitung der SPD:

„Wer beweisen will, daß Schwarz weiß ist, der darf es nicht wagen, eine wirkliche Diskussion zu führen — er muß Auffassungen der anderen Seite, wenn er sie überhaupt erwähnt, verdrehen und entstellen.“

Die kommunistische Opposition, die selbst immer dafür zu haben war, wenn es galt, mit terroristischen Methoden gegen ihre Fraktionsgegner in der eigenen Partei zu arbeiten, sieht heute — wo sie nicht in der Lage ist, gleiches mit gleichem zu vergelten, — ein, daß diese Art von „Demokratie“, wie sie in „der Komintern“ besteht, etwas durchaus Unsozialistisches und Unproletarisches ist. Man erkennt wehklagend, daß man in der „revolutionären“ Partei bereits zur „Gottähnlichkeit der Instanzen“ gelangt ist und man jammert:

„Es ist klar, daß diese Methode die größte Missetzung der Parteimitgliedschaft bedeutet. Die Mitglieder einer revolutionären Partei sind keine Süßlinge, die vom ZK auf Diät gehalten und mit politischen Schleimsüppchen und sonstigen offiziellen Schlemm ernährt werden müßten.“

Nach dieser Charakterisierung der durchaus unproletarischen und eindeutig reaktionären Auffassung der Parteiführung von den Aufgaben einer proletarischen Partei stellt die Broschüre der Brandler-Opposition eine Forderung auf, die vom kommunistischen Standpunkt aus allerdings so ungeschmacklich, unerfreulich und unannehmbar ist, daß wir begreifen, warum diese Fraktion in den innerpolitischen Auseinandersetzungen unterlegen ist! Es heißt dort nämlich wörtlich: „Zum Kommunisten gehört außer dem Mitgliedsbuch noch ein Kopf, und zwar ein eigener.“ — Wir verstehen, daß derartige Zumutungen in der SPD auf den schärfsten Widerpruch stoßen müßten! Die ganze But der Thämmner, die ja nach der Begriffsbestimmung der Brandlerianer zweifelsohne kaum als „Kommunisten“ anzusprechen sind, ist hiermit erklärt. Denn Thämmner u. Co. haben bewiesen, daß man Kommunisten außer dem Mitgliedsbuch nur ein großer Mund gehört, den kann man aber besitzen, ohne ein „eigener Kopf“ zu sein!

In dem Aufklärungswerkchen heißt es noch: „Wir hätten es nicht nötig, diese Broschüre herauszugeben, wenn das ZK die elementarsten Grundsätze der innerparteilichen Demokratie und die statutarischen Rechte der Mitglieder achten würde.“ Nachdem man sich so die Wahrnehmung berechtigter Interessen attestiert hat, geht man zu den eigentlichen politischen Auseinandersetzungen über. Es darf hier zugestanden werden, daß die einzelnen Aufsätze in ihren Meinungsäußerungen verächtlich an gewisse Gedankengänge der „Reformisten“ und der „Zentristen“ erinnert. Man gleicht diese Erkenntnisse durch doppelte Schimpfereien auf die böse Sozialdemokratie und die ebenso bösen freien Gewerkschaften aus und wirft ihnen alles mögliche vor, um sich so ein „Alibi“ zu verschaffen. Es wird demgegenüber — was von Kommunisten immerhin viel ist — zugegeben, daß die „ideologische Schwäche“ der Kommunisten „meistens zu opportunistischen Entgleisungen oder linken Phrasendreschereien führt“. Das neben ist man aber selbst auch fast so etwas wie „opportunistisch“! So wird nach der Feststellung, daß wir „in einer Zeit der relativen Stabilisierung des Kapitalismus“ leben,

Die Vorfälle von Sidasnemeti

Der tschechisch-ungarische Eisenbahnkrieg

U Prag, 3. Juli.

Das tschechische Eisenbahnministerium wurde von Ungarn dahin unterrichtet, daß Ungarn, falls der Eisenbahnverkehr über Sidas-Nemeti nicht unverzüglich aufgenommen werde, seinerseits den Verkehr mit der Tschechoslowakei auf den andern drei Strecken einstellen werde. Der Verkehr mit Ungarn geht auf fünf Strecken vor sich. Die eine führt von Preßburg über die auf slowakischem Boden gelegene Grenzstation Petralka nach Westungarn, die zweite führt über Slowatisch-Neuhäusl über Parfany und Szob nach Budapest, die dritte von Neuhäusl über Komorn nach Budapest. Auf diesen drei Strecken soll nach der ungarischen Drohung der Verkehr eingestellt werden. Besonders die zweite Strecke ist für den internationalen Verkehr von großer Bedeutung, da sie die Verbindung zwischen West- und Mitteleuropa, Berlin und dem Balkan herstellt.

Die vierte Strecke ist die eingestellte Strecke Kaschau—Sidas-Nemeti—Budapest.

Der springende Punkt der Sache sei die Art, wie die Verhaftung des tschechoslowakischen Stationsassistenten Pecha erfolgt sei. Wenn von ungarischer Seite behauptet werde, daß Pecha Spionage getrieben habe und daß er beobachtet worden sei, so hätte die ungarische Regierung die Möglichkeit und nach dem tschechoslowakisch-ungarischen Vertrag die Pflicht gehabt, die Prager Regierung hiervon zu verständigen. Dies sei aber nicht geschehen und die Verhaftung sei als im Widerspruch mit dem Vertrage stehend auf eine unmögliche Weise erfolgt.

Demarche in Budapest

U Budapest, 3. Juli.

Das tschechoslowakische Pressebureau teilt mit: Der tschechoslowakische Gesandte in Budapest, Paller, hat auf Anordnung der tschechoslowakischen Regierung gestern, am 2. Juli, beim ungarischen Außenminister Walko gegen die Art der Verhaftung des Eisenbahnbeamten Pecha in Sidasnemeti protestiert und Aufklärung verlangt. Minister Walko erklärte, das Vorgehen der ungarischen Behörden richte sich gegen die Spionagetätigkeit Pechas, welchen die ungarischen Behörden längere Zeit beobachtet hätten.

Diese Antwort kam nicht als befriedigend angesehen werden, da die Art und Weise der Verhaftung, auch wenn der Grund für die Verhaftung richtig war, dem zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn abgeschlossenen Eisenbahnabkommen widerspricht.

U Budapest, 3. Juli.

Amtlich wird mitgeteilt: der tschechoslowakische Gesandte in Budapest hat gestern beim Minister des Äußeren, Walko, vorgeschrieben und die Angelegenheit der am 28. Juni erfolgten Verhaftung des in Sidasnemeti dienstleitenden Eisenbahnbeamten Vincenz Pecha zur Sprache gebracht. Minister des Äußeren Walko gab dem Gesandten zur Antwort, daß es sich bei der Verhaftung Pechas um keine Repressalie handle, sondern daß Pecha an Spionage auf frischer Tat erlappt worden sei und daß demzufolge seine Verhaftung angeordnet werden müsse. Im übrigen habe Pecha zugegeben, daß er mit Personen in Verbindung stand, die ihm Angaben über militärische Angelegenheiten zukommen ließen.

Tschechische Vergeltungsmaßnahmen

U Berlin, 4. Juli.

Wie dem Lokalanzeiger aus Kaschau gemeldet wird, sind dort von den Tschechen ein Arrest und ein Pflanz unter dem Verdacht der Spionage zugunsten Ungarns verhaftet worden. Die Verhaftung sollte als eine Vergeltungsmaßnahme gegen die Verhaftung des tschechischen Eisenbahnbeamten in Sidas-Nemeti durch die ungarischen Behörden anzusehen sein.

Vorbehalte zum Schuldenabkommen

Der Kampf in den Kommissionen

SPD Paris, 3. Juli.

Die Ratifikation der interalliierten Schuldenabkommen ist, nachdem ihr am Dienstag die Finanzkommission für auswärtige Angelegenheiten im Prinzip zugestimmt haben, wieder um einen Schritt geschiefter, aber um so heftiger ist der Kampf um ihre Form und um die dem Ermächtigungsgesetz einzufließenden Vorbehalte. Beide Kommissionen haben sich gegen die Ratifikation durch Dekret erklärt. Poincaré würde diese Form der Ratifikation immer noch vorziehen, da bei der Dekret-Ratifikation die Vorbehalte in einer Art zum Ausdruck gebracht werden könnten, die in Amerika keinen Anstoß erregen würde.

Der Streit um die Vorbehalte nimmt tatsächlich immer verbreiterte Formen an. Auch der in der Kammer eingebrachte Antrag des Berichterstatters der auswärtigen Kommission, laut welchem in einem Zusatz zum Gesetz bestimmt werden soll, daß die französische Regierung die Zahlungen der interalliierten Schulden nur aus den deutschen Reparationsleistungen bestreiten könne, erscheint vielen nicht als ideale Lösung. Man hegt die Befürchtung, daß die amerikanische Regierung auch hiergegen Einwendungen erheben würde. Ministerpräsident Poincaré wird so fraglos noch viele Mühe haben, ehe die Ratifikation glücklich vollzogen ist.

Keine Dreiteilung

U Berlin, 3. Juli.

Gegenüber der irreführenden Pariser Meldung eines Berliner Blattes am Mittwochfrüh, wird von zuständiger Berliner Stelle nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die deutsche Regierung auf der bevorstehenden diplomatischen Konferenz alle Fragen in einem Zuge gelöst sehen möchte, die als Ergebnis des Krieges noch übrig geblieben sind. Eine Dreiteilung der Konferenz, wie sie vor allen Dingen in Paris vorgeschlagen werde, komme unter keinen Umständen in Frage. Was den Zeitpunkt der Konferenz angeht, so glaubt man hier, daß die Konferenz Anfang August beginnen kann. Aber auch hier machen sich ebenso wie in der Frage des Konferenzortes immer noch Schwierigkeiten geltend, die in der Hauptsache von Paris ausgehen.

A-Lesehalle 837

Der Kampf um den Kirchenvertrag

Die von der andern Fakultät



„Der Amtsdirektor ist sage: Wenn wir evangelischen Pastoren auch meist an der Seite der Sakramentaler die Republik gefällig bekämpfen, so ist doch unser Ziel dabei, wie die Katholiken zu einem Konkordat mit der Republik zu kommen.“

Dem Konkordat zugestimmt

Annahme im Ausschuss mit 16 gegen 13

SPD Der Hauptausschuss des Preussischen Landtages nahm am Mittwoch den Vertrag mit der katholischen Kirche mit 16 Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Wirtschaftspartei gegen 13 Stimmen der übrigen Parteien an. Außerdem wurde ein demokratischer Antrag angenommen, wonach das Staatsministerium unverzüglich in Verhandlungen mit den evangelischen Kirchen zum Abschluss eines ähnlichen Vertrages eintreten soll. Schließlich wurde ein Antrag des Abg. König (Soz.) genehmigt, der die Interessen der Freidenkerverbände wahrnimmt. Durch diesen Antrag wird das Staatsministerium ersucht, unverzüglich die Bestimmungen des Artikels 137, Ziffer 7, der Reichsverfassung auf dem Verordnungsweg durchzuführen. Soweit die Gleichstellung der Vereinigungen, die sich die gemeinschaftliche Pflege einer Weltanschauung zur Aufgabe machen, mit den Religionsgesellschaften im Verordnungsweg nicht tunlich erscheint, soll dem Landtag unverzüglich ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, durch den den dafür in Frage kommenden Vereinigungen die Eigenschaft der Körperschaften des öffentlichen Rechts verliehen wird.

konstatiert, „dass für den Augenblick ein gewisses Gleichgewicht der Klassenkräfte eingetreten ist“. Hier wird also — anscheinend ganz bewusst — eine Formulierung Otto Bauers verwendet. Da der Formulierung nicht ein anderer Sinn gegeben wird, handelt es sich hier allerdings um eine Frage, die mit Leninismus und „leninistischer Staatslehre“ wirklich nichts mehr zu tun hat. Otto Bauer verwendet nämlich diese Formulierung ausdrücklich in folgendem Zusammenhang (Die österreichische Revolution, S. 244):

„Die Republik war in dieser Phase kein Klassenstaat, das heißt, kein Instrument der Herrschaft einer Klasse über die andere Klasse, sondern das Ergebnis des Kompromisses zwischen den Klassen, ein Resultat des Gleichgewichtes der Klassenkräfte.“

In der Broschüre der kommunistischen Opposition wird also behauptet, dass ein „gewisses“ Gleichgewicht der Klassenkräfte vorhanden ist. Das ist gewiss ein Optimismus, wie ihn heute kaum die Sozialdemokraten haben. Auch sonst wird in allen Ausführungen auf die Wichtigkeit der Erläuterung auch „kleinster Reformen“ hingewiesen. Ausdrücklich wird verkündet: „Niemand lehnt Reformforderungen ab“ und auch sonst versucht man, wenigstens halbwegs vernünftig zu sein.

Dann schimpft man wieder sein obligates Quantum auf die Sozialdemokratie und wendet sich der Polemik des Pol. Bureau der KPD gegen Brandler zu. Ueber diese Polemik wird nun folgendes gesagt:

„Solche polemische Kunststücke können nur erklärt werden entweder dadurch, daß die Verfasser das, was sie lesen, nicht verstehen, oder daß sie aus Mangel an Argumenten versuchen, den von ihnen angegriffenen das Gegenteil von dem in den Mund zu legen, was diese wirklich gesagt haben.“

In der Broschüre wird noch lehrreiche Parteistatistik getrieben. So ist ausgerechnet worden, daß der Entwurf zu einem Aktionsprogramm, wie er von Seiten der offiziellen KPD aus erfolgte, nicht weniger als 103 (einhundertdrei) Parolen enthält!

Interessant ist, daß jetzt auch langsam im kommunistischen Lager mit der Legende aufgeräumt wird, daß die Sozialdemokratie immer mehr zu einer Partei der Kleinbürger und die KPD zu einer Organisation der revolutionären Arbeiterschaft werde. Ausdrücklich wird zu diesem Problem erklärt:

„Gerade die SPD verfügt über einen verlässlichen Wählerstamm, wie es andererseits Tatsache ist, daß die entlassenen und gearbeiteten Kleinbürger sich von den Spalterparteien abwenden und sich auch in größerer Zahl in die Gefolgschaft der KPD einschleichen. Das ist auch an und für sich zu begrüßen. Das beweist aber gleichzeitig, daß es uns noch nicht gelungen ist, der SPD bei der aus- schlaggebenden proletarischen Masse entscheidenden Abbruch zu tun, daß es dieser gelungen ist, auch ihren proletarischen Anhang zu vergrößern.“

Offen wird hier also zugegeben, daß es gelungen ist, wenn die Kommunisten behaupten, daß der Sozialdemokratie nur Kleinbürgerliche Existenzen neu beitreten. Zugestanden wird, daß es gerade umgekehrt ist, daß die Proletarier zur Sozialdemokratie kommen und daß sich aus der Wählerschaft der Spalterparteien die „revolutionären Klassenkämpfer“ zur Komintern rekrutieren.

Faßt man das Ergebnis dieses Beitrages zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen in der KPD zusammen, so sieht man, wie innerhalb der Kommunisten der Kahenjammer immer größer wird, wie sie langsam zu erkennen beginnen, daß die Kominternpolitik zu „opportunistischen Entgleisungen oder linken Phrasendreschereien“ führt und daß die einzige große Arbeiterpartei die Sozialdemokratie ist. Daß diese Erkenntnis sich nur langsam durchsetzt, daß sie sich nur unter vielen Vorbehaltungen an die Öffentlichkeit wagt, daß auf jede Welle der Vernunft eine Welle der Unvernunft kommt, darf uns aber nicht der Tatsache vergessen lassen, daß die KPD langsam aber sicher an sich selbst zugrundegeht. Das politische „Schleimfüßchen“ wird bald nicht mehr ausgelöffelt werden. Denn die „Sauglinge“ geben sich mit der offiziellen „Diät“ nicht mehr zufrieden!

„Rückfall in die sozialdemokratische Ideologie“

Rundschreiben gegen Klara Zetkin

SPD In einem geheimen Rundschreiben an die politischen Sekretäre der einzelnen Bezirke hat das Zentralkomitee der KPD besondere Anweisungen über die Behandlung des „Falles Klara Zetkin“ gegeben. In dem Rundschreiben wird zunächst bestätigt, daß der Abreise Klara Zetkins von Moskau heftige Auseinandersetzungen mit der gegenwärtigen Führung der Komintern vorausgegangen sind. Klara Zetkin habe eine Erklärung unterschreiben sollen, nach der sie sich in Deutschland von jeder Verbindung mit der ausgeschlossenen Brandler-Gruppe zurückhalten und sich bei jeder politischen Tätigkeit Thälmann unterstellen würde. Das habe Klara Zetkin abgelehnt. Sie habe hinzugefügt, daß sie bei etwaigen Schwierigkeiten die Dienste des deutschen Komjuls in Moskau in Anspruch nehmen müsse. In dem Rundschreiben wird schließlich verlangt, daß in den einzelnen Bezirken der Boden für den zu erwartenden Ausschluß vorbereitet werde. Klara Zetkin wird als eine willenlose, altersschwache Person bezeichnet, deren Rückfall in die sozialdemokratische Ideologie schon jahrelang vermerkt worden sei.

Die kommunistische Oppositionspressen berichtet in kommunistischen Mitgliederversammlungen erzählt die KPD-Sekretäre bereits, Klara Zetkin sei mit Brandler bei den „Sozialfaschisten“ gelandet.

Regierungsbildung in Mecklenburg

SPD Schwerin, 3. Juli.

Die Verhandlungen der bürgerlichen Fraktionen des Landtages von Mecklenburg-Schwerin zur Neubildung der Regierung — mit Ausnahme der Demokraten — stehen vor dem Abschluss. Die Nationalsozialisten werden die Regierung unterstützen. Sie soll sich zusammensetzen aus dem Präsidenten der Landwirtschaftskammer von Mecklenburg-Schwerin, einem Gutbesitzer Karl Eschenburg als Ministerpräsidenten und dem provisorischen Leiter des Landesfinanzamtes Mecklenburg-Lübed, Ministerialrat Bierstädt. Ministerialrat Bierstädt war längere Zeit im Reichsfinanzministerium tätig und soll der Deutschen Volkspartei nahesteht. Eschenburg, der bisher in der mecklenburgischen Politik noch nicht hervorgetreten ist, gehört dem Landbund an.

„Wie wilde Tiere“

SPD Elberfeld, 3. Juli.

Das erweiterte Schöffengericht in Elberfeld verurteilte einen Nationalsozialisten, der anlässlich einer Gantagung des Reichsbanners an einer schweren Mißhandlung mehrerer Reichsbannerleute beteiligt war, zu 9 Monaten Gefängnis. Die Komplizen dieses Nationalsozialisten sind bereits vor wenigen Wochen zu empfindlichen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Das zuständige Gericht stellte damals fest, daß sich die nationalsozialistischen Kommandos „wie wilde Tiere“ benommen hätten.

Die britische Adressdebatte

Thomas zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

SPD London, 3. Juli.

Der Minister für Arbeitsbeschaffung, G. S. Thomas, entwickelte am Mittwochnachmittag im Unterhaus die ersten Pläne der Arbeiterregierung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Thomas betonte, daß es keinerlei abgekürzten Weg zur Überwindung der Arbeitslosigkeit gebe. Die Militanz der Erwerbslosen gebe insofern ein falsches Bild, als hiervon 50 Prozent nur vorübergehend beschäftigungslos seien. Die verbleibenden 500 000 teilweise lange Zeit hindurch zur Unfähigkeit Verurteilten stellen das gefährliche Problem dar. Sein ernstes Bestreben gehe dahin, überflüssige Importe zu vermeiden und an ihre Stelle Güter zu setzen, die in Großbritannien selbst erzeugt werden könnten. Als Beispiel führte er an, daß er die Eisenbahngesellschaften veranlaßt habe, in Zukunft häßliche Schlafwagen bauen zu lassen, an Stelle der bisher verwendeten Holzernen, für die das Material aus dem Ausland eingeführt werden müsse.

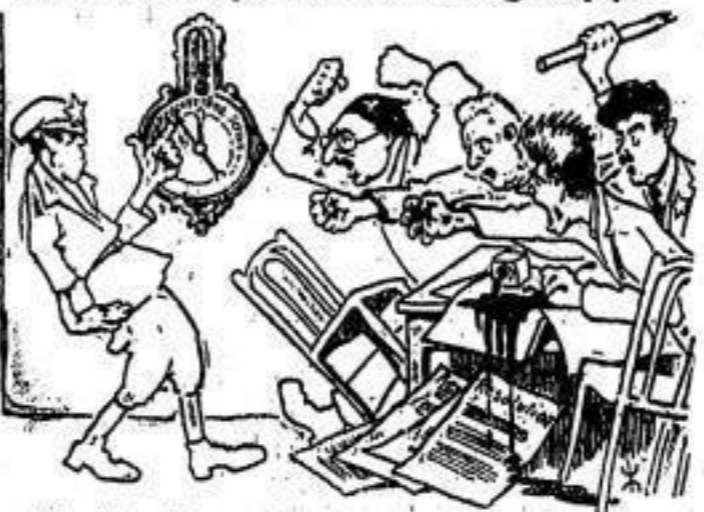
Das von Thomas in seiner Rede entworfene Aktionsprogramm zerfällt in drei Teile: Arbeiten, die sofort in Angriff genommen werden können wie z. B. die erwähnte Erhebung der Holzernen durch häßliche Schlafwagen, Verwendung von Zement statt Holz durch die Postverwaltung, Straßenbauern aus dem Wegebaufonds in der Höhe von 37½ Millionen Pfund; Arbeiten, über deren Notwendigkeit allgemeine Mehrheitsmeinung herrscht, die jedoch eine gewisse Vorbereitung sachlicher und technischer Natur benötigen, wie Eisenbahn-Elektrifizierung, Schaffung einer Ringbahnstrecke an der Peripherie Londons für den Gütertransport, baldiger Beginn des Weiterbaus bzw. der Verbesserung der Londoner Brücken. In der dritten Kategorie handelt es sich um großartige Probleme der Industrieförderung, die erst genauer Vorbereitung bedürfen.

Thomas beschränkte sich in seiner Rede im wesentlichen auf die ersten beiden Punkte und betonte, daß die Regierung in Ergänzung der von ihr selbst unternommenen oder direkt geforderten Maßnahmen tatkräftig und unter günstigen Bedingungen, wie die der lokalen Behörden und gemeinnützigen Körperschaften, zu fördern plane. Die Frage der Erhöhung des schulpflichtigen Alters auf 15, sowie die Pensionierung überalterter Arbeiter wird mit größter Beschleunigung untersucht werden.

Churchill

Nach den Ausführungen von Thomas ergliff Churchill das Wort und verteidigte Thomas des Wohlwollens und der Mitwirkung seiner Partei bei der Lösung des schwierigen Problems. Dann erinnerte Churchill an Snowdens Angriffe auf die Kriegsschuldenabkommen mit Frankreich und den Vereinigten Staaten, um im Anschluß daran ironischen Tons zu versichern, er sei gespannt darauf, nunmehr zu erleben, wie Snowden das neue Schulden- und Reparationsabkommen verteidige. Wenn Snowden Frankreich überreden könne, mehr zu zahlen, so könne er der Bewunderung des ganzen Hauses gewiß sein. Seltsam aber müßte es wirken, wenn Snowdens erste wichtige Amtshandlung darin bestehe, eine Vereinbarung der europäischen Staaten zu verteidigen, durch die Großbritannien hinsichtlich seiner finanziellen Verpflichtungen in eine schlimmere Lage gebracht werde, als zu der Zeit, wo Snowden als Mitglied der Opposition sie als standesbezeugende hatte. Churchill gab der bestimmten Erwartung der Konservativen Ausdruck, daß die gegenwärtige Regierung im Anfang des Jahres 1930 durch Vorlage eines Vertrauensantrages dem Hause Gelegenheit geben wird, zu ihrer Politik Stellung zu nehmen.

Die neueste Verrätergruppe.



„Ich würde die morgige Demonstration nicht im Freien machen. Das Barometer zeigt eine Depression an!“ „Dinaus — ein Depressionist!“

Lloyd George

Im weiteren Verlauf der Aussprache über die Thronrede nahm Lloyd George das Wort. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß der von Thomas vorgelegte Plan zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit noch nicht das letzte Wort der Regierung darstelle. Er wünschte eine Reihe von Auskünften über die Pläne für den Ausbau des Straßennetzes und diejenigen, die die Regierung zur Förderung der Industrien in den am meisten notleidenden Gebieten zu ergreifen gedenkt. Auf außerpolitische Fragen übergehend, richtete Lloyd George die dringende Mahnung an den Ministerpräsidenten, es sich zweimal zu überlegen, bevor er ein Flottenabkommen mit den Vereinigten Staaten abschließe, ohne die übrigen Flottenmächte einzubeziehen. Derartige zweiseitige Besprechungen seien es gewesen, die vor dem Kriege eine gefährliche Atmosphäre des Mißtrauens geschaffen hätten. Die Regierung dürfe auch nicht glauben, daß eine Verminderung der Kreuzerzahl oder selbst die Abschaffung der Unterseeboote mehr bedeuten würde als ein bescheidener Anfang der allgemeinen Abrüstung. Das Verschwinden der Riesenhäute auf dem Kontinent und der gewaltigen Reserven müsse das Hauptziel bleiben. Am Schluß seiner Rede kam Lloyd George auf die Wahlreform zu sprechen.

Wortstoß des linken Labour-Flügels

SPD London, 3. Juli.

Die unter der Führung des Abgeordneten Maxton stehende Gruppe des linken Flügels der unabhängigen Arbeiterpartei hat im Unterhaus einen Änderungsantrag zur Thronrede eingebracht, in dem es u. a. heißt:

„... jedoch unterbreiten Euer Majestät ergebenst, daß die schwere Not von Hunderttausenden Ihrer Untertanen eine Gesehgebung erfordert, die jedem Staatsbürger und seiner Familie eine menschliche Existenz sichert, und daß diese Not Maßnahmen notwendig macht, die auf die Reorganisation des industriellen Systems abzielen. Der Weg hierzu liegt in der Rationalisierung der Schlüsselstellungen der wirtschaftlichen Macht, nämlich der Banken, der Lebensmittel- und Rohmaterialzufuhr, der industriellen Kraftversorgung, des Transportwesens und der Landwirtschaft.“

Der Antrag, dem im Augenblick keine praktische, jedoch immerhin eine symptomatische Bedeutung zukommt, ist u. a. auch von Jenner Brodway unterzeichnet.

Der erste Konflikt

WTB London, 3. Juli.

Im Unterhaus kam es heute zum ersten Konflikt zwischen der neuen Regierung und der Opposition, da sowohl Baldwin wie Lloyd George einen von Macdonald eingebrachten Antrag bekämpften, der darauf hinauslief, daß bis Weihnachten die Zeit des Parlaments ausschließlich für die Vorlagen der Regierung vorbehalten bleibt unter Beiseitestellung aller von Mitgliedern des Hauses eingebrachten Vorlagen. Der Antrag wurde daraufhin von Macdonald sofort zurückgezogen und soll später in geänderter Form erneut zur Vorlage gelangen.

Die englische Presse zur Thronrede

WTB London, 3. Juli.

In ihren Besprechungen der Thronrede und der anschließenden Äußerungen der Regierung betonten die Blätter deren vorsichtige Fassung und bewahren infolgedessen eine abwartende Haltung. Die Äußerungen über die Industriehilfepolitik der Regierung werden in dem Sinne aufgefaßt, daß keine weiteren Gesuche um Gewährung des Industriehilfes während der Lebensdauer des jetzigen Kabinetts bewilligt werden, daß aber die bereits bestehenden Schutzabgaben bis zum Ablauf der fünfjährigen Frist weitergehen sollen.

Die konservative Morningpost spricht die Hoffnung aus, daß die Bemerkung über die Rheinlandräumung dahin zu verstehen sei, daß die britische Regierung sich in dieser Frage nicht von ihren Freunden trennen, das heißt, die englischen Truppen nicht selbständig zurückziehen werde.

Der liberale Daily Chronicle, das Organ Lloyd Georges, verlangt, daß Macdonald sich deutlicher über die Frage der von den Liberalen geforderten Wahlrechtsreform äußere.

SPD Paris, 3. Juli.

In amtlichen Stellen ist man sich der Bedeutung des in der englischen Thronrede enthaltenen Passus über die Rheinlandräumung wohl bewußt und stellt vor allem fest, daß die englische Regierung ebenso wie Deutschland die Räumung als notwendige Konsequenz der Annahme des Young-Planes ansieht. Besonders verstimmt aber hat es am Quai d'Orsay, daß in der Thronrede die von der französischen Regierung so sehr befürwortete „Feststellungs- und Vergleichskommission“ mit keinem Worte erwähnt ist.

Leichenfeier für Joseph Wauters

SPD Brüssel, 3. Juli.

Die Leichenfeier für Joseph Wauters gestaltete sich zu einer großartigen Trauerkundgebung des ganzen arbeitenden Volkes von Belgien. Wohl seit Jahrzehnten hat Brüssel kein so gewaltiges Leichenbegängnis gesehen.

Schon die Ueberführung der Leiche aus dem Sterbehause nach dem Volkshause, die nur als einfache Zeremonie der dem Toten nahestehenden Persönlichkeiten gedacht war, gestaltete sich spontan zu einer großen Volkskundgebung. Mehrere Tausend Personen geleiteten den Totenwagen zu dem Hause der Brüsseler Arbeiterbewegung, wo die Leiche in der mit roten Fahnen und Bannern geschmückten Eingangshalle aufgebahrt wurde. Uniformierte Mitglieder der Arbeiterwehr hielten die Totenwache. Ein ununterbrochener Zug besichtigte bis Mittwoch morgen an der Bahre vorbei. Ihre Zahl ging in die 20 000, darunter Arbeiter und Arbeiterinnen und viele bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Die Regierung hatte die Minister Jaspar, Hymans und Heyman in das Volkshaus entsandt. Der König hatte seinen Adjutanten geschickt.

Die eigentliche Leichenfeier fand am Mittwoch nachmittag statt. Vor dem Volkshause, wo der Sarg inzwischen auf der großen Treppe niedergestellt wurde, hielten Vanderveerde und de Brouckere kurze Ansprachen. Leon Blum sprach im Namen der ausländischen Delegierten. Für die deutsche Sozialdemokratie war Crispian erschienen. Angezählte Tausende füllten den großen Platz und die angrenzenden Straßen. Sie bildeten später einen gewaltigen Trauerzug, der von einer Abteilung der Arbeiterwehr geführt wurde. Die Zahl der Teilnehmer wird auf 100 000 geschätzt. Der Zug, in dem auch zahlreiche bürgerliche Politiker, Minister und Beamte sowie ausländische Diplomaten sich befanden, bewegte sich an den Ministerien und dem Parlament vorbei, wo die Nationalflaggen auf halbmast gehiegt waren.

Der Lob von Wauters hat auf die ganze offizielle Meinung in Belgien einen überaus tiefen Eindruck gemacht. Aus allen Kreisen laufen zahllose Beileidskundgebungen ein. Auch der König hat an die Witwe Wauters ein Beileidsschreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Während der fünf Jahre seiner Ministerschaft hat Ihr bewährter Mann alle Hilfsquellen einer außerordentlichen Intelligenz und einer ungewöhnlichen Arbeitskraft in den Dienst des Staates gestellt. Er hat insbesondere während der schwierigen Zeit der Stabilisierung einen Patriotismus an den Tag gelegt, von dem er schon während der Befehung markante Beweise geliefert hatte. Ich werde dem hervorragenden Mann, dessen vorzeitiger Tod einmütig beklagt werden wird, ein tiefgefühltes Andenken bewahren.“

Zwischenfälle in Gollnow

WB Berlin, 3. Juli.

Zu den Fallmeldungen, die in den letzten Tagen über Vorgänge in der Festung Gollnow durch einen Teil der Presse gingen und in denen Mißhandlungen Gefangener behauptet wurden, erzählt der Amtliche Preussische Pressebüro u. a.: Die drei Festungsgefangenen Schneider, Erdmann und Freuh hatten die Erlaubnis, während der Feststunden die Anstalt zu verlassen, am 18. Mai d. J. mißbraucht, indem sie vom Stadt-Urlaub nicht zurückkehrten, sondern Gollnow verließen und erst im Juni, teils freiwillig, teils nach Festnahme durch die Polizei, in die Festungshaft zurückkehrten. Daraufhin habe der Direktor ihnen den Stadt-Urlaub entzogen und die Erlaubnis zum Aufenthalt im Freien für die Dauer von vier Wochen auf täglich eine Stunde beschränkt.

Die drei Häftlinge wollten sich, wie weiter festgestellt wird, der Anordnung über die Beschränkung ihrer Freizeit nicht unterwerfen, sondern weigerten sich am 28. vorigen Monats, nach Ablauf der Freistunden in die Hafträume zurückzuführen, in die sie durch Aufsichtsbeamte zwangweise gebracht werden mußten. Am Sonntag, dem 30. vorigen Monats, wiederholte sich der Vorfall. Die Gefangenen sträubten sich und widersetzten sich bis zu dem Grade, daß sie einen der Beamten sogar schlugen. Hierauf mußte gegen die widerwärtigen Gefangenen Gewalt angewandt werden, wobei die Beamten, entgegen jenen Pressebehauptungen, weder von der Waffe, noch vom Gummiknüppel, noch von ihrem Schlüsselbund Gebrauch machten. Die Mitgefangenen bestätigten diesen Sachverhalt ausdrücklich.

Ein prinzipieller Verleumder

500 Mark Geldstrafe

SPD Breslau, 3. Juli.

Das Landgericht Slogau verurteilte am Mittwoch Prinz Friedrich Wilhelm zu Lippe wegen Vergehens gegen das Republikanengesetz zu 500 Mk. Geldstrafe. Das Gericht erster Instanz hatte den Angeklagten wegen angeblich schlechter Vermögenslage zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Der Angeklagte hatte in einem Artikel im Gührer Ungeheuer sich folgende Schmähung der Republik und ihrer Repräsentanten erlaubt: „Am Minister zu werden, muß man heute im Justizhaus gefessen haben.“ In der Verhandlung wurde ein Brief vorgelesen, den der Angeklagte an den republikanisch eingestellten und darum bei seinen Kollegen sehr unbeliebten Landgerichtspräsidenten Bernhard gerichtet hat. Der Präsident hatte einem deutschnationalen Schöffen, der im ersten Verfahren mitwirkte, einen Verweis erteilt, weil der Schöffe vor der Urteilsberatung dem Angeklagten demonstrativ die Hand geschüttelt hatte. Darauf bezog sich der von antisemitischen Wendungen tropfende Brief des Prinzen, der folgenden Schluß hat: „Ich gratuliere Ihnen zum Oberlandesgerichtspräsidenten in Jerusalem.“ Der Präsident hat wegen des Briefes ein neues Verfahren gegen den Angeklagten eingeleitet.

Tragische Folgen des Richterprozesses

WB Bonn, 3. Juli.

Die Verhandlung der Revision im Werdprozeß Dr. Richter vor dem Reichsgericht ist auf den 20. Juni angelegt.

Der Prozeß, der, wie erinnerlich, mit der Verurteilung Dr. Richters zum Tode endete, hat nach zuverlässigen Nachrichten auch für seine nächsten Verwandten überaus traurige Folgen gehabt. Die in Gies bei Andernach beheimateten Brüder haben weit über ihre Mittel hinaus für die Verteidigung Dr. Richters beträchtliche Summen zur Verfügung gestellt, so daß sie jetzt vor dem wirtschaftlichen Ruin stehen sollen. Die Schwester Dr. Richters, die vom Augenblick der Kenntnisnahme der Verurteilung ihres Bruders zum Tode in nervöse Erregungszustände fiel, mußte jetzt in die Provinzialheil- und Pflegeanstalt übergeführt werden.

Wieder Arbeiterzug in Belgien entgleist

TU Brüssel, 3. Juli.

Auf der Bahnstrecke bei Quijn, in der Provinz Lüttich, entgleiste ein Wagen, der Arbeiter und Geräte zum Ausbessern der Strecke beförderte, infolge Bruches der Bremse. Ein Arbeiter wurde getötet, sieben wurden verletzt.

„Hinter mir steht die politische Polizei“

Die russischen Dokumentenfälscher

L. R. Berlin, 3. Juli.

Der zweite Verhandlungstag im Orlow- und Pawlunowski-Prozeß brachte schon mehr Klarheit; die Rebellswaden von Verleumdungen, hinter denen der wirkliche Tatbestand verhüllt werden sollte, beginnen sich allmählich zu zerstreuen. General v. Lampe, ein katalischer Dreihundfünfziger, früher in leitender Stellung in der Demitka- und später in der Wrangelarmee, ist jetzt Mitarbeiter russischer monarchistischer Blätter und Filmschauspieler an der Ufa, kennt Orlow noch von Südrussland her. Pawlunowski lernte er im Jahre 1924 kennen, nachdem dieser seinen Dienst bei der GPU quittiert hatte.

Der frühere Tschetnik hat ihn, ihm bei Wrangel eine Anstellung zu besorgen.

v. Lampe forderte Beweise für seine Aufrichtigkeit. Die erhielt er. Sie genügten ihm nicht und so wurde nichts draus. Mit

Orlow



Siewert stieß der Zeuge zweimal zusammen. Im Januar 1924 bot dieser ihm eine schematische Darstellung der Tätigkeit der Komintern im Ausland an. Die vorgenommene Stichprobe ergab, daß das Dokument eine Fälschung vorstellte. Besondere merkwürdig war der andere Fall. Im Jahre 1925 erschienen in etwa 40 rechtsstehenden Zeitungen je 4 Artikel des deutschnationalen Landtagsabgeordneten Hentel, in denen behauptet wurde, General Orlow und dessen Freunde trieben Spionage für die Entente. General v. Lampe war schließlich gezwungen, beim Reichsgericht Anzeige gegen sich selbst zu erstatten, um auf diese Weise eine Klärung herbeizuführen.

Der ihm vom Reichsgericht zugestellte Beschuß erklärte den Brief als Fälschung.

Er war in Berlin hergestellt, und Siewert hatte ihn laut Behauptung Orlows sowohl dem Reichskommissariat für öffentliche Ordnung als auch dem Landtagsabgeordneten Hentel zur Verfügung gestellt.

Ankdebofer

Man war über die ruhige Sachlichkeit dieses viel jünger aussehenden 33jährigen, schmalen, rothaarigen Amerikaners angenehm überrascht. Seine überlegene Darstellung bot der Aggressivität der Verteidiger keine einzige Angriffsfläche.

Zur Sache selbst erklärte der Zeuge: Im Oktober vorigen Jahres erschien bei ihm Baron Dassel und bot ihm Dokumente gegen hochgestellte amerikanische politische Persönlichkeiten an.

Er hatte aber dafür kein Interesse. Als er im Januar das Ergebnis des vom amerikanischen Senat eingesetzten Ausschusses las und gleichzeitig von der Erklärung Vorahs, er würde sich mit dem Ergebnis nicht zufrieden geben, sondern dem Ursprung der gegen ihn gerichteten Fälschungen nachgehen, erinnerte er sich des Dassel'schen Vorschlags. Dassel erhielt von ihm 75 Mark Spesen

Dreifacher Diebstahl in Berlin

„Hagerer, langarmiger“ Unbekannter nimmt 30 000 Mark an sich

TU Berlin, 3. Juli.

Am Mittwochnachmittag wurde im Mittel-europäischen Reisebüro unter den Linden ein verwegener Diebstahl ausgeführt. Aus einer unter dem Badentisch liegenden Geldtasche wurden etwa 20—25 000 Mark geraubt, die sich aus allen Sorten ausländischen Geldes zusammensetzten.

Ueber den Vorgang konnte folgendes festgestellt werden: Der den Schalterdienst versiehende Beamte benutzte eine kurze Pause, um sein Mittagbrot zu sich zu nehmen. Er glaubte, die Tasche sei völlig sicher, da dicht neben ihr ein Angestellter saß und drei Meter weiter drei andere Beamte beschäftigt waren. Der Diebstahl wurde erst entdeckt, als eine Zweigstelle des Reisebüros um ausländisches Wechselgeld bat. Nach den Feststellungen der Kriminalpolizei kann nur ein sehr hagerer Mensch mit langen Armen den Diebstahl ausgeführt haben, da es für einen normal gebauten Menschen ungewöhnlich schwierig ist, sich durch die enge Schalteröffnung zu zwängen und die Geldtasche zu ergreifen. Ueber die Person des Täters ist noch nichts bekannt.

Nach der Wollischen Zeitung sind bei dem Diebstahl im Mittel-europäischen Reisebüro unter den Linden nachmittags neben 30 000 Mark in barem Gelde, auch 20 000 Mark Traveller-Cheks gestohlen worden.

Niesenbrand bei San Franzisko

Nach einem Funkpruch aus San Franzisko ist in Mill Valley in der Nähe der Stadt ein Brand ausgebrochen, der sich mit ungewöhnlicher Schnelligkeit ausbreitete. 90 Häuser sind den Flammen bereits zum Opfer gefallen. Das Feuer dehnt sich immer weiter aus, und man befürchtet, daß der Ort, der Sitz der amerikanischen Finanzkontrakte ist, völlig vernichtet werden wird. 41 Personen werden vermisst. Neben zahlreichen Feuerwehren und Truppen beteiligen sich auch die Besatzungen amerikanischer Kriegsschiffe an der Bekämpfung des Niesenbrandes.

und nannte ihm als seinen Gewährsmann Pawlunowski. Ankdebofer stellte fest, daß ein Beamter unter diesem Namen tatsächlich in der Berliner Sowjetvertretung gedient habe und wegen Diebstahls entlassen sei. Als Dassel ihm Pawlunowski's Forderung von 100 Mark zwecks Auslösung eines Koffers mit Dokumenten, unter denen auch die Borah-Dokumente sein sollten, überbrachte, erklärte er, er zahle nicht, bevor er nicht die Dokumente habe.

Die Verteidigung ist bemüht, festzustellen, daß Ankdebofer in diesem Falle als Lodspieler der Polizei tätig gewesen sei. Dieser Verdacht wird widerlegt. Er hätte nicht anders gehandelt, sagte der Zeuge, wenn auch die Polizei ihre Hände nicht im Spiele gehabt hätte. Nachdem er, Pawlunowski, gegen Verpfändung seiner beiden Personalausweise einen Vorkauf von 100 Mark gegeben hatte, er aber die versprochenen Schriftstücke nicht erhielt,

dagegen in der Nacht vom 30. auf den 31. ein verdächtiger Einbruch festgefunden hatte,

erstattete er auf Anraten des amerikanischen Vorkaufers Anzeige bei der Polizei. Regierungsdirektor Dr. Weiß ließ ein Protokoll aufnehmen und rief ihm, mit der Betrugsanzeige noch zu warten, da er doch nicht wissen könne, ob er nicht doch echte Dokumente erhalten würde. Erst als er auf seine Forderung ihm die Originale der gefälschten Borah-Schriftstücke zu besorgen — dem amerikanischen Ausschuss hatten nur Photographien vorgelegen — ihnen das dritte Schriftstück zur Verfügung gestellt werden sollte, da griff die Polizei ein.

Baron v. Dassel

Baron v. Dassel weiß viel und interessant zu erzählen. Er ist Journalist und schreibt für amerikanische Zeitungen. Mit einem Empfehlungsschreiben des Barons Küster fand er Zutritt zu Pawlunowski. Sehr verdächtig erschien es dem Zeugen, daß Pawlunowski immer ganz genau die Wünsche Ankdebofers notierte. So kam das dritte „f a b e l h a f t e“ Dokument zustande, das ganz den Wünschen Ankdebofers entsprach; es

ging aus denselben klar hervor, daß die GPU selbst die gefälschten Borah-Dokumente in Umlauf gesetzt hatte.

Zuerst legte Pawlunowski seines Auftragsgebers nur die englische Uebersetzung dieses Dokumentes vor. Später brachte er das Original. Als er den Verdacht äußerte, Ankdebofer könnte es photographiert haben, beruhigte Dassel ihn: das würde jeder journalistischen Ethik widersprechen. Das Schriftstück war aber schon photographiert.

Baron v. Küster

Dieser Zeuge kennt Orlow noch von Russland. Er scheint übrigens auch selbst großes Interesse für antibolschewistische Dokumente zu haben. So schrieb er eines Tages aus Paris an Orlow und bat ihn, ihm für die französische Regierung

irgendwelche Schriftstücke über die Tätigkeit der Bolschewisten in Frankreich zur Verfügung zu stellen.

Orlow war diesmal nicht dazu in der Lage; man habe ihn, die Dokumente gestohlen, schrieb er zurück. Im August oder September 1928 hat dann Pawlunowski dem Zeugen seine sensationellen Dokumente über die amerikanischen Politiker angeboten. So gelangten sie später über Baron Küster und über Baron Dassel an Ankdebofer.

Fräulein Dämmler

Das 23jährige Fräulein Dämmler ist eine sehr interessante Zeugin. Sie war es, die von Orlow persönlich das erste Schriftstück erhalten und es Dassel gebracht hat. Ihr hat Ankdebofer erklärt, daß ihn nur die gefälschten Originaldokumente interessieren; zusammen mit ihrem Bräutigam bezog sie sich straks zu Orlow, der sich auf der Stelle bereit erklärte, den Wunsch des amerikanischen Journalisten zu erfüllen, wozu Fräulein Dämmler den Auftraggeber auch sofort telefonisch benachrichtigte; ihr hat schließlich Orlow die englische Uebersetzung des „abelhaften“ Dokumentes in die Feder diktiert. Die Zeugin will wissen, daß Pawlunowski mehr als tausend schriftliche Berichte dem Obersten Siewert eingereicht hat. Als Dank dafür verlobte der russische Oberst die Braut zu veranlassen, den ihrem Bräutigam gehörenden

Koffer voll Dokumente zu ihm in die Wohnung zu schaffen, damit er hier an einigen für ihn gefährlichen Schriftstücken Uebersetzungen vornehmen könne.

Als die Zeugin Herrn Siewert eines Tages zur Rede stellte, weil er ein ihm von Pawlunowski für die deutsche Regierung übergebenes Dokument auch einer anderen Regierung übermitteln hatte, erklärte dieser: „Sie können tun, was Sie wollen. Hinter mir steht die deutsche Regierung und die politische Polizei.“

Man wird ja Herrn Siewert in der Mittwoch-Sitzung kennen lernen.

Stappenschlag Chicago—Berlin

„Berlin oder Absturz“!

SPD Chicago, 3. Juli.

Am Mittwoch um 3.30 Uhr mitteleuropäischer Zeit startete in Chicago das Flugzeug „Untin Bowler“ zum Flug nach Berlin. In Bord befinden sich die Piloten Bob Galt und Parker Cramer sowie der Flugredakteur der Chicago Tribune Robert Wood. Das originale Motto der Transoceanfahrt lautet: „Berlin oder Absturz.“ Die Piloten wollen in zahlreichen europäischen Staaten Briefe an die betreffenden Präsidenten und Könige persönlich abgeben.

Die ersten Zwischenlandungen

Der Lokalanzeiger meldet aus Newyork: Das Flugzeug „Untin Bowler“ ist um 2.42 Uhr in Milwaukee gelandet. Nach einer Stunde starteten die Piloten nach Sault Sainte Marie an der White Fish-Bay, wo sie ihre nächste Zwischenlandung machen wollen.

Die zweite Zwischenlandung der Chicago—Berlin-Flieger gelang nach einer Meldung des Berliner Tageblatts in Sault Sainte Marie. Das Flugzeug landete auf dem Sault Sainte Marie-Fluß, um 500 Gallonen Gasolin aufzunehmen.

Vulkanausbruch im Pacific

WB Suva (Fidji-Inseln), 3. Juli.

Der große Vulkan auf der Insel Ambrym (Neue Hebriden) ist wieder in Tätigkeit getreten. 300 bis 400 Eingeborene haben die Insel verlassen und auf einer benachbarten Insel Zuflucht gesucht. Bei dem letzten großen Vulkanausbruch im Jahre 1914 war die Hälfte der Insel zerstört worden.

Beginn des Prozesses Uff. Die Strafkammer des Bezirksgerichts Antwerp hat beschlossen, den Prozeß Uff am 23. Juli, also in den Gerichtsferien, zu beginnen. Die Verteidigung wird der Warschauer Rechtsanwalt Liebermann übernehmen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Emil Kausch in Leipzig. Verantwortlich für den Interatenteil: Hugo Schipanz in Leipzig. Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft „Die Zeitungsdruckerei“, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Der Judaschilling der Wirtschaftspartei

R. L. Am 27. Juni brachte die Wirtschaftspartei im Reichstage das Republiksschutzgesetz in dritter Lesung zu Fall...

Hinterher stellte sich die Abstimmung als Irrtum heraus. Schon vor drei Jahren hatte der Reichstag, am 5. Mai 1926, in namentlicher Abstimmung die Wirtschaftspartei...

Der Reichstag sollte beschließen, die Reichsregierung zu erlauben, baldigst ein Bodenreformgesetz nach dem Entwurf des Ständigen Beirats für Heimstättenwesen beim Arbeitsministerium vorzulegen.

Diesen Beirat hatte der Arbeitsminister Schilde im Jahre 1920 berufen. Der Artikel 155 der Reichsverfassung sieht eine Verteilung des Grund und Bodens zur Schaffung von Wohn- und Wirtschaftsheimstätten und evtl. die Enteignung...

Die Kosten für die Durchführung dieses Gesetzes sollen durch eine Zuwachssteuer und etwaigen Gewinn aus Bodenpreissteigerungen gewonnen werden.

Der Entwurf sieht vor, was in Sachsen durch das Bodenreformgesetz von 1919 schon längst rechtens ist. In dem vom Wohnungsausschuß des Reichstages in 30 Sitzungen beratenen Richtlinien für den Wohnungsbau...

Beim Zentrum war die Meinung vorherrschend, daß die Entschließung der Demokraten überflüssig sei, weil ja 'drei' Jahren der Reichstag schon im Sinne der Entschließung entschieden hatte...

Durch die Ablehnung der demokratischen Entschließung war andererseits der Zweifel entstanden, ob damit auch die Entschließung vom 5. Mai 1926 noch Geltung habe...

Am Irrtum und Zweifel zu beseitigen, brachte Genosse Lipinski mit Unterstützung des Zentrums und der Demokraten zur dritten Lesung des Etats, folgende Entschließung ein:

In Erneuerung seines Beschlusses vom 5. Mai 1926 erucht der Reichstag die Reichsregierung um die Vorlage eines Wohnheimstättengesetzes.

Diese Entschließung, also kein Gesetz, sondern nur das Verlangen nach einem Gesetz, hat die Wirtschaftspartei so in Wert gebracht. Sie forderte von der Reichsregierung die Stinneshebung...

Im Rundfunk rühmte sich Herr Professor Bredt, der Führer der Wirtschaftspartei, in einem Disput mit dem Bodenreformer Damasko, daß hinter der Wirtschaftspartei 800 000 organisierte Hausbesitzer ständen...

„Formensinn“ beim Reichsarbeitsgericht

Das Reichsarbeitsgericht hat in den letzten Monaten sich auf den Vorbeuten seiner „grundtätigen Entscheidungen“ (Anerkennung der Gelben, 1. Mail) etwas ausgeruht...

Diese Tatsache war nur der Anlaß zu einer Klage, die bis zum Reichsarbeitsgericht durchgezogen wurde. Der Kläger vertrat nämlich den Standpunkt, daß von einer rechtmäßig erfolgten Entlassung nicht gesprochen werden könne...

Die beiden ersten Instanzen, das Arbeitsgericht und das Landesarbeitsgericht, haben der Klage des Metallarbeiters mit folgender Begründung stattgegeben: Von einer rechtmäßig erfolgten Entlassung könne keine Rede sein...

Das Reichsarbeitsgericht hat nun die Urteile der Vorinstanzen aufgehoben und die Klage des Metallarbeiters abgewiesen. Begründung:

Die Arbeitsniederlegung des Arbeiters sei keine Kündigung gewesen.

wesen. Der Kläger hätte erst eine besondere Erklärung hierzu abgeben müssen. Da also keine Kündigung vorgelegen habe, konnte der Unternehmer den Arbeiter fristlos entlassen...

Wir wollen diese Art „Logik“ unseren Lesern erst einmal zu erklären versuchen, was nicht ganz leicht sein dürfte. Wiederholen wir also noch einmal den Sachverhalt: ein Arbeiter teilt dem Unternehmer mit, daß er streiken wolle...

Genau so wenig ist es notwendig, daß ein Unternehmer ausdrücklich dieses Wort verwenden muß, wenn er dem Arbeiter mitteilt, daß er (wenn so eine Kündigungsfrist vorgelegen ist) in „acht Tagen gehen könne“...

Leipziger Metallindustrie

Die Verhandlungen über die Arbeitszeitregelung erneut gescheitert

Nachdem der von den Metallindustriellen angerufene Schlichtungsausschuß in Leipzig keinen Schiedspruch zustande gebracht, aber den Parteien empfohlen hatte, erneut zu verhandeln...

Die Metallindustriellen werden nunmehr versuchen, erneut eine Schlichtungskommission in Bewegung zu setzen, um hierdurch zu einer für sie günstigen Regelung zu kommen...

Immer noch Streik der Leipziger Orthopädie-Mechaniker

Die siebente Woche stehen die Mechaniker und Bandagisten der Leipziger orthopädischen Werkstätten im Streik, und immer noch ist ein Ende des Ausstandes nicht zu sehen...

Am Anfang voriger Woche kam es zum erstenmal zwischen der Innung in Leipzig und dem Deutschen Metallarbeiterverband zu einer Verhandlung, die ergebnislos verlief...

Daß die Streikenden ein derartiges Angebot ablehnten, ist verständlich. Aus Rücksicht dafür, daß sich die Streikenden dem Diktat der Innung nicht fügen, sucht man nach allen möglichen Mitteln...

nach Herzenslust mahregeln. Die Streikenden sind ein derartiges Angebot ablehnten, ist verständlich. Aus Rücksicht dafür, daß sich die Streikenden dem Diktat der Innung nicht fügen, sucht man nach allen möglichen Mitteln...

posten in Frage kommen. Den Polizeibeamten können wir nur empfehlen, daß, wenn nicht die geringsten Gründe zu einer Namensfeststellung vorliegen, sie den Herrn einfach stehen lassen...

Wenn die Herren der Innung glauben, daß sie durch diese Maßnahmen den Streik beilegen können, so irren sie gewaltig. Nicht der Wirtschaftsfriede in dieser Branche wird dadurch eintritten...

Im übrigen bietet der Deutsche Metallarbeiterverband die Gewähr für einen Abschluß, der im Interesse der Streikenden liegt.

- Bestreift werden auch fernerhin folgende Betriebe: Firma Hofmann, Obermeister der Innung, Lindenau, Markt; Firma Frenzel, Windmühlentstraße; Firma Schüke, Windmühlentstraße; Firma Wolf, Albertstraße; Firma Friedemann, Peterssteinweg; Firma Schüdel, Universitätsstraße.

Für die Sozialversicherung Ministerialdirektor Dr. Grieser gegen die Unternehmerrückstände

SPD Auf der Generalversammlung des Verbandes der freien Krankenkassen, die dieser Tage in Gotha stattfand, hat Ministerialdirektor Dr. Grieser vom Reichsarbeitsministerium sich abgemeldet...

Die Sozialreaktionäre sind nur auf ihren Vorteil bedacht; sie wollen die gewaltige Macht, die in der Sozialversicherung und in ihren Trägern beruht, zerbrechen...

Blutige Unruhen in Neunort

Am Dienstagmorgen sind in Neunort 30 000 Konfektionsarbeiterinnen in den Ausstand getreten. Nach einer Meldung des Lokalanzeigers aus Neunort kam es schon am ersten Streiktage zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei...

Aber nicht nur zu Verbänden kann man Leukoplast verwenden...



Ist Ihr Gartenschlauch beschädigt, dann umwickeln Sie ihn mit Leukoplast. Spielzeug Ihrer Kinder, Schachteln, Puppen, Hausgeräts können Sie leicht mit Leukoplast wieder gebrauchsfähig machen...



Auch der Raucher hat frischen und reinen Atem



Pebeco verhindert ein Gelbwerden der Zähne auch bei starken Rauchern. Durch seine herb-kraftige aromatische Wirkung beseitigt Pebeco den unangenehmen Nachgeschmack des Tabaks.



LEUKOPLAST SPART GELD! Achten Sie auf den Namen Leukoplast, da ähnlich aussehende Nachahmungen angeboten werden.

Weltermann gefahren. Die Wiener Arbeiterkammer wird ausgerufen, dem Festzug der Jugendinternationale als Gast im Spalier beizumischen.

Nachmittags:
Freie Wanderungen, freie sportliche Betätigung und Spiel im Wiener Wald, Strandfest im Arbeiter-Strandbad.

Abends:
Festliche Begegnung der abreisenden Gäste zu den Wohnhöfen.

Kunstausstellung „Jugend und Zeit“.
Vom 1. bis 20. Juli ist in den Räumen des Hofgärtchens, Wien I, Reichsgasse 6, eine Ausstellung „Jugend und Zeit“ eingerichtet. Diese Ausstellung bringt die Kunstwerke des revolutionären Künstlers Wassily Kandinsky sowie eine große Anzahl ganz neuer Bildwerke des Gesellschafts- und Wirtschaftskreislaufs, die ein Bild der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lage der Arbeiterjugend geben, sowie einen tiefen Einblick von der internationalen Arbeiterbewegung vermitteln.

Die Heilkräfte.
Alle Teilnehmer erhalten die Heilkräfte, in Gruppenformat erscheinende Heilkräfte. Sie bestehen im Hauptbestandteil aus reichhaltiger und enthält Beiträge von Friedrich Adler, Karl Seif, Otto Bauer, Karl Kautsky, Ettore (London), Erich Mühseler (Berlin), Ernst Fischer, J. U. Stern, Otto Reuter, Karl Heinz, Marianne Pollak, Anton Rimm, Felix Riem, S. Tschelch und anderen mehr. Die Heilkräfte wird von Alois Wipberger dirigiert.

Zwölf Gebote für Bergwanderer

Die Schönheit der Berge ist nicht in jeder Menschenbrust. Soziale Verhältnisse zwingen die meisten Arbeiter, diese Schönheit ewig ungegesehen zu lassen. In diesen Sommer nahen tausende Arbeiterjungen und Arbeitermädchen, die zum internationalen Jugendtreffen nach Wien fahren, die Gelegenheit zu einer Fahrt in die herrlichen Bergwelt. Alpenwanderungen haben neben ihren vielen Reizen auch Gefahren. Die Wege fordern in jedem Sommer zahlreiche Opfer. Vieles ist es daher bei der Vorbereitung. Im Nachstehenden bringen wir einige Regeln von Rudi Wiegand, die jeder Alpenwanderer beachten muß und die besonders für unsere Mitfahrer wertvoll sind:

1. Du sollst in den Bergen die Schönheiten der Natur genießen und dich nicht verpländeln, deine gesunden Glieder durch leichtfertige Alpentouristerei zu riskieren.
2. Du sollst keine Gefahren unternehmen, denen du nicht gewachsen bist und die nur dich und andere in Gefahr bringen. Kommt du aber in eine Lage, in der du ernsthaft Hilfe brauchst, so gib das alpine Notsignal (am Tage durch Tuschworten, nachts durch Schwingen eines Feuerbrandes oder durch Blinzeln) mit einer elektrischen Taschenlampe). Eine Minute lang in Abständen von zehn Sekunden ein helles, dann eine Minute Pause, dann wieder eine Minute Signale usw. Rettungskolonnen werden mobil gemacht bei der Bergwacht oder im nächsten Gasthof.
3. Wenn erdige Berge nicht mit dem Mund, dann gib deine Beine und deinen Schwanz für die Bergwelt, wie sie beanspruchen dürfen, wenn sie ohne Störungen ihre Funktionen erfüllen sollen.
4. Das Gebirge wird dadurch nicht schöner, daß du Hemd, Kniele und Unterhosen, Ärmel und Weste ablegst. Diese sind die besten Bekleidungsgegenstände von Seiden unternehmst. Hüte dich in den Bergen so auf, wie du es von deinem Gott erwarten würdest, wenn die Gegend dir gehörte.
5. Eine Unterhose ist kein Hobelwerk. Denke daran, daß hier ein jeder vor und nach anstrengenden Touren seine Ruhe braucht. Auch für junge Menschen ist die Nacht zum Schlafen da und nicht zum Schwitzen und Mühseln.
6. Schöne Pflanzen und Tiere auch da, wo es nicht durch geschickte Bestimmungen besonders gefördert wird.
7. Laß die Gegend um dich herum nicht leer werden, wenn du auch ihren Glauben nicht teilst und ihre Sitten nicht billigst. Im Vorübergehen läßt sich kein Mensch beleidigen.
8. Weiche Alkohol und Tabak, die bei Stropfen die Leistungsfähigkeit bedenklich herabsetzen. Ist dich hat an Speisen, die im Verein mit Fett Körperkraft geben.

wie Kaffee, Pfefferkuchen, Reis, Graupen, Brot, Eierstich. Statt Fleisch und Wurst nimmt Speck mit.

9. Wenn du darfst, verzieh das Bier nicht. Wenn du es gut durchfaßt, brauchst du um so weniger Wasser zu trinken, das du doch wieder auszuwaschen mußt.

10. Deine Ausrüstung soll nicht vollkommen sein; in den höheren Lagen des Gebirges kann es bitter sein werden. Wollwolle, Handschuhe und eine Decke fallen dem Rucksack nicht so sehr und haben schon manches Abenteuer und manche Ungenügsamkeit verhütet.

11. Wähle einen Führer, dem nicht dreigesagt werden darf. Verantwortung kann nur der tragen, dem sie nicht bei jeder Kleinigkeit durch die anderen wieder von der Schulter gelassen wird.

12. Nimm dich in den Bergen so, daß die Leute dort sich freuen, wenn sie wieder einmal die sozialistische Arbeiterjugend bei sich begrühen können.

Spiel, Sport, Körperpflege

Bundesfest Nürnberg

Das 2. Bundesfest des Arbeiter-Turn- und Sportbundes vom 18. bis 21. Juli in Nürnberg ist das Fest der Massen von Arbeiter-Turnern und Sportlern beiderlei Geschlechts. Neben den Massenveranstaltungen werden die verschiedenen Kreise des Bundes an Landesmannschaftsabenden und durch Sonderaufführungen im Stadion besondere Ausblicke aus ihrem technischen Betrieb zeigen. In Anbetracht dessen wird auch die Bundesjugend ein ausserordentliches Programm durchführen. Sie gibt am Freitagabend und am Samstag eine Vorführung im Apollotheater. Die Nachmittagsaufführung steht unter den Leitworten: „Von Kindern — für Kinder“. Das Abendprogramm steht vor: „Unser Körper in Formung, Schulung, Kraft und Schönheit“. Am Freitagabend- und Samstagnachmittag werden Bundesklassen im Rahmen der Veranstaltungen im Tanzring im Stadion auftreten.

Erwerbslose Teilnehmer am 2. Bundesfest

Erwerbslose Teilnehmer am 2. Bundesfest des Arbeiter-Turn- und Sportbundes vom 18. bis 21. Juli in Nürnberg wollen sich beim Nachsuchen auf den Arbeitsämtern um Bekreitung von der Stempelgebühr für Fest- und Fahrttage auf nachstehendes Schreiben des Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung an den Arbeiter-Turn- und Sportbund beziehen:

An den Arbeiter-Turn- und Sportbund, Leipzig S. 3.

Auf das Schreiben vom 22. Juni 1929
Ich habe die Herren Präsidenten der Landesarbeitsämter angewiesen, mit Rücksicht auf den volkswirtschaftlichen Wert der Turn- und Sportbewegung den § 114 WAG in Einzelfällen wohlwollend zu handhaben, sofern die Verhältnisse nicht eine andere Beurteilung erfordern und insbesondere die Arbeitsvermittlung nicht beeinträchtigt wird.
Hch. Dr. Syrup. Stempel. Beglaubigt Unterschrift.

Sechsköpfige Familie ermordet

WAB Detroit, 3. Juli.

Eine ganze Familie, bestehend aus Vater, Mutter und vier Kindern, wurde heute vormittag in ihrer Wohnung ermordet aufgefunden. Sie sind mit einer Hxt erschlagen worden. Es handelt sich anscheinend um die Tat eines Wahnsinnigen. In der Stadt herrscht große Aufregung, besonders weil vor drei Wochen in einem Vorort eine Frau und ihre drei kleinen Töchter in ähnlicher Weise ermordet worden sind.

Leipziger Rundfunkprogramm

Freitag, 5. Juli.

- 12,00 Uhr: Schallplattenkonzert.
- Nach dem Neuen Zeitigen: Schallplattenkonzert.
- 15,15 Uhr: Stunde der Hausfrau mit Funkwerbung und Schallplatten.
- 16,30 Uhr: Unterhaltungskonzert. Nordische Musik. (Von 17,00 bis 18,00 Uhr: Übertragung auf den Deutschlandsender. Das Neue Kammerorchester, Dresden. Leitung: Bruno Brenner.)
- 18,05 Uhr: Sozialversicherungsrundfunk (Invaliden, Kranken, Angestellten, Arbeits- und Unfallversicherung).
- 18,20 Uhr: Wetterschau, Zeitangabe und Funkwerberaufnahmen.
- 18,30 Uhr: Dr. Georg Jenter, Leipzig: „Können wir uns vor dem Krebs schützen?“
- 18,30 Uhr: Priv.-Doz. Dr. W. Arland, Leipzig: „Krebserkrankungen bei Pflanzen.“
- 20,00 Uhr: Übertragungen von der Süddeutschen Rundfunk AG, Stuttgart: Lüder Tolentanz. Rundfunkkomposition von Hermann Reutter. Mitwirkende: Das Kammerorchester des Philharmonischen Orchesters Stuttgart. Leitung: Emil Kahn. Personen: Der Tod, Hans Hofele. Die Edelrau, Elise Keller. Die Jungfrau, Ellen Bed. Die Heide Mad, Julie Heinrich. Die Mutter, Emma Mayer. Der König, Max v. Wistinghausen. Der Klosterbruder, Hans Hanus. Der Bauer, August Rappold. Der Landknecht, Hermann Conzelmann.
- 20,30 Uhr: Heiteres Konzert. Mitwirkende: Ines Francessa (Gesang). Das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Hilmar Weber.
- 21,30 Uhr: Wenn große Menschen sterben. Letzter Brief und letzte Stunden. (Aus Jffe Lindens „Der letzte Brief“.) Sprecher: Max Bing, Berlin.
- 22,30 Uhr: Zeitangabe, Wetterschau, Pressebericht und Sportfunk.
- Anschließend: Tanzmusik. Zeuner-Freudenberg-Orchester.



Ihre Lebensmittel

erhalten Sie stets billig u. frisch durch unsere moderne Spezial-Abteilung.

<p>Braunschweiger Konserven</p> <p>Gemüse-Erbisen 2-Pfd.-Ds. 65 ¢ Junge Erbsen m. gr. Karott. 1-Pfd.-Dose 50 ¢ Jg. Schnittbohnen 1-Pfd.-Ds. 55 ¢ Jg. Brechbohnen 2-Pfd.-Ds. 98 ¢ Jünger Sellerie 2-Pfd.-Ds. 1,05 ¢ Junge Stangen-Wachs-Brechbohnen 2-Pfund-Dose 1,15 ¢ Reineclauden 1-Pfd.-Dose 55 ¢ Gemischt-Früchte 2-Pfd.-Ds. 1,30 ¢</p> <p>Marmeladen</p> <p>Vierf.-Marmel. 2-Pfd.-Eim. 85 ¢ Erdbeer-Konfit. 2-Pfd.-Eim. 1,45 ¢ Aprikos.-Konfit. 2-Pfd.-Eim. 1,25 ¢ Thür. Pfäumenmus 2-Pfd.-E. 95 ¢ Himbeer-Konf. ausgew. Pfd. 95 ¢ Johannisb.-Konf. " Pfd. 85 ¢ Pfäumenmus " Pfd. 45 ¢ Blätenschleuderhonig " Pfd.-Glas 85 ¢</p>	<p>Kolonialwaren</p> <p>Gem. Kristallzucker Pfd. 27 ¢ Lumpen-Zucker Pfd. 38 ¢ Weizenmehl 000 4 Pfd. 85 ¢ Vollreis Pfd. 95 ¢ Bimben conf. Pfd. 27 ¢ Weizengries Pfd. 1,25 ¢ Kellogg's Corn Flakes Pfd. 1,25 ¢ Kaffee (ausgew.) Pfd. 75 ¢ " Pfd. 1,15 1,00 90 ¢</p> <p>Schokoladen</p> <p>Pfefferminz-Pralinen Pfd. 1,00 ¢ Albat-Keks Pfd. 1,00 ¢ Block-Schokolade Pfd. 95 ¢ Coco-Krokant-Splitter Pfd. 30 ¢ Waffeln (gerollt) Pfd. 65 ¢ Pralinen-Mischung Pfd. 60 ¢ Burgunder Drops Pfd. 60 ¢ 1 Tafel Vollmilch, 1 Tafel Vollmilch mit Tafel-Schokolade zusammen Pfd. 95 ¢</p>	<p>Frisch-Fleisch</p> <p>Net. I Klasse</p> <p>Rinds-Koahfleisch Pfd. 1,10 ¢ Rinds-Gulasch Pfd. 1,30 ¢ Hohe Rippe Pfd. 1,20 ¢ Schmerfleisch ca. 1,00 1,50 ¢ Schweinebauch Pfd. 1,15 ¢ Gehacktes Pfd. 1,30 ¢ Eisbein Pfd. 1,35 ¢ Keule Pfd. 1,20 ¢ Kalbskamm oder Brust Pfd. 1,35 ¢ Wickelbraten Pfd. 1,40 ¢ Kalbskeule Pfd. 1,40 ¢ Kalbsniere Pfd. 1,30 ¢ Hammelfleisch Pfd. 1,40 ¢ Hammelfleisch Pfd. 1,40 ¢ Hammelfleisch Pfd. 1,30 ¢ Puten Pfd. 1,25 ¢</p>	<p>Fleisch- und Wurstwaren</p> <p>Schinken (gekocht) Pfd. 60 ¢ Rhein-Preßkopf Pfd. 48 ¢ Hausm.-Sülze Pfd. 50 ¢ Blut- od. Leberwurst Pfd. 95 ¢ Rauhfleisch (gek.) Pfd. 42 ¢ Mettwurst Pfd. 42 ¢ Knockwurst Pfd. 42 ¢ Pörmische Pfd. 42 ¢</p> <p>Butter und Käse</p> <p>Mecklb.Molk.-Butter Pfd. 98 ¢ Schweizerkäse s. sartig Pfd. 1,44 ¢ Tilsiter Käse vollfett Pfd. 35 ¢ Butter-Käse la Pfd. 40 ¢ Gämbert-Käse vollfett Pfd. 85 ¢ Vollmilch 4 Ds. 98 ¢ ff. Salzbrei Pfd. 95 ¢ Coco Fett Pfd. 65 ¢</p>	<p>Fischwaren</p> <p>Brebanter Sardellen 1/4 Pfd. 48 ¢ Sgelachs in Scheiben 1/4 Pfd. 48 ¢ Qisardinen, K. B. feinste Sommerware Club-Dose 39 ¢ Makrelen (Kalt.) Dose 1,48 ¢ Bäsumer Nordseekrabben Dose 1,68 95 55 ¢ Schwed. Gabelbissen Dose 95 ¢ Ostsee-Aalbrücken in Champignon-Sauce Dose 1,45 ¢ Hering in Gelee, Bratheringe, Bismarck-Heringe, Rollmops, Kronsardinen 1-Liter-Dose 68 ¢</p> <p>Fruchtsäfte und Faßweine</p> <p>Himbeersaft Pfd. 35 ¢ Kirschsaff Pfd. 75 ¢ Erdbeersaft Pfd. 85 ¢ Zitronensaft Flasche 1,95 1,30 ¢ Apfelsaft Flasche 65 ¢ Apfelwein (herb) Liter 50 ¢ Johannisbeerwein 1-Liter 1,05 ¢ Erdbeerwein 1-Liter 1,30 ¢</p>
---	---	---	---	---

KAUFHAUS BRÜHL

Zollerhöhung und Koalition

Der folgende Artikel zur Frage der Zollerhöhung ist der Zeitschrift „Klassenkampf“ Nr. 13 vom 1. Juli 1929 entnommen.

Erhöhung der Zölle, insbesondere Erhöhung der Lebensmittelzölle, hat zwangsläufig im Gefolge die Verteuerung der von den unteren Volksschichten am notwendigsten gebrauchten Bedarfsartikel. Erhöhung der Lebensmittelzölle bedeutet zugleich Verschlechterung der Handelsbeziehungen mit den ausländischen Staaten, da Agrarprodukte nach Deutschland liefern und dafür Industrieprodukte aus Deutschland beziehen. Verminderung des Abflusses der Industrieprodukte nach dem Ausland bedeutet Vermehrung der Arbeitslosigkeit und noch weitere Verschlechterung der Lebenslage der Volksschichten, die durch die Verteuerung der Lebensmittel an und für sich schon hart genug getroffen werden.

Darum ist die Sozialdemokratische Partei seit je mit aller Energie gegen Zollerhöhungen aufgetreten. Eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie im Kampf um die Verbesserung der Lebenslage der arbeitenden Schichten ist der Kampf gegen Zollerhöhungen, der Kampf für Beseitigung der Zölle. Diesen Kampf hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, besonders im letzten Reichstag, in der Opposition mit aller Energie geführt, sie hat dadurch das Vertrauen weiterer Volksschichten gewonnen.

Das Gesetz über die Not der Landwirtschaft, das Gesetz nach Zollerhöhungen, ist nie in den letzten Jahren so groß gewesen als jetzt, wo die Sozialdemokraten in der Regierung und die Deutschnationalen, von der Regierungslast befreit, in der Opposition sind. Die Deutschnationalen, die sich im stärksten Maße für die Vertretung der Interessen der Landwirtschaft einsetzen, haben die Interessen der Agrarier nie so wirksam vertreten können als in ihrer gegenwärtigen Oppositionsstellung, in der sie hemmungslose Forderungen für die Landwirtschaft stellen und mit ihren hemmungslosen Forderungen die übrigen bürgerlichen Parteien, die (wie z. B. das Zentrum) auch Interessen der Bauernschaft zu vertreten haben, zur Gefolgschaft zwingen.

Die oppositionelle Wirksamkeit der Deutschnationalen ist in den letzten Monaten so stark geworden, daß sich im Reichstag ganz allgemein die Auffassung feststellen konnte, zur Behebung der Not der deutschen Landwirtschaft noch vor der Sommerpause des Reichstags etwas Durchgreifendes tun zu müssen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war vor allem, um die von den Agrariern geforderte Zollerhöhung zu vermeiden, bereit, im Interesse der landwirtschaftlichen Produzenten und zugleich im Interesse der Verbraucher ein Getreidemonopol zu schaffen, das unter Ausschaltung des die Ware verteuernenden Zwischenhandels eine direkte Verbindung zwischen Produzenten und Verbrauchern herstellen sollte. Für dieses Getreidemonopol wäre eventuell eine Mehrheit zustande gekommen, die aus Sozialdemokraten, Deutschnationalen, den Bauernparteien und dem agrarischen Flügel des Zentrums bestanden hätte. Gescheitert ist das Getreidemonopol, das keine Belastung für die Verbraucher zu bringen brauchte, daran, daß zwischen Sozialdemokraten und den Bauernparteien keine Einigung über den Getreidegrundpreis erzielt werden konnte.

Gescheitert ist das Getreidemonopol aber also auch daran, daß die bürgerlichen Koalitionsparteien, insbesondere die Demokratische und die Deutsche Volkspartei, die sich zur Interessenvertretung des Zwischenhandels berufen fühlten, gegen das Getreidemonopol mit allen Mitteln Sturm liefen und für den Fall der Annahme des Getreidemonopols mit dem Austritt aus der Regierung, mit der Regierungskrise drohten.

Die bürgerlichen Koalitionsparteien beriefen sich bei ihren Drohungen darauf, daß ein solches Gesetz nicht von einer der Koalitionsparteien zusammen mit den Oppositionsparteien gegen die übrigen Koalitionsparteien gemacht werden könne. Sie bezeichneten das Eintreten der Sozialdemokratie für das Getreidemonopol als einen Bruch der Koalitionsvereinbarungen, nach denen keine der Koalitionsparteien im Parlament Anträge einbringen sollte, ohne dazu vorher die Zustimmung der übrigen Koalitionsparteien eingeholt zu haben. Diese Vereinbarung schuf die Möglichkeit, daß eine der Koalitionsparteien alle selbständigen Anträge der übrigen Koalitionsparteien unterbinden konnte.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich in den letzten Monaten sehr eng an diese Koalitionsvereinbarungen gehalten. Sie hat leider davon abgesehen, wichtige, im Interesse der Arbeiterklasse notwendige Anträge zu stellen, sie hat nach dem Sturmlauf der bürgerlichen Koalitionsparteien gegen das Getreidemonopol zunächst ihren Sonderkampf für das Getreidemonopol im Interesse dieser Koalitionsopposition zurückgestellt.

Dieselben bürgerlichen Koalitionsparteien aber, die sich, um das Getreidemonopol zu verhindern, so stark gegen das Sonderverhalten der Sozialdemokratie erklärten, über den Bruch der Koalitionsvereinbarungen setzten und mit der Sprengung der Koalitionsregierung drohten, haben sich sofort nach dem Scheitern der Verhandlungen um das Getreidemonopol mit den bürgerlichen Oppositionsparteien zusammengefunden zu Anträgen für eine ganz außerordentliche Erhöhung der Lebensmittelzölle. Die bürgerlichen Koalitionsparteien haben in dieser Situation auf alle Koalitionsvereinbarungen gepfiffen. Sie haben die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zunächst nicht um ihr Einverständnis zu den mit den Deutschnationalen gegen die Sozialdemokratie zu machenden Zollerhöhungsanträgen ersucht. Die in den Anträgen der im neuen Bürgerblock zusammengekommenen Parteien geforderten Zollerhöhungen waren denn auch so unerschämmt, daß in der sozialdemokratischen Fraktion ganz allgemein und ganz ernsthaft der Gedanke diskutiert wurde, die Verantwortung für eine Regierung nicht weiter zu übernehmen, unter deren Leitung eine solche Erhöhung der Lebensmittelzölle vorgenommen wird.

Aus diesem Grunde auch wurden mit den bürgerlichen Koalitionsparteien Verhandlungen geführt mit dem Ziele, die bürgerlichen Koalitionsparteien von der Zustimmung zu den Zollerhöhungen abzubringen. Dieses Ziel wurde bei den Verhandlungen nicht erreicht. Erreicht wurde nur, daß der Getreidezoll, den die bürgerlichen Parteien von 5 bzw. 5,50 auf 9 bzw. 9,50 Mark erhöhen wollten, zunächst nur auf 6 bzw. 6,50 Mark erhöht

wird; erreicht wurde ferner, daß die von den bürgerlichen Parteien bereits beschlossene Aufhebung der zollfreien Einfuhr von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch wieder rückgängig gemacht wurde. Nicht verhindert werden konnte, daß der Butterzoll von 27,50 auf 50 Mark erhöht wird, daß der Zuckerpreis von 21 auf 22,35 Mark erhöht wird und daß der Zoll für Kartoffeln von 1,50 auf 2 Mark steigt.

Durch das Eingreifen der sozialdemokratischen Fraktion sind die Forderungen der bürgerlichen Parteien zwar etwas zurückgeschraubt worden, geblieben ist aber doch eine sehr wesentliche Erhöhung der Zölle, die unter der Ägide einer Koalitionsregierung mit Sozialdemokraten eine erhebliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten der unteren Volksschichten im Gefolge haben muß.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag geschlossen gegen die von der bürgerlichen Mehrheit angenommenen Zollerhöhungen gestimmt. Die sozialdemokratische Fraktion hat sich zwar die Freiheit des Kampfes gegen Zollerhöhung erhalten, die Mehrheit der Fraktion aber hat gegen die Stimmen der Linken beschlossen, in der Regierung zu bleiben, trotzdem die bürgerlichen Koalitionsparteien mit den Deutschnationalen zusammen gegen die Sozialdemokratie die Zollerhöhungen beschlossen haben.

Die Sozialdemokratie bleibt nach den Beschlüssen der Fraktionsmehrheit in dieser Koalitionsregierung. Die Erhöhung der Lebensmittelzölle, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trotz ihrer Regierungsbeteiligung nicht verhindern konnte, ist nur eines der Opfer, das von der Sozialdemokratie dieser Koalitionsbeteiligung gebracht werden mußte. Auch bei dem Kampf um die Zollerhöhung offenbarte sich die Schwäche der Sozialdemokratie in dieser Koalition, wie bei allen kritischen Fragen war die Sozialdemokratie auch in dieser Frage nur in verzweifelter Abwehrstellung. Bei den im Laufe dieses Jahres noch zu erwartenden wichtigen Entscheidungen, bei dem Kampf um die Reform der Arbeitslosenversicherung, bei dem Kampf um die Lastenverteilung auf Grund des Young-Planes wird das nach dieser neuen Entscheidung in der Frage der Lebensmittelzölle noch schlimmer sein.

Darum sind wir der Meinung, daß nicht genug damit getan ist, daß die sozialdemokratische Fraktion gegen die von der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages beschlossenen Zollerhöhungen gestimmt hat, sondern daß es die Pflicht der Fraktion war, die sozialdemokratischen Minister aus der Regierung herauszutreiben, wenn die Verhinderung der Zollerhöhungen nicht möglich war.

Vor dem Volke trägt für die Verteuerung der Lebenshaltungskosten die Regierung die Verantwortung und die Parteien, die die Träger dieser Regierung sind. Die Sozialdemokratie kann nicht länger mehr die Verantwortung tragen für eine Regierung, deren Politik in den entscheidenden Fragen bestimmt wird von den bürgerlichen Koalitionsparteien und den Deutschnationalen gegen die Sozialdemokratie.

Volkshaus Leipzig
Spezialgerichte. Heute: Pökelschweinerochen mit Meerrettich und Klößen 1,20 — Morgen: Saure Flecke mit Kartoffelstücken 653 Tomatenrosentee mit Buttermudeln 1,15 Ab 18 Uhr: Schweinknochen mit Meerrettich und Klößen 1,10



Lebensmittel

kauft jede Hausfrau besonders vorteilhaft, wenn sie die außerordentlich günstigen Angebote unserer Lebensmittel-Abteilung ausnützt.

KOLONIALWAREN	FLEISCH I. KLASSE	WURSTWAREN
Gemahl. Kristallzucker 1 Pfd. 27,5	RINDFLEISCH	Schinken, gekocht 1/2 Pfd. 99
Eierschnitznudeln 1 Pfd. 45	Querrippe 1 Pfd. 1,10	Blut- und Leberwurst Pfd. 99
Rote Grütze 1 Pfd. 85	Brust 1 Pfd. 1,10	Sülzwurst i. Magen Pfd. 1,20
Graupen 3 Pfd. 85	Hohe Rippe 1 Pfd. 1,20	Glerwurst Pfd. 1,00
Auszugmehl 5-Pfd.-Beutel 1,00	Gulasch 1 Pfd. 1,30	Braunsch. Mettwurst Pfd. 1,80
Paniermehl 1 Pfd. 40	Schmorfleisch oh. Knoch. Pfd. 1,50	Braunsch. Kalbsleberw. Pfd. 2,20
Gebr. Gerste u. Korn 4 Pfd. 95	SCHWEINEFLEISCH	Braunsch. Teewurst Pfd. 1,85
Gebr. Kaffee 1/2 Pfd. 1,60, 1,30, 1,10	Kopf ohne Backe 1 Pfd. 50	Braunsch. Zervelatwurst Pf. 2,20
Zum Einsetzen von Früchten:	Gehacktes 1 Pfd. 4,30	Eispulver „Fixella“
Für den Rumtopf:	Dickbein 1 Pfd. 1,10	auf kaltem Wege herzustellen.
Jamaika-Rum Verschnitt 1/1 Flasche 4,35, 3,75, 2,95	Bauch 1 Pfd. 1,15	Vanille-, Schokolade-, Erdbeer-,
KONFITÜREN	Keule 1 Pfd. 1,35	Himbeer- u. Mokka-Geschmack
Eisbonbon 1 Pfd. 70	KALBFLEISCH	1-Kilo-Dose 3,50
Erfrischungs-Waffeln 1 Pfd. 90	Kamm 1 Pfd. 1,20	SPORTKONSERVEN
Pfefferminz-Kluten 1 Pfd. 90	Brustspitze 1 Pfd. 1,30	Schweinskopf in Gelee Dose 95
Obst-Konfekt 1 Pfd. 90	Wickelbraten 1 Pfd. 1,35	Rindergulasch Dose 1,00
Melange-Bonbon 1 Pfd. 30	Keule oder Niere 1 Pfd. 1,40	Ragout-Gin Dose 1,00
Pfefferminz-Bruch 1 Pfd. 90	Koteletts 1 Pfd. 1,60	Kalbskopf f. Feinschm. Dose 1,00
Rum-Kugeln 1 Pfd. 90	HAMMELFLEISCH	Hamburger Bratkllops Dose 1,00
Waffelbruch 1 Pfd. 90	Bauch 1 Pfd. 1,30	Elsbein in Gelee Dose 1,10
FETTE UND KÄSE	Rücken 1 Pfd. 1,40	Rinder-Rouladen Dose 1,60
Margarine 1 Pfd. 62, 54, 48	Keule 1 Pfd. 1,50	Paprika-Koteletts Dose 1,40
Rindertalg, ausgelassen Pfd. 50	Kalbsfüße Stück 30 u. 20	KONSERVEN USW.
Amerikan. Schmalz Pfd. 75	Spitzbeine Pfd. 35	Karotten Kilo-Dose 52
Blockkäse, halb. 250-g.-Karton 80	Schwarten Pfd. 30	Gemüse-Erbsen Kilo-Dose 65
Limbürger Käse Pfd. 80	Pfefferfleisch Pfd. 95	Rote Beete Kilo-Dose 65
Emmentaler Käse, 30% Fett 6/6 Karton 50		Pflaumenkonfitüre Becher 50
		Apfel-Joh.-Marm. Kilo-Eimer 95
		Feinste Molkererbut. 1/2 Pfd. 99





Kommunistische Agitationsanträge

Nur 150 zum Haushaltplan

Zu dem städtischen Haushaltplan sind von der Stadtverordnetenfraktion der KPD 150 Anträge eingebracht worden...

nisten, daß der Beitrag der Stadt an den Staat für die Polizei in Höhe von 4077800 Mark gestrichen wird...

Auf die Stimmen der Wohnungslosen spekulierend, haben die Kommunisten beantragt, daß für den kommunalen Wohnungsbau 8000000 Mark in den Haushaltplan eingelegt werden...

Bekämpfung des Durstes

Es ist ein weit verbreiteter Aberglaube, daß man immer trinken müsse, wenn man Durst hat. Die Zufuhr von Flüssigkeit über das Maß hinaus...

Heißer Tee z. B. führt dem Körper nicht nur Flüssigkeit zu, sondern zugleich auch die Salze, die dem Körper durch das Schwitzen entzogen werden...

Aus der Invalidenversicherung

Invalideversicherungspflicht

Invalideversicherungspflichtig sind nach § 1226 der Reichsversicherungsordnung Arbeiter, Gesellen, Hausgehilfen usw. soweit diese gegen Entgelt beschäftigt sind...

Dieser Zweifel hat das Reichsversicherungsamt in einer grundsätzlichen Entscheidung vom 9. Januar 1929 behoben. In der Entscheidung wird gesagt: „Das die Invalideversicherungspflicht begründende Beschäftigungsverhältnis erstreckt sich auch nach der Beendigung der tatsächlichen Beschäftigung des Arbeitnehmers nicht, solange das der Beschäftigung zugrunde liegende Dienst- oder Arbeitsvertragsverhältnis und der sich daraus ergebende Anspruch des dienstbereiten Arbeitnehmers auf die Gewährung des vertragmäßigen Entgelts weiter besteht.“

Berufsausbildung

Nach § 1259 der Reichsversicherungsordnung erhalten nach dem Tode des Versicherten seine Kinder bis zum vollendeten fünfzehnten Lebensjahre Waisenrente. Die Waisenrente wird über das fünfzehnte Lebensjahr, jedoch nicht über das vollendete einundzwanzigste Lebensjahr hinaus gezahlt...

Wenn liegt Berufsausbildung vor? Dazu sagt das Reichsversicherungsamt in einer Entscheidung vom 23. Oktober 1928: „Berufsausbildung liegt gemäß § 1259 Abs. 1 der RVO auch dann vor, wenn die Erlernung des Berufs nur eine verhältnismäßig kurze Zeit beansprucht.“

Maßgebend für die Frage des Vorliegens einer Berufsausbildung ist, ob eine Ausbildung von einem Umfang vorliegt, die nach ihrer Vollendung dem Auszubildenden die Möglichkeit zur entgeltlichen Ausübung des betreffenden Berufes gibt. Die Waisenrente muß auch dann gezahlt werden, wenn die Berufsausbildung von der Mutter gewährt wird. Ein schriftlicher Lehrvertrag ist nicht zwingende Voraussetzung für die Annahme einer Berufsausbildung. Voraussetzung ist allerdings, daß die Mutter überhaupt imstande ist, ihrer Tochter eine Ausbildung (etwa in der Schneiderei) zu geben, mit der die Tochter diese später beruflich verwerten kann.

Es ist also zu beachten, daß Waisenrente ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des Empfängers auch nach Vollendung des fünfzehnten Lebensjahres zu gewähren ist, sofern sich die Waise in Schul- oder Berufsausbildung befindet. Im Gegensatz zur Waisenrente wird der Kinderzuschuß zur Invalidenrente bei Berufsausbildung des über fünfzehn Jahre alten Kindes nur gezahlt, solange der Versicherte das Kind überwiegend unterhält.

Strasensperre. Ab Donnerstag, den 4. Juli, wird die östliche Fahrbahn des Königsplatzes zwischen den südlichen Fahrbahnen des Köpflages und des Königsplatzes für allen Fahrverkehr in beiden Richtungen während der etwa 4 Wochen dauernden Neubefestigung mit Asphalt gesperrt.

Die meisten kommunistischen Anträge sind entweder aus gesellschaftlichen oder finanziellen und anderen Gründen nicht durchführbar. Die wenigen vernünftigen Anträge sind von sozialdemokratischen Abgeordneten. Die Schneller-Leute haben sich bei Stellung ihrer Anträge an Anweisungen gehalten, die der „Kommunistische Gemeindevorsteher“ von Chemnitz in Nr. 11 gegeben hat. Die lauteten:

„Die Zustimmung zum Kommunaletat kann nach gründlicher proletarischer Umgestaltung des Etats bei kommunistischer geführten Mehrheiten und kommunistischer Führung in der Verwaltung selbstverständlich weiter ausgesprochen werden. Jede andere Gemeindeverwaltung, die ohne Konflikt mit Reichs- und Landesorganen, ohne Differenzen mit den Regierungsorganen und Ausschüssen ihre Kommunalpolitik durchführen will, kommt für einen ernsthaften Kampf proletarischer Forderungen nicht in Betracht. Wir müssen hier durch die Ablehnung des Etats unser schärfstes Mißtrauen bekunden.“

Wo die Kommunisten die Mehrheit und die Führung in der Verwaltung besitzen, ist also dem Haushaltplan zuzustimmen, ohne daß Reichs- und Landesorgane verletzt werden. Die Verletzung wird nur verlangt, wo die Kommunisten in der Minderheit sind, um auf die „Arbeitervertreterische“ Sozialdemokratie loszupacken zu können. Aus den Anträgen der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion seien zunächst nur einige herausgegriffen. Es wird die Streichung der Besoldung für die Ratsmitglieder, die Abberufung des Oberbürgermeisters und das In-den-Ruhestand-Versehen der nicht voll arbeitsfähigen und kranken Ratsmitglieder verlangt. Die Durchführung dieser Forderungen scheitert an den geltenden gesetzlichen Bestimmungen. Nach Entscheidungen der Gemeindeversammlung ist die Ausschließung eines Bürgermeisters von seinem Amte in dem bestehenden Recht keine Sache. Ein Bürgermeister kann während seiner Amtszeit nur in dem geordneten Wege des Dienststrafverfahrens aus seinem Amte entfernt werden. Nach einer Entscheidung in der letzten Sitzung der Gemeindeversammlung ist die Zwangsübertragung eines Bürgermeisters durch die Gemeindevorordneten unzulässig. Diese Rechtslage gilt auch für besoldete Ratsmitglieder.

Die Leipziger Arbeiterfraktion kann auf unaufschiebbare und wirksame Weise das Ratskollegium von reaktionären Elementen säubern, wenn sie für die Wiederwahl einer Volksmehrheit in das Stadtverordnetenkollegium am 17. November sorgt und die Kommunisten mithelfen, daß für die in den nächsten drei Jahren ausfallenden sechs bürgerlichen Stadträte und für den Oberbürgermeister Arbeitervertreter gewählt werden.

In ihrer großen Liebe zur Polizei beantragen die Kommu-

Die Einheiten für Gas sollen von 18 auf 16 Pfennig herabgesetzt werden. Das Stadtverordnetenkollegium hat vor längerer Zeit einen sozialdemokratischen Antrag angenommen, der eine Senkung der Gas- und Strompreise erstrebte. Es ist zunächst erreicht worden, daß der Strompreis pro Kilowattstunde von 45 auf 42 Pfennig herabgesetzt und durch Einführung eines sogenannten Haustarifs eine weitere Preislenkung zu erreichen ist. Eine ähnliche Regelung soll auch für den Gasbezug erfolgen, wenn genügend Erfahrungen mit dem neuen Stromtarif vorliegen.

Auf sozialdemokratische Initiative hatte das Kollegium beschlossen, den Palmengarten in einen öffentlichen Volkspark umzuwandeln. Die bürgerliche Ratsmehrheit leistete dagegen Widerstand und gestand schließlich zu, daß an zwei Werktagen in der Woche der Palmengarten der Bevölkerung ohne Eintrittsgeld freigegeben wird. Die Kommunisten haben nun den alten sozialdemokratischen Antrag ausgegriffen und ihn erneut gestellt. Seine Annahme würde den Palmengarten als Volkspark nicht bringen, weil die bürgerliche Ratsmehrheit einen solchen Antrag ablehnt. Deshalb kann die sozialdemokratische Fraktion für den vorläufigen ausschließlichen Antrag nicht stimmen.

Die Kommunisten werden in den nächsten Tagen und Wochen ihren abgelehnten Agitationsanträge in der Öffentlichkeit zur Debatte machen und über die Sozialdemokratie Räbel von Untat ausschütten. Wir können sie nicht daran hindern, werden aber die Tatsachen der sozialdemokratischen, den minderbemittelten Volksschichten dienenden Kommunalpolitik sprechen lassen.

Und man spielt Jazz im Leihhaus!

Am Vorplatz ist das Leihhaus. Nach vorn sind die Verwaltungsräume und der Saal, in dem die Auktionen durchgeführt werden. Durch die feilischen Eingänge gelangt man in den Hof, der in der Mitte zwei Eingangstüren zu der Halle hat, in der Gegenstände verpackt und wieder ausgeliefert werden. Ganz links befindet sich dort — etwas isoliert — das „Appartement“, in dem man die Gold-, Silber- und Schmuckwaren anbringt. Nebenan ist der Schalter, an dessen Pforte sich die wendigen Mädchen, die Wäsche- und Kleidungstücke versehen wollen. Daneben sind noch einige Schalter, die andere „Spezialgebiete“ haben. In der Mitte ist die Auszahlungsstelle, bei der der Erlös der Verpfändung in barer Münze ausgehändigt wird. Auf der rechten Seite der Halle sind Schalter, die irgendwie mit der Auslösung zu tun haben. Hier beginnt man mit dem Geld. Dann bekommt man einen Schein und zum Schluß erhält man den Gegenstand ausgepackt, während es auf der zuerst gelieferten Seite gerade umgekehrt ist.

Soweit das äußere Bild des „Leihhauses“, wie mir dieser Raum von einem seiner ständigen Besucher genannt wurde. „Warum Leihhaus“, frage ich. „Weil man, wenn man einen Gegenstand zu versehen geht, betet, daß man möglichst viel Geld für ihn erhält. Und weil man, wenn man einen Gegenstand eben ausgeliefert hat, betet, daß man ihn nicht so bald wieder hintreiben muß.“

Wie der Betrieb vor sich geht? Es ist das ganze Jahr Hochbetrieb! Der Andrang ist besonders groß kurz vor dem Ersten jedes Monats und an den letzten Tagen vor Weihnachten, Ostern und Pfingsten. Jede Schwankung der wirtschaftlichen Konjunktur ist hier zu merken; und niemals geht das Geschäft so gut, nie ist die Anzahl der versehenen Gegenstände so groß, wie in den Zeiten zunehmender Arbeitslosigkeit. Denn die Besucher dieses „Leihhauses“ sind alles „Gläubige“. Sie glauben zwar in der Regel nicht mehr an Gott, denn der hat ihnen ja nicht geholfen, sie haben aber „daran glauben müssen“, und darum sind sie eben „Gläubige“. (Das ist auch ein Fachausdruck vom Vorplatz!)

Die Kundenschaft der „Leine“ besteht aus Arbeitern (besonders den Erwerbslosen), Hausfrauen und kleinen Gewerbetreibenden und Geschäftleuten. Bei den Arbeitern ist es meist empfindliches Not, die hierzu zwingt, denn der Gang ins Leihhaus ist immer eines der letzten Mittel, da jeder Mensch weiß, daß der Weg zum Vorplatz leichter ist als der vom Vorplatz! Auch die Hausfrauen sind hier nur dann zu sehen, wenn es schon nicht anders geht. Wenn das Kind krank ist! Wenn kein Pfennig für Brot da ist! Wenn Hunger-Freierlage bevorsteht! Eine zunehmende Rolle spielt unserer Beobachtung nach der Besuch der kleinen Geschäftleute, die sich auf diese Weise das Geld für die Miete oder für die Einlösung eines Wehjels verschaffen.

Vor dem Schalter, an dem Kleidungstücke verpfändet werden, erscheint eine ältere, weißhaarige Frau. Sie bringt einen Frack. „So gut wie neu, alles feinstes Stoff, gute Ausführung, auf Seide gefüttert“, redet sie dem Beamten mit jaghafter Stimme gut zu. Dieser bestaunt sie zuerst die Weite und findet sie in Ordnung, prüft dann den Rock, und hat auch hier nichts auszuweisen. Bei der Hofe

passiert das Unglück. Die hat nämlich zwei kleine, winzig kleine Löcher. Man sieht sie nur, wenn man sie gegen das Licht hält, und sie sind wirklich keine Löcher, sondern... Und während ich gerade überlege, wie man das dem Beamten begreiflich machen könnte, steht er schon die Hofe zurück! „Kann ich nicht brauchen!“ — Aber sie sind ja so leicht zu stopfen! Das dauert nur eine Minute!“ — „Weint die Frau.“ Für Rock und Weste können Sie zehn Mark bekommen. Wollen Sie oder wollen Sie nicht?“ — „Jehn Mark?“ Die Frau ist ganz entsetzt über diese Zumutung, und nimmt die Sachen wieder an sich. Sie geht zu der Tür, überlegt einen Augenblick, sieht in ihrer Wut nach, überlegt nochmals und gibt dann Rock und Weste hin — für zehn Mark. Bei der Auszahlung kommt ich neben sie zu stehen. Als sie den Geldschein in die Hand gedrückt erhält, geht ein selbes Lächeln über ihr vorgetragenes Gesicht und sie flüstert vor sich hin: „Heute koste ich aber zu Mittag eine schöne Suppe für die Kinder.“

Wer nicht weiß, was Not ist, wer nicht fühlt, wie gedemütigt und geduldet Menschen sein können, wenn sie hungern und darben müssen, wer wortlose, unpathetische, und darum doppelt ergreifende Menschennot sehen will, findet all dies dort zu Hause. Man sitzt auf den Wartebänken in der Mitte des Saales und sieht, verpackt mit Körperlichem und feillichem Schmerz das Elend und den Jammer, beobachtet diese müden und enttäuschten Gestalten, diese Sorgen auf allen Gesichtern, da ertönt plötzlich — eine Schlagerei, eine Jazzmelodie auf einer Grammophonplatte. Irgendeine der schmissigen, der geistlosen, der nichtigen Melodien, wie man sie von San Francisco bis Madagaskar in allen Vergnügungstafeln hört, eine Jazzplatte wird inmitten dieser Menschen abgeleert.

Braucht man mehr von deren inneren Not zu erzählen als die Tatsache, daß kein einziger aufsteht, nach der Richtung des Lärmes sah oder sonst deutlich merkbar auf diese Produktion reagiert? So stumpf und teilnahmslos, so uninteressiert an allem macht das Elend! Ich gehe zu dem Schalter. Der Beamte probiert einen Sprechapparat und zwei Schallplatten aus, die versehen werden sollen. Während ruhende Menschen warten und Zeitzeugen, Schätze, Kleider, ihre letzte Habe verpfänden wollen, tut der Beamte ruhig und entschlossen seine Pflicht und versucht, ob die andere Seite der Platte in Ordnung ist. Die Menschen warten, die Beamten prüfen, die Geldzähler zählen, die Pfandstücke werden in das Lager geschafft, eine Frau hat zehn Mark erhalten, so daß sie ihren Kindern eine warmes Mittagessen machen kann und man spielt Jazz im Leihhaus! Fred Frank.

Fremdenverkehr. In der Zeit vom 23. bis 29. Juni sind in hiesigen Fremdenhöfen 7070 Reichsdeutsche und 1003 Ausländer, zusammen 8073 Personen, abgestiegen.

Das Amerikanische Konsulat, Leipzig, Otto-Schill-Straße 1, ist am Donnerstag, 4. Juli, wegen eines amerikanischen Feiertags (Tag der Unabhängigkeitserklärung) geschlossen.

Verkauf an den Fleischbänken. Freitag, 5. Juli, bei der Freibank I freier Verkauf.

Wo ruft die Pflicht?

Funktionäre.

Neuschönfeld. Unsere geplante Sitzung findet erst Sonntag, 14. Juli, statt. Ort und Zeit bleibt! Alt-Leipzig. Heute Donnerstag, 20 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 8, Gesamtfunktionärsitzung. Vortrag des Genossen Dr. Heiland "Die Organisation der Kriminalpolizei und ihre Technik". Programme vom Sommerfest müssen in der Sitzung abgerechnet werden.

Sozialistische Arbeiterjugend.

Beim Polizeipräsidium sind umgehend die Auslandspässe abzuholen. Preis 3 Mark. Das Passamt ist täglich von 8 bis 13 Uhr geöffnet. Jeder Wunschnachhaber muss einen Paß haben.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

Schönfeld. Die Zeltlagerfahrer treffen sich Sonnabend, 15 Uhr, im Heim. Papier und Bleistift mitbringen. Das Geld muß bis Sonnabend abgeliefert werden. Zur Ferienfahrt nach Thammenhain vom 28. Juli bis 4. August können noch Anmeldungen bei Fred Schulze, Taubstraße 55, abgegeben werden. Gruppe Erna trifft sich Sonntag, 6 Uhr, am Sächsischen Hof zur Tagesfahrt.

Beleg Südost. Alle Zeltlagerfahrer kommen am Sonnabend, 8. Juli, 16 Uhr, ins Heim, Mühlstraße, zum messen und wiegen; das Geld mitbringen.

Beuth. Morgen Freitag müssen alle Kinder von 17 bis 19 Uhr auf dem Sportplatz sein. Wichtiges über das Kinderfest haben wir zu besprechen.

Blagwitz-Lindenauschlewig. Unser Sommer- und Kinderfest ist am Sonntag, 7. Juli, auf dem Turnplatz der Freien Turnerschaft Leipzig-West, an der verlängerten Rietzschelstraße, Genossinnen und Genossen, beteiligt euch mit euren Angehörigen an dieser Veranstaltung. (Siehe Inserat der gestrigen L.Z.)

Gohlis. Morgen, 17.45 Uhr, Sprechstunde für das Sommerfest im Wald. Alle müssen erscheinen.

Groß-Leipzig. Morgen, 17 Uhr, Volkshaus, Zimmer 34, letzte Jelagsitzung. Alle müssen erscheinen.

Mitwirkende für Massenspiele.

Heute Donnerstag, 19.30 Uhr, sehr wichtige Probe im Hauptrestaurant.

Mitglieder-Veranstaltungen

Diebertmolkw. Die Bibliothek bleibt vom 7. bis 28. Juli geschlossen. Alle Bücher sind bis Sonntag, 7. Juli, abzugeben.

Großhohor. Unsere Mitgliederversammlung findet wegen der Hauptprobe der Turner Sonnabend, 8. Juli, 20 Uhr, im Vereinshaus Frohburg statt. Tagesordnung: 1. Die politische Lage in Sachsen, Referent Gen. Rauch; 2. Unser diesjähriges Parteifest.

Postfäde vom Flugzeug aus angeln!

Am nächsten Sonntag findet auf dem Gelände des Motauer Sees wieder ein Flugtag statt, der mit einem sehr schwierigen Geschicklichkeits-Wettbewerb verbunden ist. Die teilnehmenden Piloten sollen nämlich versuchen, vom Flugzeug aus kleine Postfäden, die an besonderen Gerüsten befestigt sind, mit Hilfe von Angeln während der Fahrt aufzunehmen. Wenn man berätseltigt, daß die Maschinen mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von etwa 120 Kilometer pro Stunde dahinfliegen, also mit dem doppelten Tempo eines D-Zuges, kann man sich ungefähr ein Bild von den Anforderungen an Geschicklichkeit und Technik der Piloten machen. Zahlreiche andere Geschicklichkeits-Prüfungen - beispielsweise fünf Loopings mit Zielanflug in möglichst kurzer Zeit - ergänzen das reichhaltige Programm. Am Startplatz werden sich unter anderem Udet, Gullmann und Fischer einfinden. Besonders interessieren dürfte dann auch noch die Vorführung eines doppelten Luftschleppzuges sowie ein Fallschirmabsturz der Frau Wola Schröter-Borotsova.

Die SAZ wegen Beleidigung verurteilt

Im Juni 1928 veröffentlichte die SAZ eine Reihe von Artikeln, die sich mit angeblichen Unterschlagungen des damaligen ersten Vorsitzenden des Zimmererverbandes, Genossen Kroneberg, beschäftigten. Kroneberg hatte wegen dieser Anschuldigungen der SAZ Beleidigungsklage gegen den Verantwortlichen, Artur Nagel, eingereicht, die nun vor dem Amtsgericht verhandelt wurde. Nagel behauptete hier, daß der Termin von Kroneberg verschleppt worden sei. Demgegenüber wurde festgestellt, daß der Landtagsabgeordnete Nagel sich immer wieder hinter seiner Immunität verkrochen habe, so daß bis zur Auflösung des Landtags gewartet werden mußte, um den Prozeß durchzuführen. Nagel hatte sich erboten, den Wahrheitsbeweis für seine Anschuldigungen zu erbringen. Er fiel aber damit glänzend ins Wasser. Keiner der Zeugen, und darunter waren viele Anhänger der KPD, konnten Kroneberg auch nur im entferntesten belasten. Schließlich wurde Artur Nagel wegen Beleidigung zu 150 Mk. Geldstrafe oder 15 Tage Gefängnis verurteilt.

Verfassungsfeier in sächsischen Schulen

Das Ministerium für Volksbildung und das Wirtschaftsministerium haben angeordnet, zur Erinnerung an die Verabschiedung der Reichsverfassung Schulfeiern zu veranstalten. Da der 11. August in die Ferien fällt, soll die Feier am ersten Schultage nach den Ferien abgehalten werden. Die staatlichen Schulen sollen in den Reichsfarben und eventuell noch in den Landesfarben beflaggt und auch auf die Beflaggung der übrigen sächsischen Schulen hingewirkt werden. Die Reichsregierung hat eine Festschrift herausgegeben, von der in jeder Schule ein Exemplar an je einen Schüler verabfolgt werden soll. In jeder Schule je ein Exemplar an einen Schüler. Das steht aus, als wenn einer will und kann nicht.

Pollzeinachrichten

Müßiggänger Kraftwagenführer. Am 21. Mai wurde gegen 1/15 Uhr auf dem Schönauer Weg gegenüber der A.Z. ein Bauarbeiter auf seinem Fahrrad von einem von hinten kommenden unbekanntem Kraftwagen angefahren und in den Strahengraben geschleudert. Er blieb längere Zeit bewußtlos liegen. Nachdem er sich wieder erholt hatte, schickte er ein kleines Mädchen nach seiner Wohnung, um seine Angehörigen benachrichtigen zu lassen. Dann wurde er mit dem Krankenwagen nach dem Krankenhaus St. Georg übergeführt, wo ein Bruch des linken Oberarmes festgestellt wurde. Eine Beschreibung des Kraftwagens kann er nicht geben. Wer Angaben zur Ermittlung des Täters oder des Besitzers machen kann, wird gebeten, sich beim Kriminalamt zu melden.

Wer ist der Radfahrer? Am 19. Juni wurde kurz vor 7 Uhr in der Theresienstraße ein Radfahrer von einem aus der Wittenberger Straße gekommenen unbekanntem Radfahrer am Hinterrad angefahren. Er stürzte auf die Straße und erlitt einen Ellenbogen- und Knöchelbruch. Der unbekanntem Radfahrer soll sein Fahrzeug mit Klingelglocken versehen haben und in sehr schnellem Tempo gefahren sein. Während sich hilfsbereite Passanten um den Geschädigten bemühten, hat sich der Unbekannte unbemerkt entfernt. Die hilfsbereiten Passanten sowie Personen, die Angaben zur Ermittlung des Radfahrers machen können, werden gebeten, sich beim Kriminalamt zu melden.

„Kontinentaler“ Parlamentarismus

Obstruktionsanträge der KPD — Endlose Geschäftsordnungsreden — Einige Scheffel Schmähungen gegen den Vorsteher — Aenderung der Geschäftsordnung — Ausschluß Schnellers — Friedliche Abstimmung — Haushaltsplan ohne Mittelbewilligung

Kommunistische Revolutionsstrategie

Am Mittwoch haben die Stadtverordneten und die Besucher der Tribünen im Stadtverordnetenhaus einmal erfahren, was wahrer revolutionärer Parlamentarismus ist. Die Kommunisten behaupten immer, die Parliamente seien elende Schwachbuden. Sie haben recht. Aber es sind die Kommunisten, die sie dazu gemacht haben. Und sie bemühen sich allezeit krampfhaft, ihnen diesen Charakter zu erhalten. Das ist ein Analysieren, Taktieren, Diktieren und Schwadronieren wie auf einem Gänsemarkt. Am Schwadronieren entläßt sich die ganz revolutionäre Laibkraft der Kommunisten.

In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung betrieben die Kommunisten eine wahre Rede-Revolution. Die Haushaltsplanberatung war zu Ende geführt! Insgesamt war 18 Stunden lang debattiert worden. Diese 18 Stunden verteilten sich auf insgesamt 18 Redner. Die vier kommunistischen Redner allein haben 8 Stunden für sich in Anspruch genommen. Schneller zwei, Hermann vier, Lieberach einundeinhalb und Kohl eine halbe. Reden ist ihre Lust. Sie hatten daher noch lange nicht genug. Deshalb versuchten sie eine neue Serie zu beginnen. Das gelang ihnen jedoch vorbei. Der Vorsteher Gen. Hübler, ließ sich darauf nicht ein. Selbstverständlich, daß er dafür mit den gemeinlichen Schmähungen bedacht wurde. Der Gesandte reagierte nicht darauf. Da versuchten die Kommunisten, sich durch Abstimmungsverschleppung zu rächen. Schneller beantragte namentliche Abstimmung über 14 Anträge, und das gleiche für die Schlussabstimmung. Zu ihrer Erledigung wären einschließlich der Resolutionsfeststellungen vier bis fünf Stunden Zeit erforderlich gewesen, zu denen sich weitere zwei Stunden für die Abstimmung der übrigen Anträge gefügt hätten. Das alles unter der Voraussetzung, daß die Kommunisten nicht weitere Anträge auf namentliche Abstimmung stellen. Wenn eine solche Abstimmung irgendeinen sachlichen Grund gehabt hätte, würde sicher kaum jemand sich dagegen gewendet haben. Aber ein sachlicher Grund lag durchaus nicht vor. Die Abstimmung im Stadtverordnetenkollegium sind trotz der Weisheit der Parteien so einfach und für jedermann so klar, daß sie bisher allen Brandmarkungsmanövern der KPD genügt haben. Der Vorsteher macht nach jeder Abstimmung bekannt, wie die Fraktionen gestimmt haben. Den Kommunisten sollte die namentliche Abstimmung weiter nichts als Sport und Amusement sein. Das haben sie durch ihr mit diesem Theaterdonner durchgesetztes Verhalten offen zu erkennen.

Da sich die Stadtverordneten diese kommunistische Terrorpraxis nicht gefallen lassen wollten, änderten sie die Geschäftsordnung dahin, daß zur Unterfertigung eines Antrages auf namentliche Abstimmung 15 Stadtverordnete statt der bisherigen 10 erforderlich sind. Ueber solche Mandate verfügen die kommunistischen Fraktionen nicht. Selbstverständlich abermals Kraß, der schließlich mit dem Ausschluß Schnellers endigte. Die Einzelheiten können unsere Leser im Bericht nachlesen. Die grundsätzliche Seite der Sache werden wir noch besonders behandeln. Jedenfalls dürften die Kommunisten versichert sein, daß die sozialdemokratische Fraktion den parlamentarischen Gegenmaßnahmen der Schneller u. Co. stets mit einer entsprechenden Wille zu begegnen weiß. Und sicher, dürfen die Kommunisten damit rechnen, daß sie die schier unendliche Langmut des Stadtverordnetenvorsetzers Genossen Hübler nicht in alle Ewigkeit ungestraft mißbrauchen können. Treiben sie es so weiter, wird man dem Vorsteher Vollmachten in die Hand geben, die selbst gegenüber solch hoffnungslosen Subjekten wie Schneller und Konjorten ihre erzieherische Wirkung nicht verfehlen werden.

Der Verhandlungsbericht

Kommunistisches Theater

Vor Eingang in die Tagesordnung verliest der Kommunist Schneller eine Erklärung, die ganz offenbar deshalb abgegeben wird, um eine Reihe von laienhaften Ausfällen gegen die Sozialdemokratie, den Vorsteher Genossen Dr. Hübler und den Genossen Fleißner „wirkungsvoll“ anzubringen. Nachdem Schneller endet, meißelt sich Daleske zum Wort, um Schnellers Theaterpolitik fortzuführen. Er kam aber nicht durch, da nach einer ganzen Reihe von Rednern aus der vorigen Stadtverordnetenversammlung vorgemerkt waren, und auch für Herrn Daleske die Geschäftsordnung gilt, bezugslos die Redner nach der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten. Als Daleske somit abgeglitten war, trat nachmals Feld Schneller auf den Plan und beantragte, über 14 kommunistische Anträge namentlich abzustimmen und auch die Schlussabstimmung namentlich vorzunehmen. Der Antrag findet nicht die geschäftsordnungsmäßig vorgeschriebene Unterstützung.

Fortleitung der Beratung

Sodann wird in die Haushaltsplanberatung eingetreten. Als erster Redner erhält das Wort Stadtbaurat Ritter. Dieser wendet sich gegen eine Reihe von Vorwürfen gegen das Hochbauamt. Er beklagt die vom Bürgermeister Hofmann in Aussicht gestellte Trennung der Bauausführung von der Bauleitung. Im weiteren bemängelt er, daß die Bauarbeiter die Einführung der Affordarbeit ablehnen. Dadurch würden nicht nur die Bauten verteuert, sondern auch die besten Arbeitskräfte von Leipzig fortgedrängt, da diese die Städte mit Affordarbeit, bei der sie zu weit höherem Verdienst gelangen, vorziehen. Stadtbaurat Ritter entschuldigt das einige Vorgehen des Gemeinrats hinsichtlich der Veranschlagung. Aber Eile tut not. Die Einzelheiten der Vorlage seien stark kritisiert worden. Redner schlägt daher vor, einige Stadtverordnete zu bestimmen, die gemeinsam mit dem Messcausschuß über die endgültige Ausgestaltung des Projekts beraten. Jedoch empfiehlt er, an dem Hochhaus festzuhalten, seine Höhe aber von zehn auf acht Stockwerke herabzumindern. Weiter empfiehlt sich, nachzuprüfen, ob nicht ein geeigneterer Platz, als der in Aussicht genommene, für die Ausführung des Plans gefunden werden könne.

Werner (Wlpo) fordert eine Voderung des Wohnungswangs durch Einführung einer Mietberechtigungstaxe. Er bekämpft die Straßenreinigungsgelühr, die er gemäß den Anträgen der Wirtschaftspolitischen Vereinigung auf ein Drittel des letzten Aufkommens herabgesetzt wissen will. Die Städtische Baugesellschaft ist ihm ein Dorn im Auge. Er erhalte viel zu viel Aufträge. Die Stadt leide an großer Finanznot und trotzdem zahle die Städtische Baugesellschaft keine Steuern. Redner nimmt sich dann die ganze Zelle der Regiebetriebe vor, die alle, mit Ausnahme des Zoo, seinem Vernichtungsgorn verfallen. Ebenso große Schmerzen bereiten ihm die Fürsorgeaufwendungen. Seine Fraktion fordere die

Streichung von einer Million Mark aus dem Fürsorgeetat. Es sei notwendig, die Fürsorgeetats einmal nachzuprüfen, da es unmöglich für die Stadt sei, so gewaltige Summen für Fürsorgezwecke aufzuwenden.

Genosse Lang erinnert Herrn Bürgermeister Hofmann an das vor Jahren gegebene Versprechen, den Stadtverordneten mehr Entgegenkommen zu zeigen. Die sozialdemokratische Fraktion erwarte, daß in diesem Jahre der Rat sich mehr beeile, damit nicht die endgültige Verabschiedung sich wieder bis in die vorletzte Sitzung des Jahres hinausziehe. Genosse Lang nimmt sich dann Herrn Kunath vor, der gesagt hatte, nur die Einkommensteuer sei gerecht. Er fragt: Ist Herrn Kunath so ganz unbekannt, daß es die ihm näher liegenden politischen Kreise gewesen sind, die immer und stets für einen Ausbau gerade der indirekten Steuern eingetreten sind.

Sind sie es nicht gewesen, die die Erbergerische Steuerreform deren Rückgrat die Einkommensteuer war, immer weiter ausgebaut haben, statt sie nach der neuesten Erkenntnis des Herrn Kunath weiter auszubauen? Weiß Herr Kunath nichts von dem Mißverhältnis zwischen dem Einkommen aus der Lohnsteuer und der Einkommensteuer der veranlagten Steuerpflichtigen? Oder ist die Schenkung auf die Einkommensteuer zurückzuführen, daß man sich heute von der Einkommensteuer weit leichter drücken kann, als beispielsweise von der Gewerbesteuer.

Herr Kunath meinte: „Weiß der Rat nicht, daß die Wirtschaft unter den Steuerlasten am Zusammenbrechen ist?“ Wie reimt sich dies aber mit der Tatsache zusammen, daß nach dem Urteil hervorragender Volkswirtschaftler in den letzten Jahren eine sehr starke Kapitalbildung vor sich gegangen ist? Der Behauptung Dr. Kunaths steht ferner folgende Tatsache gegenüber: Aus der Massenbesteuerung, Lohn-, Umsatz-, Beförderungsteuer, Zölle und Verbrauchssteuern, ist das Aufkommen im Haushaltsplan 1928 mit 8322 Millionen Mark veranschlagt worden, das der Einkommen-, Einkommensteuer, der veranlagten Steuerpflichtigen nebst Steuerabzug vom Kapitalertrag, Körperschafts-, Vermögens-, Erbschaftssteuer aber nur 2770 Millionen. Das Reich hat also aus der Massenbesteuerung fast doppelt soviel, als aus der Einkommensteuer herausgezogen. Die Massenbesteuerung allein bringt 1300 Millionen Mark mehr in die Kassen des Reichs, als alle andern Einnahmequellen zusammenbringen. Außerdem ist zu beachten: Seit 1924 bis einschließlich 1927 sind Ueberflüsse gegenüber dem Haushaltsplanvoranschlag von 3552 Millionen Mark aus der Massenbesteuerung, aber nur von 580 Millionen Mark aus der Einkommensteuer herausgezogen worden.

Wir haben uns bemüht, Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen und zu diesem Zwecke eine Hausangestelltensteuer vorgeschlagen. Dr. Kunath nennt sie unsozial, da seiner Meinung nach einige Härtefälle nicht berücksichtigt sind. Aber solche kleinen Schönheitsfehler lassen sich doch mit Leichtigkeit beseitigen. Herr Kunath wandte sich besonders dagegen, daß die Hausangestelltensteuer bei fünf Hausangestellten 500 Mark betragen soll.

Wer sich den Luxus leisten kann, fünf Hausangestellte zu halten, wer die großen Kosten für deren Entlohnung und Unterhalt ausbringen kann, für den sollen 500 Mark Steuer untragbar sein?

Ich erinnere an das Beispiel in Klinga, wo z. B. Herr Bleichert für seine und seiner Familie Bequemlichkeit und Behaglichkeit sich 20 Hausangestellte halten konnte. Die Hausangestelltensteuer soll auch unmoralisch sein, weil sie eine große Vermehrung der Arbeitslosen zur Folge habe. Erstens bezweifeln wir, daß in nennenswertem Umfang Entlassungen eintreten werden. Wo die Hausangestelltensteuer zu hart wirkt, sind Milderungen möglich. Aber warum auf Ihrer Seite auf einmal so moralisch?

Wann haben Sie einmal moralische Schmerzen dieser Art gehabt, wenn es sich um Ausperrungen oder um Betriebsstillegungen handelt, von denen Tausende betroffen wurden und die doch in den meisten Fällen nur um des heiligen Profites willen vorgenommen worden sind.

Herr Kunath meinte, es sei unvereinbar mit dem Grundsatz der Sparsamkeit, Einverleibungen vorzunehmen, die das notwendige Maß überschreiten. Wir sind gerade gegenteiliger Meinung. Es rächt sich heute schwer, daß in vergangener Zeit keine großzügige Eingemeindungspolitik getrieben worden ist. Eine großzügige Kommunalpolitik auf dem Gebiete des Verkehrs, der Versorgung mit Gas, Wasser, Elektrizität, auf dem Gebiete der Kultur und Sozialpolitik usw. ist geradezu abhängig von einer großzügigen Einverleibungspolitik. (Zuruf Daleske). Ach Herr Daleske, ich habe schon meinen Mark, meinen Wehring und meinen Kaufschilling gelesen, lange bevor Sie sich freiwillig zum Militär meldeten. (Lachendes Geheul) Genosse Lang hält den Kommunisten, die immer von Verrat schreien, weil die Sozialdemokratie nicht wie die Kommunisten alles grundsätzlich verweigert, die Richtlinien für kommunistische Kommunalpolitik vor. Unsere Leser finden darüber etwas an anderer Stelle der heutigen Ausgabe.

Genosse Lang hält den Kommunisten weiter entgegen: Nach dem Haushaltsplan erhalten wir 28 325 000 Mark an Ueberweisungsteuer, 2 901 000 Mark müssen aus Gemeinbesteuern aufgebracht werden. Von diesen Einnahmen verlangen die Kommunisten Streichung der Grundsteuerzuschläge, Gewerbesteuerzuschläge, Biersteuer, Vergnügungssteuer, insgesamt 17 050 000 Mark. Ferner fordern sie die Streichung der Ueberweisung aus den städtischen Werken, 7 500 000 Mark, und die Streichung weiterer Einnahmen im Betrage von 1 690 000 Mark. Das macht eine Summe von 26 240 000 Mark. An Mehrausgaben beantragen die Kommunisten 12 080 000 Mark. Das ergibt ein Gesamtdefizit von 38 300 000 Mark. Nun suchen die Kommunisten einen Ausweg, indem sie Ausgaben im Betrage von 6 Millionen Mark streichen. Unter diesen Streichungen befinden sich auch die Ausgaben für Polizei in Höhe von 4 077 000 Mark, eine Summe, die, wenn die Stadt wirklich die Zahlung verweigerte, der Staat von den Steuerüberweisungen einbehalten. Ebenso liegt es mit den gestrichenen 321 000 Mark für Gehälter der Ratsmitglieder, die einlagbar sind. Es bleibt also nach den kommunistischen Anträgen ein Defizit von rund 36 Millionen Mark.

Es wäre außerordentlich interessant zu erfahren, woher die Kommunisten nun die Mittel nehmen wollen zur Deckung der auch von ihnen als richtig anerkannten Ansprüche des Haushaltsplanes und der von ihnen darüber hinaus geforderten Ausgaben.

Genosse Lang nimmt dann noch kurz Stellung zu den von den Fraktionen gestellten Anträgen zum Haushaltsplan. Er verurteilt ganz besonders die Manie der Wirtschaftspolitischen Vereinigung, durch Streichung unerlässlicher Aufwendungen sich Wohlfeuern vom Hals zu schaffen. Mit besonderem Nachdruck weist er den Antrag zurück, den Fürsorgeaufwand um eine Million Mark zu kürzen. Ebenso bekämpft er die Fälligkeit des Rates hinsichtlich der Erziehungsbeiträge. Nach eingehender Würdigung des gesamten Schultats schließt Redner seine Ausführungen: Es handelt sich für uns darum, einen möglichst einheitlichen und lückenlosen Bildungsbau zu schaffen, der gestattet, die für die Schulen ausgegebenen Summen so rationell als möglich zu verwenden, um den größten Ruheeffekt zu erzielen. Einen Bildungsbau, der jeden seiner Anlage und Begabung gemäß erfassen kann, jeden an den Platz kommen läßt, wo er nach Anlage, Fälligkeit und Neigung hingehört. Davon hat nicht nur der einzelne, sondern auch die Gemeinschaft den größten Nutzen. Denn wenn jedem an seiner Stelle nach Maßgabe seiner Kräfte das Beste zu leisten Gelegenheit ge-

gehen wird, ist auch die Summe der Leistungen der Gesamtheit die höchste und beste.

Nochmals Kommunistenklamauf

Damit ist die zweite Rednerreihe zu Ende. Die Kommunisten versuchen, entgegen den von den Stadtverordneten gefassten Beschlüssen, die Debatte fortzusetzen. Das Haus beschließt, dem nicht stattzugeben.

Darauf stellt Schneller erneut den Antrag, über eine Reihe von Anträgen namentlich abzustimmen. Das Kollegium gibt diesem Antrag, der schon einmal abgewiesen worden ist, nicht statt.

Darauf stellt Schneller einen Antrag, über ein gutes Dutzend anderer kommunistischer Anträge namentlich abzustimmen. Die Gesamtzahl der kommunistischen Anträge beträgt etwa 1601. Einige davon sind schon rotiert.

Genosse Pfeiffer beantragt, die Sitzung auf eine halbe Stunde zu vertagen. Der Schnellersche Antrag sei weiter nichts, als ein Mißbrauch der Geschäftsordnung. Jeder habe die Möglichkeit zu überlegen, wie die Fraktionen stimmen. Ueberdies gibt der Vorsteher nach jeder Abstimmung bekannt, wie die einzelnen Fraktionen gestimmt haben. Die noch zeitraubende namentliche Abstimmung zu verlangen, habe weiter keinen Zweck, als das Kollegium arbeitsunfähig zu machen.

Schneller ergeht sich weiter in Ausfällen gegen die Sozialdemokratie, besonders aber gegen den Genossen Pfeiffer. Der Vorsteher droht ihm, falls Schneller in seiner ausfälligen Weise fortfahren beliebe, Ausschluß an. Darüber entsteht großer Lärm, worauf der Vorsteher die Sitzung auf zehn Minuten schließt.

Schneller wird ausgeschlossen

Nach Wiedereröffnung der Sitzung verkündet der Vorsteher, daß der Vorstand beschloßen hat, den Stadtverordneten Schneller aus der Sitzung auszuschließen. Schneller verläßt mit diabolischem Lächeln den Saal. Jetzt kann er sich als Held in den Reihen seiner Getreuen feiern lassen.

Ueberbach (exmittierter Thälmannianer) hält die Situation für günstig, sich vor der Tribüne als Anwalt demokratischer Rechte aufzuspielen.

Dafede (Korporal im Thälmann-Korps) kann ebenfalls der Versuchung nicht widerstehen, sich als Kämpfer für parlamentarischen Anstand vorzustellen.

Nach ihm verläßt Herrmann, ebenfalls vom Thälmann-Korps, einen Geschäftsordnungsbeschluß vom Stapel zu lassen. Er will dem Vorsteher über den Ausschluß Schnellers die Leuten lesen. Das gelingt ihm nicht. Ein Antrag Herrmann, die Sitzung zu vertagen, um die Fraktionsführer zusammenzurufen, wird abgelehnt.

Genosse Bauer beantragt, nunmehr den Antrag Pfeiffer zur Abstimmung zu bringen.

Herrmann erklärt, seine Fraktion widerspreche. Dieser Widerspruch machte die Erledigung des Antrages in derselben Sitzung unmöglich.

Darauf schließt der Vorsteher, Genosse Hübler, 20½ Uhr die Sitzung, beruft den Verfassungsausschuß ein und beraumt die nächste Sitzung auf 21 Uhr an.

Die zweite Sitzung

Änderung der Geschäftsordnung

Der Verfassungsausschuß hat beschloßen, den § 8 der Geschäftsordnung dahin zu ändern, daß zur Unterstützung eines Antrags auf namentliche Abstimmung 15 Stadtverordnete erforderlich sind. Bisher genügt ein.

Dafede erhebt Beschwerde gegen die Ausschließung Schnellers. Er beantragt sofortigen Entschluß des Präsidiums. Dem wird vom Vorsteher stattgegeben und die Sitzung auf zehn Minuten vertagt. Nach Wiedereröffnung berichtet der Vorsteher, daß die Beschwerde als unberechtigt abgewiesen worden ist.

Nunmehr hält der Thälmannianer Schmidt eine Entrüstungsrede gegen die Geschäftsordnungsänderung. Auch Schneller, der ja nur für eine Sitzung ausgeschlossen war, hat sich wieder ein-

gestellt, um nochmals die Geschäftsordnung zu mißbrauchen. Schließlich ist auch er zu Ende.

Nun endlich kann die Abstimmung über den Haushaltsplan beginnen. Sie dauert etwa zwei Stunden, während der sich die Kommunisten ausnahmsweise mangelnd benehmen.

Die Abstimmung

Der rund 400 Anträge, unter denen sich 102 der Ausschüsse und 180 kommunistische Anträge befanden, nahm zwei Stunden in Anspruch. Die Ausschüsseanträge sind fast alle von sozialdemokratischer Seite eingebracht worden und fanden mit wenigen Ausnahmen Annahme. Gegen die Stimmen der Bürgerlichen wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen.

500 000 Mark zur Durchführung der kostenlosen kommunalen Totenbestattung

ab 1. Oktober 1929 zu verwenden und dazu 520 000 Mark Einnahmen in den Haushaltsplan einzuführen. Zu dem Abschnitt Bauverwaltung wurde einem sozialdemokratischen Antrag zugestimmt, der eine Festlegung der Verantwortlichkeit bei städtischen Bauten, eine sorgfältige Bearbeitung von Bauprojekten und eine Reorganisation des Hochbauamtes erstrebt. Gegen die Rechte mit den Stimmen der Linken und der Demokraten wurde folgender sozialdemokratischer Antrag angenommen:

Der Rat wird ersucht, den Stadtverordneten bis 1. Oktober 1929 die bei der Haushaltsplanberatung 1928 geforderte Vorlage über Einrichtung einer hygienisch und technisch einwandfreien städtischen Müllabfuhr vorzulegen.

Gegen die Stimmen der Wirtschaftspolitischen Fraktion und der Wirtschaftspartei wurde beschloßen, das Berechnungsgeld zur Förderung begabter Schüler, deren Eltern unbemittelt sind, um 170 000 Mark auf 440 000 Mark zu erhöhen und die Erziehungsbefehligen bis zur Leistungszensur zu gewähren. Auf sozialdemokratischen Antrag wurde die Erhöhung des Betrages zur Förderung von Vereinen und sonstigen Einrichtungen der freien Jugendwohlfahrt von 20 000 auf 80 000 Mark beschloßen. Der Zuschuß zu den städtischen Theatern wurde von 1 725 700 Mark auf 1 586 200 Mark mit der Maßgabe herabgesetzt, daß die Kosten der Vereinvorstellungen nicht erhöht werden. Gegen die Stimmen der Rechten wurde beschloßen,

die Bedarfslage für Erwachsene in der Fürsorge um 10 Prozent zu erhöhen und für Sonderunterstützungen zu Weihnachten 250 000 Mark in den Haushaltsplan einzuführen.

Außerdem wird der Rat ersucht, die Einrichtung der Eheberatungsstelle nach den vom Stadtverordneten-Kollegium beschloßenen Richtlinien unverzüglich vorzunehmen. Gegen die gesamte Rechte wurde folgender sozialdemokratischer Antrag für Einführung der Hausangestelltensteuer angenommen:

Das Konto „Einkommensteuer“ ist um 300 000 Mark auf 19 300 000 Mark zu erhöhen und ihm neu einzufügen: Hausangestelltensteuer 250 000 Mark (berechnet auf die Zeit vom 1. Oktober bis 31. März 1930).

Der Erhebung von 150 Prozent Zuschlag zur Grund- und Gewerbesteuer wurde nur von den Sozialdemokraten, den Demokraten und dem USV-Mann zugestimmt. Die übrigen Bürgerlichen und die Kommunisten lehnten mit Mehrheit die Zuschläge ab. Gegen 125 Prozent stimmten Sozialdemokraten, Kommunisten und Demokraten, so daß auch dieser Prozentfuß keine Annahme fand. Die von der KPD-Fraktion beantragten 100 Prozent Zuschläge wurden gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Die sozialdemokratische Fraktion stimmte gegen 125 Prozent und 100 Prozent Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer, weil sie die Verantwortung nicht übernehmen kann, daß bei der gespannten Finanzlage der Stadt nicht restlos die Grund- und Gewerbesteuer ausgeschöpft wird. Durch den Verlauf der Abstimmung ist eine Entscheidung über die Höhe der Grund- und Gewerbesteuerzuschläge überhaupt nicht zustande gekommen.

In der Gesamtabstimmung über das Konto Finanzverwaltung wurde das ganze Konto mit den Stimmen der Wirtschaftspolitischen Fraktion, der Wirtschaftspartei, der Volkspartei und der KPD abgelehnt, so daß haushaltplanmäßig die Stadt überhaupt über keine Steuereinnahmen verfügt.

Die Gesamtabstimmung über den Haushaltsplan mußte zweimal wiederholt werden, weil das Ergebnis der Abstimmung angezweifelt wurde. Schließlich entschied der Stadtverordneten-Vorsteher, daß durch Hammerung das Abstimmungsergebnis festgestellt wurde.

Mit 36 gegen 35 Stimmen wurde der Haushaltsplan angenommen. Dafür stimmten Sozialdemokraten, Demokraten, drei Aufwärtler und der Sozialist, während der Aufwärtler Dr. Rood sich auf die Seite der bürgerlich-kommunistischen Etatableherer schlug.

Die Ablehnung des Kontos Finanzverwaltung und damit sämtlicher Steuern zwingt den Rat, Einspruch zu erheben und zu verlangen, daß das Einigungsverfahren eingeleitet wird. Da die Stadtverordneten nächste Woche in die Ferien gehen, dürfte voraussichtlich das Einigungsverfahren erst nach den Stadtverordnetenferien eingeleitet werden. Führt das Einigungsverfahren zu keiner Verständigung, so muß der Rat die Gemeindevollversammlung anrufen, die die fehlenden Beschlüsse der Stadtverordneten zu ersehen hat. Schuld der Kommunisten und Bürgerlichen ist es, wenn der Rat viele Monate, ohne an Beschlüsse der Stadtverordneten und an einen von diesen aufgestellten Haushaltsplan gebunden, wirtschaften kann. Bei der Sachlage und angesichts der Zeitumstände ist es nicht unwahrscheinlich, daß erst Ende des Jahres der Haushaltsplan unter Dach und Fach gebracht wird. So wird von den Bürgerlichen und den Kommunisten das Selbstverwaltungsrecht der Stadtgemeinde mit Füßen getreten und die Gemeindevollversammlung zum bitteren Gezungen.

Revisionen beim Reichsgericht

Zweimal verurteilt

Der 30 Jahre alte Heizer Joseph Schönbauer aus Rölln-Ehrenstein wurde am 21. August 1928 vom Landgericht Wiesbaden wegen schwerer räuberischer Erpressung zu neun Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrenrechtsverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt.

Am 27. Februar 1924 hatte der Angeklagte in dem von den Franzosen besetzten Wiesbaden unter der Vorpipegelung, er sei ein französischer Kriminalbeamter, einem Lehrling 6500 Bilkonen Mark, die der Lehrling für seine Firma von der Reichsbank abgehoben hatte, abgenommen. Ähnliche Vergehen hatte er in dem damals besetzten Solingen, Bonn, Dortmund, Aachen und Mannheim begangen. Das französische Kriegsgericht verurteilte Schönbauer damals wegen Betrugs und Amtsanmaßung zu 2 Jahren Gefängnis. Nach Verbüßung dieser Strafe wurde er an Deutschland ausgeliefert und wegen des Wiesbadener Falles verurteilt.

In der dagegen eingeleiteten Revision klagte sich der Angeklagte darauf, daß er bereits von dem französischen Gericht für diese Straftat abgeurteilt worden sei und daß dieses den Fall Wiesbaden als einen Fall angesehen habe, bei dem die Täterschaft sich nicht habe beweisen lassen. Außerdem besitz er, daß er überhaupt als Täter in Frage komme, da er an diesem Tage von morgens bis abends in Ludwigschafen gewesen sei. In der Berufungsverhandlung habe er dafür einen Zeugen angegeben, den aber das Gericht nicht vernommen habe. Außerdem habe die Vorinstanz festgestellt, daß der Lehrling dem falschen Kriminalbeamten widerstandslos gefolgt sei und dann die Wappe mit dem Reichsadler angehängt, Beamten bereitwillig übergeben habe. Es könne daher höchstens auf Betrug erkannt werden.

Der Reichsanwalt hielt die Erhebungen gegen das Urteil für unbegründet und beantragte, die Revision zu verwerfen. Der erste Strafsenat schloß sich dem Antrag des Staatsanwaltes an und verwarf die Revision kostenpflichtig.

FAMILIEN-NACHRICHTEN

Am Dienstag, dem 2. Juli 1929, starb nach schwerem Leiden unser langjähriger Ober-Maschinenmeister Herr

EDWIN FICHTE

In ihm verlieren wir einen pflichttreuen Mitarbeiter von lauterem Charakter und von seltener Tugend. Wir bedauern aufrichtig sein zu frühes Hinscheiden. Ein ehrendes Gedenken werden wir ihm allzeit bewahren.

Leipzig, am 4. Juli 1929.

EMIL GERASCH GMBH.

Am Mittwochmorgen verschied nach langem, schwerem Leiden im 59. Lebensjahre mein lieber Mann, Herr

Hermann Schmidt

Leipzig, Südstraße 60, III., am 3. Juli 1929
In stiller Trauer

Gertrud Schmidt

Die Beisetzungsfeier findet am Sonnabend, 2. Uhr, von der Kapelle des Südfriedhofes aus statt.

Beim Selbstantritt unseres lieben Entschlafenen

Otto Naumann

ist uns von allen Seiten tiefste Anteilnahme entgegengebracht worden, daß es uns nur auf diesem Wege möglich ist, unseren herzlichen Dank abzusenden. Besonders danken wir Herrn Theo Meyer, der Freien Turnerschaft u. Mödern und dem Ortsverein der SPD für die getroffenen Worte an der Bahre sowie den geehrten Gausbewohnern und Bekannten, ferner dem Männerchor u. Mödern für den erhebenden Gesang.

Richard Naumann u. Frau.

Nach langem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden verschied plötzlich und unerwartet am 1. Juli in Bad Nauheim meine innigstgeliebte Frau, unsere herzengute, treusorgende Mutter

Emma Schneider

geb. Gaumnitz

im 59. Lebensjahre.
Leipzig W 33 und Helsingfors
Gundorfer Straße 28

In tiefstem Weh

Ernst Schneider und Kinder

Die Beerdigung findet Freitag, den 5. Juli, mittags 1 Uhr, auf dem Lindener Friedhof statt.

Fahrkarten

brauchen Sie zu jeder Reise, selbst zum kleinsten Ausflug. Ersparen Sie sich das lästige Anstehen an überfüllten Bahnhofschaltern - Sie erhalten alle Fahrkarten bei uns zu

amtlichen Preisen

ohne Aufschlag. Nehmen Sie bei der Gelegenheit unsere Gratie-Prospekte für billige

Gesellschafts-Reisen

mit

Verkehrsbüro Messamt Leipzig

Agentur des Norddeutschen Lloyd

MARKT 4 - Orlauf 70021 - Fernruf 16324

Stellenangebote

Suche per sofort einen tüchtigen Bauarbeiter zur Bedienung eines Schnellbauaufzuges (Reform-Motor) Zu melden von 18-20 Uhr bei Baumeister Erich Kupfer Leipzig W 32, Panitzstraße 15

Bewirtschafteter gesucht!

Infolge Todesfalls Bewirtschafteter für unser Vereinshaus zum 1. August gesucht. Bewerbungen bis 8. Juli an Philipp Popp, Leipzig W 32, Kreuzgasse 2, II. r. erbeten. Turn, Spiel- und Sportverein L. Schleußig e. V.

Verkäufe

Achtung!

Katharinenstr. 17 u. Reichsstr. 40 werden stauend billig Zigarren ab 5 Stück abgegeben Gebr. Glaser G. m. b. H., Leipzig

Auf Kredit Damengarderobe mit kleiner Waage, Spiegel, Kleider, etc. Hans Hoffmann, Leipziger Str. 10, I. Stock

Auf Kredit Bettstellen mit Matratzen mit 5 Mark Anzahlung Scherbel, Markt 2 (Kathausstr.)

Hallo! Kinderbetten 18.- an Teilhaber, gestattet Thomanstr. 11 früher Elterstraße

Nur gute Möbel zu billigsten Preisen Möbelhaus Poll, Eutritzscher Markt, Straßenbahn 14, 15, 21

Reformbetten Holzbetten Pat.-Matratzen 2 Post.-Auflagen Teilhaber, gestattet Thomanstr. 11, früher Elterstraße

Schreibische 140 cm, m. engl. Zügen Mk. 65.00 Möbelhaus Poll, Eutritzscher Markt, Straßenbahn 14, 15, 21

Kaufgesuche

Frische Lindenvillen werden aus Privat-hand zu kaufen gesucht. L. Schönfeld, Waldbauerstr. 5, I. r.

Diverses

Meriores Sopfa-Handbische, wertvoller Inhalt, am Sonntag nach dem Sommerfest, bis 5. August, 10 bis 12 Uhr, Marktstr. 11, 1. Stock, E. Müller, Günterstraße, Ecke Siemeringstraße.

Wohnungen

Ehepaar ohne Kinder, sucht leeres Zimmer mit Kochofen. Off. erb. unt. E. Hiltte, Günterstr. 11, Magdalenastraße.

3 große billige Tage

Donnerstag, Freitag, Sonnabend

Für die Reise!

Dauer-Salami- oder Zervelatwurst, extra hart . . . 1 Pfund nur **1.95**
 in Braunschweig-Schinkenwurst, halbbart
 in Thüringer Knackwurst, halbbart . . . 1 Pfund nur

Ein Geschenk dem Kinde!

Erfrischungsmischung v. Pralinen, Rheinische Früchte, Pfefferminz-Fondant, Apfelsinen- u. Zitronen-Schnitte, oder Erfrischung-Waffeln, Schokoladebecker, Allerteil 1 Pfund nur **75**

Für jeden Geschmack!

Erdbeer-, Aprikosen-, Pflaumen-, Himbeer- oder Aprikosen-Marmelade, Apfel-Gelée oder Rheinisch. Apfelkraut 2-Pfd.-Elmer nur **1.15**

Unsere Spezialitäten:

Ananas-, Aprikosen-, Erdbeer- oder Kirsch-Konfitüre . . . 2-Pfd.-Elmer **1.45**
 Ananas in Scheiben, extra Qualität, span. Aprikosen 2-Pfd.-Dose nur

Frisch-Fleisch

trotz steigender Preise

Rind	Schwein
Kochfleisch . . . Pfund 90	Bauch Pfund 1.10
Hohe Rippe . . . Pfund 1.05	Fettes und Schmer Pfund 98
Gehacktes . . . Pfund 1.05	Keule Pfund 1.28
Gulasch Pfund 1.10	Koteletts . . . Pfund 1.70
Schmorfleisch . . Pfund 1.35	Köpfe Pfund 48
Rouladen Pfund 1.45	
Rostbeef Pfund 1.45	
Filet Pfund 1.70	
Kalbs-Rücken oder Keule Pfund 1.25	

ff. Wurstwaren

Fetter Speck . . . Pfund 1.15
Delikateß-Schwarzfleisch ohne Rippen . . . Pfund 1.45
Blut- od. Leberwurst . Pfund 90
Knackwurst Pfund 1.45
Mettwurst nach Braunschweig . Pfund 1.50
Art. Pfund 1.50
Jagdwurst Pfund 1.50
Speckwurst Pfund 1.45
Landleberwurst I . . Pfund 1.35
Schweineschmalz, garantiert rein ausgelassen . . Pfund 1.00
Schweinskopf i. Gelee . Pfund 1.20
Bierwurst Pfund 1.65
Mußschinken . . . Pfund 2.20

Butter und Käse

Feinste Molk.-Butter 1/2 Pfd. 98
Allerbeste Dänische Butter 1/2 Pfd. 1.10
Limburger Käse 98
Tilsiter Käse . Pfd. 1.10 85
Edamer Käse . Pfd. 1.10 85
Schweizer Käse Pfd. 1.65 1.35
Vollmilch . 1/2 Dose 55 45 39
Margarine Pfund 52 48
Delma Pfund 62

Kolonialwaren

Weizenmehl 6 Pfd. 98
Auszugemehl . . . 5-Pfd.-Btl. 95
Kaiser-Auszugemehl 5-Pfd.-Btl. 1.18
Kaiser-Auszugemehl Rünigen 5-Pfd.-Btl. 1.25
Kakao Pfd. 95 85
Kaffee gebrannt 1/2 Pfd. 1.60 1.40
Tafelreis Pfd. 45 32
Bohnen Pfd. 45 35
Grüne Erbsen . . . Pfd. 30
Viktoria-Erbsen . . Pfd. 28
Linzen Pfd. 55 35

Konserven

Stang-Spargel sehr stark, o. Brechspargel . 2-Pfd.-Dose 2.68
Spargelköpfe . 1-Pfd.-Dose 1.75
Gemüse-Erbsen 2-Pfd.-Dose 58
Junge Erbsen mittelfein 2-Pfd.-Dose 95
Leipziger Allerlei mittelfein 2-Pfd.-Dose 1.35
Wirsingkohl . . . 2-Pfd.-Dose 68
Tomaten-Purée 2-Pfd.-Dose 75
Stang-, Schnitt- od. Brechbohnen 2-Pfd.-Dose 1.10
Pflaumen oder Kürbis in Kristallsücker . . 4 Pfd.-Dose 1.28

Fette Suppen- od. Brathühner 1.45
 zum Aussuchen Pfd. nur

1 Pfund Himbeersaft oder 1 Pfund Zitronensaft oder 12 Stk. Zitronen . . . **55**

2 Pfd. Kal. Mischobst od. 1 Pfd. Kal. Birnen oder 1 Pfund Aprikosen oder 1 Pfund Pfirsiche nur **95**

2-Pfd.-Dose Gem. Gemüse oder 2-Pfd.-Dose Pflaumen. **85**

2-Pfund-Dose Leipz. Allerlei mit reichlich Spargel, Morcheln und Karotten **1.05**

5mal 1-Pfd.-Ds. Pflaumen od. 3mal 2-Pfd.-Ds. Junge Erbsen od. 3mal 2-Pfd.-Ds. Gem. Gemüse mit Spargel, getr. Erbsen u. Morch. nur **1.95**

Unsere Schlager!
 1 Pfund Kokosfett oder 1 Pfund Schweine-Kleinfleisch od. 5 Stk. Matjesheringe od. 1 Pfd. Eier-Spaghetti-Bruch nur **50**

Kompott-Früchte 1.15
 Heidelbeeren oder Preiselbeeren oder Birnen 1/2 Frucht od. Aprikosen oder Walnüsse oder Kirschen 2-Pfund-Dosen nur

Unser beliebtes Sortiment:
 5 Pfund Kristall-Zucker . . . **2.95**
 5 Pfund Kaiser-Auszugemehl
 1 Pfund Kathreiner Melkakaffee zusammen

Stauend billig und gut!
 4 Tafeln à 100 Gr. Vollmilch- od. Haselnuß- od. Krokant-Schokolade nur **95**
 1 Tafel **28**

Telephonische Bestellungen: 709 41. Sowell Vorrat

Leipzig, Königsplatz
 Das Haus der volkstümlichen Preise!

Ämtliche Bekanntmachungen

Der Bezirksrat hat auf Grund von § 23 des Landesfinanzvergleichsgesetzes in der Fassung vom 15. Februar 1926, S. 631, S. 39 fabe., folgende

Satzung

über die Erhebung der Bezirksumlage für den Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Leipzig beschlossen.

I.
 Der Berechnung der Bezirksumlage wird der jeweils gültige gesetzliche Umlagefuß (a. 31. nach § 27 Abs. 4 des Landesfinanzvergleichsgesetzes in der Fassung vom 15. Februar 1926, S. 631, S. 39 fabe.) mit folgenden Änderungen abzuändern geleast:

a) Die Zuschläge zur Grund- und Gewerbesteuer nach § 32 bzw. § 30 des Grundsteuer- bzw. Gewerbesteuergegesetzes vom 30. Juli 1926 (Sächs. GBl. S. 165 ff. bzw. 173) werden bei der Ermittlung des tatsächlichen Aufkommens an Steuereinnahmen mit dem Normalschlag, zur Zeit also nach § 32 Abs. 1, letzter Satz bzw. nach § 30, Abs. 2, letzter Satz der genannten Gesetze mit 100 Proz. eingestellt. Das gilt auch für den Fall, daß eine Gemeinde auf die Erhebung solcher eigenen Steuern oder Zuschlagsteuern ganz verzichtet.
 b) Für jede Gemeinde wird unter Zugrundelegung der Einwohnerzahl nach der letzten amtlichen Volkszählung festgestellt, um welchen Betrag ihr tatsächliches Aufkommen an denjenigen Steuereinnahmen, die für die Erhebung der Umlage maßgebend sind (vgl. hierzu auch vorstehend a), höher oder niedriger ist, als das auf sie nach dem Bezirksdurchschnitt entfallende Aufkommen an diesen Steuereinnahmen. Bei den Gemeinden, für die sich hiernach Mehrbeträge an tatsächlichem Aufkommen gegenüber dem nach dem Bezirksdurchschnitt errechneten ergeben, werden 30 Proz. des Unterschiedsbetrages zum tatsächlichen Aufkommen zugelagert, bei denjenigen dagegen, deren tatsächliches Aufkommen niedriger ist als das nach dem Bezirksdurchschnitt, 50 Proz. des Unterschiedsbetrages vom tatsächlichen Aufkommen abgezogen. Die so ermittelten neuen Beträge an Steuereinnahmen bilden den Umlagefuß.
 c) Nachweisbar in einer Gemeinde die Einwohnerzahl der letzten Volkszählung um mehr als 25 v. D. überschritten worden, so wird der Berechnung die tatsächliche Bevölkerungsziffer am Schlusse des letzten Kalenderjahres nach Kürzung um 5 v. D. zugrunde geleast.

II.
 Diese Satzung tritt vom 1. April 1929 ab in Kraft. Vom gleichen Tage ab tritt die Satzung vom 10. April 1926 außer Kraft.

Leipzig, am 9. März 1929.
 (Stpl.) Der Bezirksausshuß.
 (ges.) Dr. Michaelmann, stellv. Vorsitz.
 GA. BV. 27.
 Es wird bestätigt, daß der Kreisausshuß vorstehende Satzung genehmigt hat.
 Leipzig, am 31. Mai 1929.
 Die Amtshauptmannschaft.
 (Stpl.) J. W. (ges.) Dr. Kupé.

Städtische Sparkasse Taucha.
 Einlagenverzinsung 5 bis 7 Proz.
 Geschäftszeit: 8 bis 1 Uhr
 Sonnabends 8-12 Uhr.
 Straßenbahnverbindung: Linie 23.

Der große Erfolg der GEG-Zigaretten

liegt in der Einführung neuer hervorragender Mischungen.

GEG-PHANTIS zu 4 Pfennig	GEG-KISIL zu 5 Pfennig
GEG-GASTALDE zu 6 Pfennig.	

In Geschmack und Aroma — der Preislage entsprechend — natürlich unterschieden, verkörpern diese drei Hauptforten der GEG höchste Qualität.

Die Raucher sind zufrieden!

Die **Konsumvereine** der Leipziger **Einkaufsvereinigungen.**

Abgabe nur an Mitglieder.

Der neue Sommer-Fahrplan der Leipziger Volkszeitung
 Alle Austräger und die Filialen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen
 Preis 30 Pfg. ist erschienen
Leipziger Buchdruckerei AG.
 Abteilung Buchhandlung
 Leipzig C 1, Tauchaer Str. 19/21

Cremers Tapetenhaus
 Tapeten in großer Auswahl, Rolle von **18** Pfg an
 Fußbodenlackfarbe . . 1-kg-Büchse **1.60** Mk.
 Wachstuche 1 Meter breit . Meter von **1.50** Mk.
 Linoleumläufer 65 cm breit Meter von **2.00** Mk. an
Nürnberg Str. 27 Ecke Königstr.

Bekanntmachung.
 Zur Schonung des Wildbestandes wird für den Bereich der Amtshauptmannschaft Leipzig angeordnet, daß vom Tage dieser Bekanntmachung an bis zum 31. Dezember 1929 Hunde in Wäldern, auf Feldern und Wiesen an der Weine zu führen sind. Hundüberhandlungen werden, soweit nicht nach anderen Strafbestimmungen härtere Strafen vermerkt sind, mit Geldstrafe bis zu 150.— RM. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.
 Von dieser Anordnung werden Jagdhunde bei Ausübung der Jagd nicht betroffen.
 Die Bekanntmachung der Amtshauptmannschaft Leipzig vom 12. Juni 1925 wird aufgehoben und durch die vorstehende Bekanntmachung ersetzt.
 Leipzig, am 2. Juli 1929.
 Die Amtshauptmannschaft.

Öffentliche Stadtverordnetenversammlung
 am Donnerstag, dem 4. Juli 1929, abends 7 1/2 Uhr, im Sitzungszimmer des Rathes.
 Tagesordnung: 1. Kenntnisnahme (Autofallen). 2. Gehalt Hamanns um Befreiung von seinem Stadtverordnetenmandat. 3. Einweisung des an Stelle des verstorbenen Herrn Stadtschilling neu einsetzenden Herrn Stadtschilling. 4. Haushaltplan 1929/30.

Dewitz Die Herstellung von 700 qm Kleinplaster mit etwas Erdbewegung und ferner 400 qm Tafelabfälle in der Hausstraße in Dewitz soll öffentlich vergeben werden.
 Unverbindliche Kostenschätze können bis 15. Juli beim Unterzeichneten eingereicht werden, dieselben sind auch die Ausführungsbedingungen, soweit der Vorrat reicht, in Empfang zu nehmen.
 Dewitz, den 2. Juli 1929.
 Der Gemeinderat.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Gau Leipzig Tel. 190 44
 Geschäftsstelle:
 Leipzig, Gellertstraße 7/9.

Ortsverein Holzhausen-Zuckelhausen. Die für 7. Juli angelegte Fahnenweihe muß unanfechtbar auf den 15. September verlegt werden. Wir bitten schon heute um Unterstützung und Freibaltung dieses Tages.
Gau Leipzig, Verfassungsfester Berlin. Es ist beabsichtigt, für Sonnabend vormittag (10. August) eine Gesellschaftsfahrt zusammenzustellen. Eine Liste zur Einzeichnung liegt in der Geschäftsstelle aus.

Von der Reise zurück
Dr. Felix Cohn
 Hals-, Nasen-, Ohren-Arzt
 Frankfurter Straße 6
 Sprechzeit 11-1/2 Uhr, 1/2 5-6 Uhr

Dr. med. L. Pedretti
 L.-Gohlis, Breitenfelder Straße 4, I.
 zurückgekehrt.



Vom Bezirksauschuß Leipzig

In der gestrigen Sitzung des Bezirksauschusses wurden im öffentlichen Teil nur wenige Angelegenheiten behandelt. Dem Verein der Heimat- und Geschichtsfreunde in Marktstädt wird zur Unterstützung seiner Arbeiten eine einmalige Beihilfe von 50 Mark gewährt. Es handelt sich hier ausnahmsweise um eine Unterstützung, die bei Stimmengleichheit nur mit der Stimme des Vorsitzenden gegen die unserer Genossen angenommen wurde.

Der Gemeinde Liebertwitz wird zur Durchführung kommunalpolitischer Arbeiten die Aufnahme von drei Darlehen, ihrem Antrage gemäß bei den von ihr vorgeschlagenen Kreditinstituten, genehmigt. Es handelt sich um ein Darlehn von 160 000 Mark zur Errichtung einer elektrischen Straßenbeleuchtung, aus dem der Gemeinde eine jährliche Belastung von 14 250 Mark erwächst. Des weiteren um ein Darlehn von 80 000 Mark zur Pflasterung mehrerer Straßen und endlich um ein Darlehn von 35 000 Mark zur Errichtung eines neuen Tropfwerkers in der Kläranlage. Die Rückzahlung dieses dritten Darlehens geschieht aus den Einnahmen der Schleusensteuer.

Das der Genossenschaft für Brückenunterhaltung gewährte Darlehn wird auf ihren Wunsch hin bis zum 31. Oktober 1929 gestundet, vor allem, weil die Gemeinden zum Teil ihre Gebühren an die Genossenschaft noch nicht entrichtet haben. Sie werden zur Erfüllung ihrer Verbindlichkeiten an die Genossenschaft besonders aufgefordert.

Wiederholung.

Sein Sommer- und Kinderfest begeht der Ortsverein der Sozialdemokratischen Partei am Sonntag, 7. Juli, auf dem Sportplatz und im Heim des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Kinderanmeldungen können in der Verkaufsstelle des Konsumvereins und bei den bekannten Funktionären vollzogen werden. Stellen zum Festumzug 13.30 (1/2 Uhr nachmittags) am Gemeindefeld, Abmarsch 14 Uhr. Auf dem Festplatz werden neben Konzertschulungen allerlei Volksbelustigungen und Ueberreichungen für jung und alt geboten. Für die Beaufsichtigung und Unterhaltung der Kinder durch die Kinderfreundeorganisation und Soz. Jugend ist Sorge getragen. Bei eintretender Dunkelheit findet ein Lampenumzug mit Musik vom Festplatz aus statt. Die Parteimitglieder und mit der Sozialdemokratie sympathisierende Einwohner werden gebeten, sich recht zahlreich am Festumzug und Sommerfest zu beteiligen. Gut Wetter ist wie immer bestellt.

Pöbelwut.

Ein Brandstifter festgenommen. Am 28. Juni vormittags ist hier eine Luftschleune mit 350 bis 400 Zentner Stroh niedergebrannt, wobei vorläufige Brandstiftung angenommen wurde. Durch die Ermittlungen der Kriminalpolizei ist es gelungen, als Täter einen 19jährigen Landarbeiter aus Zeitz festzunehmen. Er ist geständig, aus Rache darüber, daß er beim Betteln abgewiesen worden war, den Brand angelegt zu haben; er wurde der Staatsanwaltschaft übergeben.

Töchter.

Bei der Sparrasse erfolgten im vergangenen Monat 298 Einzahlungen in Höhe von 44 448 RM. und 117 Rückzahlungen im Betrage von 31 607 RM. 52 Einlagebücher wurden neu ausgestellt, 8 sind erloschen.

Beucht.

u. Gemeindevorordnetenitzung. Der Haushaltsplan fand nach einigen Änderungen einstimmige Annahme. Zur Reinigungsanlage für das Wasserwerk wurde auf Antrag der Genossen 20 000 RM. eingeleitet, die durch Anleihe gedeckt werden sollen. Der Bürgermeister möge nun ernsthaft an diese schon lange drängende Aufgabe herangehen. — Der Tarifvertrag über das Bad wird nachträglich aufgegeben. — Ein früherer Beschluß über Gewährung eines Zuschusses bleibt aufrechterhalten unter Wegfall einer Verpflichtung für den Nachsuchenden wegen Verwendung des freierwerbenden Wohnraumes. Hier hatte man weit über das Ziel hinausgeschossen. — Ein Angebot über Freimachung einer Wohnung gegen eine geringe Entschädigung fand Annahme unter der Voraussetzung, daß die Gemeinde einen ihrer Wohnungsuchenden in der betreffenden Wohnung unterbringen kann. — Für die Herstellung der Steigleitung im Wasserturm sind Kostenanschläge eingeholt.

Begau.

el. Vom Ortsverein. Die Parteigenossen ließen sich in der am Donnerstag abgehaltenen Mitgliederversammlung von dem Genossen Güter-Borna Bericht über den Magdeburger Parteitag geben. Der Redner betonte, daß nicht das Wehrprogramm, wohl aber die Frage der Koalitionsregierung der Brennpunkt des Parteitags gewesen sei. Die erste Wahlteilnehmerumfrage zeigte trotz der heftigen Angriffe von links und rechts das sichere Fundament der Partei. In lebhafter Diskussion wurde die Frage der Koalition umstritten und soll in einer späteren Versammlung behandelt werden. Genosse Michaelis wies auf den Parteitag in Röttha am 7. d. M. hin. Der Film „Die schwere Stunde der Frau“ soll im September im Volkshaus laufen. Die nächste Parteiversammlung findet Donnerstag, den 18. Juli, statt. Vom Vorsitzenden wurde bemängelt, daß eine Anzahl Parteigenossen sich in den Versammlungen nicht zeigen lassen und so feierliche Arbeit zu haben sind. Zur Stadtverordnetenwahl muß rechtzeitig Stellung genommen werden, und soll sich die nächste Parteiversammlung damit befassen.

Röttha.

Sozialistische Arbeiter-Jugend. Alle Genossen erscheinen am Sonnabend in Röttha und gestalten die Jugendfeier des Unterbezirks mit aus. Für Quartiere ist gesorgt. Am anderen Tage beteiligen wir uns am Freuentag. Freundschaft!

Die SAJ des Unterbezirks Borna veranstaltet am Sonnabend, dem 6. Juli, eine Jugendfeier. Sie enthält Lieber, Regitationen, Ansprache des Genossen Schröder, ein Jugendspiel „Der Sonne entgegen“ und Tänze. Wir laden hiermit die Arbeiterjugend, insbesondere die arbeitende Jugend von Röttha und Umgebung, herzlich ein. Die Feier beginnt um 20 Uhr im Rötthaer Gewerkschaftshaus. Eintritt beträgt für Erwachsene 40 Pf., für Jugendliche 25 Pf.

Freuentag. Die Veranstaltungen beginnen Sonntag, 7. Juli, 9 Uhr. Alle Teilnehmer müssen um diese Zeit eingetroffen sein. Jede Frauengruppe und Ortsgruppe sorgt für zahlreiche Beteiligung ihrer Mitglieder. Der 7. Juli gehört den sozialdemokratischen Frauen.

Berichtungs-Kalender

Donnerstag, den 4. Juli 1929

Bauarbeiter, Elysum, 19 Uhr.
Bund soz. Freidenker, Ortsgr. L. West, Felsenkeller, 19,30 Uhr.

Freitag, den 5. Juli 1929

Baukumpner (Betriebsräte und Vertrauensleute), Volkshaus, 20 Uhr.

Sächsische Gewerbeaufsicht 1928

Tarifverträge und Arbeitskämpfe — Arbeitszeit und Frauenarbeit

Die Tarifverträge haben im Berichtsjahre an Zahl und Bedeutung zugenommen; zahlreiche neue Berufsgruppen sind zu Vertragsabstufungen gekommen, namentlich auch Handwerkskreise. Die Bestrebungen auf Abschluß von Tarifverträgen entpanden allerdings häufig dem Verlangen nach tariflicher Mehrarbeit. Vielfach hatten sich die Arbeitgeber zum Abschluß der Tarifverträge mit nichttariffähigen Arbeitnehmergruppen, z. B. Gesellen- und Lehrlingsgruppen, verbunden, die Verträge sind dann von den Gewerbeaufsichtsbeamten beanstandet worden. Trotzdem hatten namentlich kleine Unternehmer, mitunter aber auch größere Betriebe ohne gesetzliche Betriebsvertretung, erstaunlich wenig Kenntnis, ob und welchen tariflichen Vereinbarungen sie unterliegen. 1928 waren 1014 Tarife in Geltung, und zwar 110 Reichstarifverträge, 112 Landestarifverträge, 340 Bezirkstarife, 202 Ortstarife und 250 Firmentarife. Die Zahl der durch letztere erfaßten Arbeitsverträge ist recht gering, sie werden meist für kleine Betriebe mit nur wenigen Arbeitnehmern abgeschlossen, für die bestehende Branchen- oder Industrietarife nicht anwendbar sind.

Die Arbeitskämpfe haben 1928 zwar nicht an Zahl, dafür aber erheblich an Ausdehnung und Heftigkeit zugenommen. Der Bericht bringt eine Uebersicht über die Arbeitskämpfe in Sachsen von 1923 bis 1928 sowie eine Uebersicht über die Arbeitskämpfe im Jahre 1928 nach Gewerbegruppen. Das Verhältnis bestreiter und aussperrender Betriebe hat sich seit 1926 den Vorjahren gegenüber grundlegend gewandelt. Während von 1923 bis 1925 die bestreikten Betriebe die aussperrenden bei weitem überwogen, sind seit 1926 die aussperrenden Betriebe gegenüber den bestreikten in ständigem Wachstum begriffen. Die Arbeitskämpfe haben an Zahl seit 1923 zwar beträchtlich abgenommen, sie sind aber in bezug auf die betroffenen Arbeiter wie auch auf die an verlorengegangenen Arbeitstagen durchschnittlich stark angeschwollen. Sie werden heute weniger rasch beschlussen, dafür aber mit erheblich vermehrter Intensität durchgeführt. 1928 machten die aussperrenden Betriebe reichlich mehr als das Doppelte der bestreikten Betriebe aus (981:402). Die Zahl der streikenden Arbeiter je Streik ist dem Vorjahre gegenüber etwas gestiegen (587:400); in erweitertem Maße gilt dies für die Zahl der ausgesperrten Arbeiter je Aussperrung. (1928: 16 226; 1927: 10 815). Die Heftigkeit der Arbeitskämpfe geht aus dem starken Anschwellen der infolge Aussperrung verlorenen Arbeitstage hervor (je Aussperrung 1928: 395 650 gegenüber 1927: 81 836). Auch die durch Streik verlorenen Arbeitstage vergrößerten sich (je Streik 1928: 13 066; 1927: 4667). Mit Recht bringt der Bericht das Ueberwiegen der Aussperrungen mit der abblühenden Konjunktur in Zusammenhang, die das Kampfmittel der Aussperrung bei sich verringerter Produktionsmöglichkeit wohl leichter durchführbar erscheinen ließ. Dazu kam die aus den Verkaufserlösen des letzten Jahres ersichtliche grundsätzliche ablehnende Einstellung der Arbeitgeberchaft gegenüber Lohnherhöhungen.

Die Durchführung der Arbeitszeitbestimmungen gestaltete sich bei dem Nachlassen des Beschäftigungsgrades und der gegen Ende des Jahres einsetzenden Kurzarbeit an sich leichter als im Vorjahre. Ueberdies sind mehr Betriebsvereinbarungen im Rahmen der Tarifverträge getroffen worden als früher. Trotzdem hatten sich die Gewerbeaufsichtsbeamten zu einem erheblichen Teil mit Arbeitszeitsachen zu befassen; solche Erörterungen wie auch Erörterungen von Arbeitszeitbeschwerden bereiteten gerade bei schlechten Geschäftslage wegen besondere

Schwierigkeiten durch erhöhte Reizbarkeit der Unternehmer und starke Zurückhaltung der Arbeitnehmer im Hinblick auf die Entlassungsgefahr. Nicht jede Beschwerde in Arbeitszeitsachen führt unter diesen Umständen zur vollen Aufklärung. Um Schädigungen der Arbeitnehmer zu vermeiden und Schwierigkeiten bei der Feststellung ungeklärter oder tarifwidriger Arbeitszeit zu vermeiden, schlägt ein Amt vor, daß den Beamten die Befugnis zur Einsichtnahme in die Lohnbücher und Arbeitszeitschriften (Stech- und Kontrollkarten) sowie zur Vernehmung von Arbeitnehmern an Arbeitsstelle erteilt wird.

Die meisten Straffälle betreffen — zum Teil sehr erhebliche — Ueberschreitungen der gesetzlichen Arbeitszeit. In einer Anzahl Fälle ist Strafverfolgung eingeleitet worden, weil Ueberarbeit ohne die nach den tariflichen Bestimmungen erforderliche Zustimmung der gesetzlichen Betriebsvertretung angeordnet und geleistet worden war. Beschäftigung von Arbeiterinnen im Zweischichtenbetrieb vor 6 Uhr morgens und nach 10 Uhr abends, zum Teil bei ineinandergreifenden Schichten und bei einer Arbeitszeit von 11 Stunden führten in vier Fällen zur Bestrafung der Unternehmer. Ueberlange Beschäftigungszeit im Freilebungsberufe an den Vorabenden vor Festtagen festgestellt worden. Zahlreiche Beschwerden betrafen die Beschäftigungszeit von Lehrlingen; viele Fälle führten zu Anzeigerstattung wegen zu langer Arbeitszeit und Nichtgewährung von Pausen. Insgesamt ist im Berichtsjahre in 621 Fällen Strafverfolgung eingeleitet worden. Bei der Strafverfolgung ist anscheinend nicht einheitlich verfahren worden. Der Chemiker Bericht stellt ein Sinken der Strafhöhe im Vergleich zum Vorjahre fest; die Strafen bewegten sich bei etwa einem Drittel der Urteile zwischen 10 und 40 Mark, bei einem weiteren Drittel um 50 Mark herum, ein knappes Viertel erreichte 50 bis 100 Mark, der Rest mehr als 100 Mark. Im Dresdener Bezirk hielten sich die ausgeworfenen Strafen zwischen 10 und 250 Mark; der Plauener Bericht stellt fest, daß die Gerichte jetzt angemessene hohe Strafen — von 10 bis 500 Mark — ausgeworfen haben.

Nach den Wahrnehmungen der Gewerbeaufsichtsbeamten ist der durch das Arbeitszeitgesetz gewollte Zweck, den Umfang der Nacharbeit durch den gesetzlich festgelegten Anspruch der Arbeitnehmer auf angemessene Vergütung der Ueberstunden einzudämmen, im allgemeinen erreicht worden. Der Anreiz zu Ueberstunden im Rahmen der zulässigen Ausnahmen ist geschwunden. Inwieweit allerdings der Anspruch auf Ueberstundenzuschlag bekannt war und geltend gemacht worden ist, ist eine andere Frage; waren sich doch viele Betriebe über ihre Tarifzugehörigkeit nicht klar. Weiter stellt der Bericht fest, daß die Zurückhaltung der Gewerbeaufsichtsbeamten bei der Genehmigung von Gesuchen um Zulassung von Mehrarbeit den Abschluß von Tarifverträgen gefördert hat, z. B. in der Musik- und Automatenindustrie des Vogtlandes.

Nacharbeit von Frauen ist in geringem Umfange genehmigt worden. Ein Gesuch um Zulassung von Frauen zur Nacharbeit war damit begründet, daß männliche Arbeiter an dem betreffenden Maschinen nicht eingearbeitet seien und für die Erzielung des Auftrages nur der Lohn für weibliche Arbeiter nebst dem Zuschlag für Nacharbeit einkaufsfähig sei. Das Gesuch ist abgelehnt worden. Bei der Genehmigung von Gesuchen um Zulassung von Sonntagsarbeit, hervorgerufen durch den Wunsch der Arbeitnehmer, Lohnausfall wettzumachen, sind die zur Erteilung von Genehmigung zur Sonntagsarbeit zuständigen Polizeibehörden gelegentlich über ihre Befugnisse hinausgegangen. Sie haben neuerdings vor der Genehmigung neben Betriebsrat und Gewerkschaft auch die Gewerbeaufsichtsbeamten zu hören.

Sorglosigkeit im Finanzministerium

Im Haushaltsauschuß B des Sächsischen Landtages konnte die Sozialdemokratie am Dienstag beim Kapitel Staatliche Kraftwagenlinien einen schönen Erfolg buchen. Auf ihren Antrag wurde beschlossen: 1. daß an Angestellte und untere Beamte, die gewungen sind, zur Erreichung ihrer Arbeitsstelle die staatlichen Kraftwagenlinien zu benutzen, verbilligte Wochen- und Monatskarten in gleicher Weise ausgegeben werden, wie an die Arbeiter; 2. daß den Erwerbslosen, die zur Kontrolle die Autobuslinien benutzen müssen, nur die Hälfte des Fahrpreises berechnet wird. Die Linien und die Nazis stimmten für diesen Antrag.

Beim Kapitel Elsterbad konnte der Berichterstatter, Genosse Graupe, darauf hinweisen, daß der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion im alten Landtag zu gewissen Erfolgen geführt hat; denn der Betrag, der für soziale Widerfahrtskosten im letzten Jahre verausgabt worden ist, ist von 50 000 RM. auf 90 000 RM. gestiegen; die Zahl der Personen, die von den Kurgebühren ganz oder teilweise befreit waren, oder freie, verbilligte Bäder erhielten, ist von 2786 im Jahre 1927 auf 4807 im Jahre 1928 gestiegen. Bei der Errichtung einer neuen geschlossenen und heizbaren Quell- und Wandelhalle an der Salz- und Morichquelle ist die vorgelegene Etatposition glatt um 200 000 RM. überschritten worden. Der Vertreter des Finanzministeriums, Ministerialrat Dr. Kramer, insbesondere von den sozialdemokratischen Ausschußmitgliedern in die Länge genommen, konnte als Begründung für diesen Bruch des Etatsrechts nichts anführen, als daß die Regierung aus Mangel an Zeit den Baugrund nicht genügend hätte prüfen können. Mit Nachdruck wurde von den sozialdemokratischen Vertretern betont,

daß hier die Sorglosigkeit der Regierung dem Staat viel Geld koste.

Das Kapitel Gewerbliche Betriebe (Kalkwerke, Porzellanmanufaktur und Glitzerwerke) wurde genehmigt. Die sozialdemokratischen Anträge zur Porzellanmanufaktur sollen erneut zur Beratung gestellt werden, wenn die Denkschrift der Regierung vorliegt. Endlich wurden die eingestellten Beträge zur Förderung des Luftfahrwesens gegen die Stimmen der Linken genehmigt.

Kommunistischer Mißtrauensantrag gegen Büniger

Am Mittwochmittag ist im Landtag ein Mißtrauensantrag der kommunistischen Fraktion gegen die Regierung Büniger eingegangen. Dieser Antrag wird schon in der heutigen Sitzung des Landtages sofort nach der Regierungserklärung, die als erster Punkt auf der Tagesordnung steht, zur Behandlung und Entscheidung kommen.

Nach Artikel 27 der Verfassung wird ein Mißtrauensvotum mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten angenommen, das heißt, es müssen 49 Stimmen für das Mißtrauensvotum abgegeben werden. Außer den Kommunisten wird selbstverständlich die sozialdemokratische Fraktion für das Mißtrauensvotum stimmen, und auch die Aufwarter haben erklärt, daß sie zustimmen werden. Das wären 48 Stimmen! Die Demokraten werden sich aller Wahrscheinlichkeit nach der Stimme enthalten. Die USV müßte nach dem Beschluß ihres Vorstandes vom letzten Sonntag, durch den die Rechtmäßigkeit der Wahl Bünigers bestritten wurde, gegen Büniger, also für das Mißtrauensvotum stimmen. Wird sie diese Konsequenz aufbringen? Wenn auch nur Herr Feldt für den Mißtrauensantrag votieren würde, so wäre er angenommen. Selbst wenn aber die USV zur Stimmenthaltung kommt, so wäre das Ergebnis, daß 48 Stimmen für das Mißtrauensvotum und 42 dagegen abgegeben wären, bei 6 Stimmenthaltungen. Damit ist kein Staat zu machen.

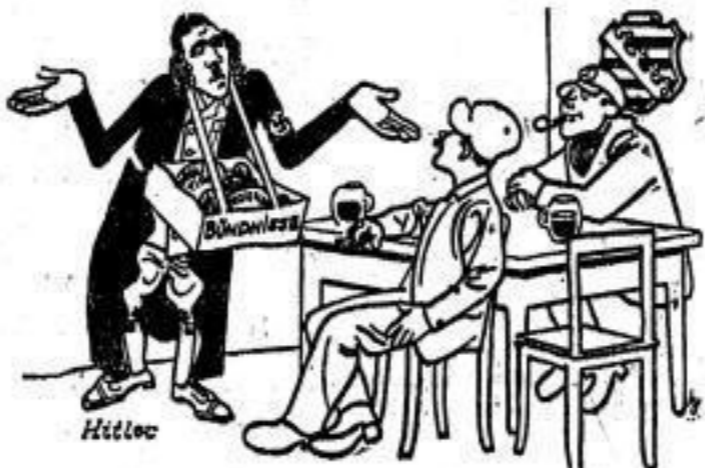
Wieder eine Niederlage des Zwickauer Stadtrates

Der reaktionäre Rat der Stadt Zwickau hat sich, wie unser Zwickauer Parteiblatt berichtet, wieder einmal eine wohlverdiente Niederlage geholt. Anläßlich des Sächsischen Gemeindetages im Dezember vorigen Jahres war es zwischen dem Rat und dem Stadtverordnetenkollegium zu einem Konflikt gekommen. Der Rat hatte von den sechs Delegierten, die der Stadt Zwickau zuhanden, drei für sich beansprucht, während ihm das Stadtverordnetenkollegium nur zwei Delegierte zubilligte und vier aus seiner eigenen Mitte wählte. Dieses Verhalten des Stadtverordnetenkollegiums hieß der Rat für eine Gesetzesverletzung und reichte deshalb beim Verwaltungsgericht der Kreisshauptmannschaft Zwickau Klage ein. Das Verwaltungsgericht wies die Klage jedoch zurück, da das Delegationsrecht zum Sächsischen Gemeindetage auf einer Privatabmachung beruhe und infolgedessen im Beschluß des Stadtverordnetenkollegiums keine Ungeheuerlichkeit erblickt werden könne.

Waldheim. Tödlich überfahren. Auf der Straße Waldheim-Röhlitz wurde bei einem Bahnübergang ein Postant vom Zuge tödlich überfahren.

Sittler in Verkleidung.

In Sachsen bot die Sittlerpartei den Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsame Regierungsbildung an.



Der vermurmelte Sittler: „Nig ssu handeln?“

Zwanzig Kronen

Von Halle Rosenkrantz.

Der Arrestverwalter hieß Kirke-Hjenneslev — so nannte man ihn nach seinem Geburtsort, eigentlich hieß er Madsen. Er war nun an die siebzig, krumm im Rücken, mit einem breiten, stahlgrauen Apfelfarb, der ihm bis an die Brust ging. Er war viele Jahre lang Postist im kleinen Ort gewesen, dann war er Arrestverwalter geworden — er machte auch bei der Polizei noch Dienst, aber nur, um sich was zusammenzusparen, so ein alter Mann konnte ja auf die Diebe nicht aufpassen, bevor sie nicht hinter Schloß und Riegel waren.

Seine Frau half ihm getreulich, sie konnte selbst gegen die verstocktesten Missetäter aufkommen, und die Arrestanten, die sich gut führten, durften ihr im Haushalt an die Hand gehen. Der Ort war idyllisch und friedlich, — und so war auch Kirke-Hjenneslevs Arrest. Draußen auf dem Land wirkte Callesen, der war beruflicher Gendarm, hatte seine Ausbildung in der Großstadt bekommen und repräsentierte etwas modernere Diebesverfolgungsmethoden, die er sich bei der reorganisierten Polizei der Hauptstadt angeeignet hatte.

Callesen behandelte den Arrestverwalter mit höflicher Ueberlegenheit, während ihn der Arrestverwalter mit leiser Betrachtung als Grünschnabel ansah. So hatten sie zwanzig Jahre im öffentlichen Sicherheitsdienst zusammen gewirkt.

Als es nun einmal in der Gegend allzuoft zu brennen begann, kam aus der Hauptstadt eine Brandkommission mit „Geheimen“, die es verstanden, die Arrestanten müde zu machen und zum Gesehen zu bringen. Callesen schüttelte über diese neuartigen Mittel den Kopf, und Frau Madsen war geradezu verzweifelt. Aber dem alten Kirke-Hjenneslev imponierte das, und er beschloß, die neue Polizeimethode zu lernen. Die Theorie des Vorgesetzten war: Anwendung der physischen Tortur im Arrest und vor Gericht. Die Methode war von der Kriminalpolizei der Hauptstadt erprobt und trefflich befunden worden, und der Arrestverwalter lernte sie auf seine alte Tage.

Eines Tages war nun bei der Bäckersfrau am Tor ein goldenes Zwanzigkronenstück weg, — niemand anders konnte es genommen haben, als der Gemeindefürer Marius. Er war ein Armenhauskind, auf Gemeindefürer großgezogen, ein kleiner, schauer, verschlossener Bursche von vierzehn Jahren, er sah schon aus, als könnte man ihm allerschand zutrauen. Die Bäckersfrau war Frau Madsens Kaffeegewerke, das Verbrechen wurde angezeigt, Marius wurde am Schlafittchen genommen und vom Amtsgerichtsrat einem Verhör unterzogen. Marius leugnete alles, aber es sprach eine Masse Indizium, wie die Bäckersfrau sagte, gegen ihn: er hatte ein Paar neue Hosen bekommen und eine neue Mütze, hatte in der letzten Zeit eine Unmenge Drosche gekauft und war überhaupt so eigenartig umhergeschliffen. Das Geldstück hatte die Bäckersfrau auf ein Regal gelegt, nur Marius wußte davon usw., — aber Marius schielte nur und sagte nein.

Etwas Positives konnte man gegen den Jungen nicht vorbringen, — aber man weiß ja, wie so ein Bürschchen ist, dessen Mutter verkommen war und nie anders als durch einen strammen Meibeld einen Vater für ihre Kinder bekommen konnte. Der Amtsgerichtsrat trug dem Arrestverwalter auf, aus Marius die Wahrheit herauszubekommen. Und Kirke-Hjenneslev legte mit den Methoden los, die er von den „Geheimen“ der Brandkommission gelernt hatte. Und die waren nicht mild.

Marius wurde nun nach allen Regeln der Kunst gepeinigt, er bekam nichts anderes zu essen und zu trinken als einen Knust Schwarzbrot, der ihm, zusammen mit einem rostigen Brotmesser, auf einer Tonschale hereingestellt wurde.

Marius schielte und sagte nein. Da fuhr der Arrestverwalter großes Geschrei auf. Marius sah in seiner kleinen Zelle, in der eine Gasflamme brannte, er brütete Kumpf und müde von der vielen Qualerei vor sich hin, und als der Arrestverwalter zu ihm hereintrat und das Gas auslöschte, kroch er auf die Britsche unter die Decke und schlief gleich ein, — das durfte der arme Junge noch.

Vom Kirchturn schlief er zwölft, es dröhnte über den kleinen Ort, — die Glockenschläge waren noch nicht verklungen, da erwachte Marius von einem teuflischen Kraxel umhergeworfener Rufen und Donnern an der Tür des Arrestes. Er fuhr hoch. Angst hatte er im Dunkeln sowieso schon, die grauenvollen Spukgeschichten, mit denen die Weiber des Armenhauses das Kind

unterhalten hatten, gingen ihm im Kopf herum. Er zitterte wie Espenlaub, und plötzlich fiel sein eingeschüchterter Blick auf eine leuchtende Schrift an der rauhen Wand der Zelle. Da stand mit flammenden Buchstaben:

„Marius! Befenne deine Missetat!
Satan.“

Marius schrie vor Angst auf, er wälzte sich unter der Decke, er konnte keine Ruhe finden, über ihm leuchtete der teuflische Befehl, den der Fürst der Hölle selber unterschrieben hatte.

Als der Arrestverwalter am nächsten Morgen in die Zelle trat, um sich zu überzeugen, ob die Kur geholfen hatte, lag Marius mit einem milden, verklärten Ausdruck in seinem kleinen, bleichen Gesicht da. Er hatte sich das Brotmesser in die Brust gesteckt. An die Wand über der Britsche hatte er mit großen, plumpen Buchstaben geschrieben:

„Ich bin es nicht gewesen.
Marius.“

Während der Arrestverwalter auf dem Gang umhertaumelte und nicht aus noch ein wußte, kam die Bäckersfrau, strahlend wie ein Sommermorgen, und erzählte, das Geldstück hätte sich gefunden, es war Gott sei Dank nur hinter das Regal in eine Ritze gerutscht.

„Um Gottes willen!“ sagte der Amtsgerichtsrat, als Kirke-Hjenneslev zum Morgenrapport iens Bureau kam, „wie sehen Sie denn aus?“

Der breite Bart des Mannes war schlohweiß geworden. Marius bekam auf Gemeindefürer ein schönes Begräbnis und eine schöne Leichenrede. Ueber das andre schwieg man, um den Respekt vor der Obrigkeit nicht zu erschüttern, aber der Arrestverwalter durfte die Arrestanten nie wieder behandeln, — die Luft dazu war ihm auch vergangen, und kein Arrestverwalter kann besser und nachsichtiger gegen die Arrestanten sein, als Kirke-Hjenneslev von dem Tag an war.

(Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von Adolf Koplisch.)

Klage eines Kleinrentners

(in den Wind gesprochen).

Wozu habe ich Kinder in die Welt gesetzt? Wozu — zeit meines Lebens — beständig vergebens gepörrt? Wozu meinen Zylinder bis heute gekostet und aufbewahrt? Warum habe ich die Geheke nie verkehrt und die Stillschick nie gefährdet? ..? Damit man mich jetzt belohnt — und dreiprozentig aufwertet.

Warum hab ich freiwillig in den Krieg als Mitglied eines Tierchutzvereins? Wieso verkaufte ich mich so billig der Politik, trotz eines Krankenscheins? Warum ist es am Rhein so schön und bei meiner Frau so mies? Wieso fliege ich nicht auch in die Rhön, wo der Himmel so blau und das Flühbett ein Paradies?

Wozu seht man die Löhne herauf, wenn die Teuerung gleichzeitig steigt? Warum wird im Kino nur das Schöne und nicht mein Lebenslauf gezeigt? ..? Warum spiele ich noch immer Staatslotterie? Wieso ist denn Gott so groß? Und er verändert doch niemals unser Kleinrentnerlos!!

Mag Koplisch.

Kleine Chronik

Die Scher-Operette bekam ihren Titel, weil man auf eine Nachwirkung des Namens „Dreigroschen-Oper“ spekulierte. Außerdem sind zwei Berühmten der Zahl 8 festzustellen. Die Handlung — ein junger nichtstuerender Vasse bekommt die Tochter eines Arztes, weil er in dessen Sanatorium drei nichtstuerende Mädchen ohne jeden Willen kuriert — ist keinen Scher wert, und es spielen sechs Personen mit. Die Musik Walter Brommes, die der Kapellmeister G. Juchs-Martin vom Klavier aus mit Lebendigkeit leitet, während seine Musiker mäßig spielen, zitiert viel fremdes Gut, vom neuen Liebes Madie Messers bis zum alten Schläger des Zuzbarons: Wenn ein Madel einen Herrn hat. Berliner Gäste sorgen im Leipziger Operetten-Theater mit ihrem Tempo dafür, daß eine Nichtigkeit gegen halb elf aus ist und erträglich bleibt, die mit reiner Leipziger Besetzung bis Mitternacht unerträglich lang gezerrt worden wäre. Die 6 Personen: Kaproth macht einen seiner gewöhnlichen passablen Väter; Hans Polster ist ein einfallsloser uninteressanter Herr; Beatrice Helger hat sich mit der undankbarsten Rolle des Stüdes abgefunden; Vally Hofbauer kann mit ihrer Miß auch nicht viel anfangen; Grete Freund versteht, was hübsch gewaschene Mädchen an sich haben, effektvoll zu verwerthen; und der einzige wahre Spaß in diesem mit fettigen Joten ausgestatteten, die anspruchlose Böhdeheit auch des Berliner Operetten-Publikums bezeugenden Nach-Anweck ist Charlotte Waldow, eine Ueberberlinerin, froh und pointiert im Vortrag, derb und ungemindert in ihrem Humor, der zeitweilig auf einem falschen, schwankenden Männerfuß dahinjagt. C. Z.

Veranstaltungen des Konservatoriums. Am Sonntagmorgen stellten sich zwei junge Dirigenten aus der Klasse Max Hofkollers vor. Friedrich Herberger begleitete geschickt in einer konventionellen Max-Bruch-Arie Lotte Stein, Trägerin eines ererbten Soprans, in dem neben den großen Tönen noch klanglose Töne stehen, und dirigierte drei Vorspiele aus Pigners Musik zum „Fest auf Soltau“ und Cornelius' Ouvertüre zum „Barbier von Bagdad“. Er machte auch das sehr geschickt, fast effektvoll, mit eindringlicher Uebersetzung; aber den Cornelius (in Wolffs Bearbeitung) allzu schwer, seiner schönsten Leichtigkeit beraubt, und den Pignier bei allem Pathos doch kühl, verstandesmäßig. In Uebersetzungen kopiert er im Tieffischen, im Handwerker und der Diagonal-Direktion, ja fast bis auf die Hülfhaltung das große Vorbild Furtwänglers. Der andere Kandidat, Johannes Koeber, überzeugte mit einer groß angelegten, klar aufgebauten und von innen heraus gefalteten Interpretation der 3. Sinfonie von Brahms. Es war eine imponierende Ruhe in dieser Leistung, in der nur das Tempo des Poco Allegretto bestrebte.

Der 23. (vorletzte und für mich letzte) Vortragsabend dieses Studienjahres begann mit Mozarts Krönungskonzert, von Irene Finger begabt und sauber, nur noch etwas did im Ton und gelegentlich im Larghetto mehr auf Klang als auf Linie gespielt. Ludwig Thuilles Sonate für Cello und Klavier, Op. 22, erfährt eine temperamentvolle Wiedergabe durch Willi Zimmer und Karl Schumann. Die geistige Luft von uns zu dieser Nachromanik, die manchmal auf seinen Gegner hinweist, vermochten die beiden nicht zu überbrücken. Die schon öfter hervorgeratene Catharin Bose aus Butte U.S.A. brillierte wieder mit ihrer erstaunlichen Höhe, ohne daß damit eine gleichmäßige Tonhöhenverbindung gewonnen wäre. Von den beiden gleichmäßig verweilten Studien ist die des Bogalies am meisten geliebt. Helmut Stöck, ein vorortlicher Organist, spielte Präludium und Fuge H-Wolff von dem Studierenden des Instituts Helmut Stöck. Das Werk hat ein eigenes und klares Gesicht. Inhalt und Mittel widersprechen sich nicht, nur das Ende der Fuge ist nicht zwangsläufig, nicht ausgereift, mutet wie ein improvisierter Abschluß an. Den stärksten Eindruck des Abends gaben Hans Gillessen und Wolfgang Scheider mit Regers Beethoven-Variationen für zwei Klaviere. Sie sind sehr gut aufeinander eingespielt, haben prächtige Einzelheiten und gehen nur dann zu feig ins Zeug, wo Regers gar zuviel aus dem Thema gemacht hat und wo man mit einer spezifischen Regers-Technik das Wesentliche über die Tonmassen erheben muß. H. W.

Die Laban-Schule siedelt nach Essen über. Auf Grund von Verhandlungen zwischen dem städtischen Volkswang-Schulen Essen und der Jentraschule Laban siedelt die Laban-Schule Rudolf von Labans im Herbst 1929 nach Essen über. Sie wird mit den Volkswang-Schulen — Fachabteilung Tanz, Direktor Kurt Joos — vereinigt in städtischer Regie weitergeführt. Rudolf von Laban wird weiterhin in den Meisterkursen und Prüfungen wirken.

Die Geschichte Jan Beeks

Von Karl Schröder.

56

Copyright 1929 by „Der Völkertreu G. m. b. H.“, Berlin SW. 61

Plötzlich wird ihm angst bei dem Gedanken an Ruhland, als müchte er in eine Wüste wandern, endlos weit, einsam und völlig verloren. So deutlich und stark ist dieses Gefühl der Verlorenheit, daß ihm ein kalter Schweiß auf die Stirn tritt. In diesem Augenblick geht aus dem Dunkel der Schrei einer Lokomotive; das Echo rollt zwischen den Hügeln. Er zieht mit zitternder Rechten im Liegen die Streichhölzer aus der Hosentasche, aber gleich darauf ist er kalt und fest. Er kriecht bis an das Ende der Schnur; das Hörschellen flamm auf — die Schnur glimmt an.

Er richtet sich vorsichtig auf. Hier ist es totenstill; die Lichter stehen im Nebel. Freie Fahrt für den kommenden Zug. Es kann kein Ausweichen geben. Das Donnern, Rattern und Jischen von der Kurve her kommt näher und näher. Jan schiebt sich rückwärts — mit dem Gesicht nach der Schnur — ein wenig vorübergebeugt in die Fensterbühne hinein. Das glimmende Fünfkien da unten zieht magisch den Blick an. Aber jetzt! .. es stummert ihm vor den Augen — gleich darauf ist es dunkel. In seinen Ohren beginnt ein rasendes Säusen; Hämmer schlagen im Hirn auf stählerne Platten. Die Schnur ist erloschen! Schnell! zurück! Sonst ist alles verloren. Von rechts her donnert der Zug — ein Orkan im Kopfe Jan Beeks. Mit einem wilden Satz springt er vor; er hört ohrenzerreißende, nervenzerschneidende Schreie. Eine rasende Wollust erfährt ihn bei diesen Schreien; er wirft sich nieder, die Schnur zu sehen, dann fällt das Licht der glühenden Augen der Lokomotive um die Ecke der Kurve hinein in die Schlucht. — In diesem Augenblick hat das glimmende Fünfkien, das Jan nicht sah, die Patrone erreicht. Mit schauerlich dampfen Knall erfolgt ihre Explosion. Wenige Sekunden später rast der Zug ins Verderben.

Erst am Nachmittag des nächsten Tages wird Jan gefunden. Die Gewalt des Luftdrucks hat ihn hinaufgeschleudert bis an den Felsenrand. Ein Eisenstück hat ihm die Brust durchschlagen. Der Tod ist überraschend gekommen. Stredenarbeiter, die hier aufräumen müssen, stehen an seiner Leiche. Sie stehen davor mit Gesichtern, als läge dort ein giftiges, noch im Tode gefährliches Reptil. Sein Kopf ist auf die Seite gedreht. Einer stößt mit dem Stiefel nach ihm. Er rollt ein wenig herum; man sieht das ganze Gesicht; ganz wie aus Stein gemeißelt; aber zugleich liegt ein Zug darauf wie Erlaunen und gespannter Erwartung.

Zwei Monate sind vergangen. Die Welt steht nicht still, weil einzelne fallen; weil einzelne schreien und einzelne jubeln, Was

ist der einzelne anders als Tropfen im Meer? Aber das Meer ist wieder im Tropfen: ohne Tropfen kein Meer. Schmerz und Freude, Kampf und Ruhe, Leben und Tod durchdringen einander in unzerstörbarer Einheit. Im Endlosen ruht das Endliche; ohne Endlichkeit keine Ewigkeit.

Heute ist klarer Sommertag. Wolkenlos blau der Himmel. In die engken Höfe Berlins fällt noch ein Schimmer goldenen Lichtes; jammert auch im Blute hungernder Menschen.

Anna sitzt in der Stube vor ihrer Nähmaschine; nahe am Fenster. Daroben hat sie ein Körbchen gerückt. In ihm ruht der neue Jan Beek. Rund und rotig die Wädhchen; schlafend, ein Däumchen im Munde; mummelnd und laugend mit leisem Schmatzen. Ein Sonnenstrahl fällt über das andere Händchen, das entspannt auf der Decke ruht. Vom Tisch her klingt helles Getöse. Otto ist eifrig bei Schularbeiten.

Es klopf draußen an der Korridortür. Otto springt hin, sie zu öffnen. Anna hört auf zu nähen. Mit einem verlorenen Blick sieht sie über das Schwebel. Jedesmal, wenn sie es tut, überfließt sie körperlicher Schmerz. Da kommen feste Schritte aus dem Korridor. Zugleich mit dem Jungen tritt der Holländer Hemstert in die Stube. Schnell geht er auf Anna zu, die vor Schreck und Schwäche zurücktritt, als sie eben aufstehen will. Er hat ihr damals die Nachricht gebracht, daß Jan in Steettin verhaftet war. Er nimmt ihre Hand; drückt sie dann leicht auf den Stuhl zurück, als sie versuchen will, sich zu erheben. Mit dem reifen, wissenden Nicken des alten Mannes beugt er sich einen Augenblick über das schlafende Kind. Geht zu dem Jungen, öffnet seine Ledermappe; zieht ein Buch heraus; schenkt es ihm.

„Dies das, mein Junge, und denke dabei an deinen Vater, dann wirst du ein tapferer Mann werden. Das wilst du doch auch — nicht wahr?“

Blutrot wird Otto, aber mutig hält er dem forschenden Blick des Alten stand.

„Ja, Herr Hemstert; ich will.“
Der streicht ihm über den Kopf.

„So ist es recht; dann machst du die Mutter glücklich und alle armen Menschen der Welt.“

Hemstert rückt einen Stuhl heran; setzt sich Anna gegenüber an die andere Seite der Nähmaschine.

Annas Gesicht ist weiß geworden; die hüftlichen Flecken verschwunden. Die Augen dunkeln wie brauner Samt; der verzerrte, getrocknete Ausdruck ist verschwunden, nur eine tiefe, stetige Trauer ruht in den Zügen. Sie sieht den Holländer schweigend an; die linke Hand auf dem Herzen.

„Sie brauchen mir nichts zu erzählen; ich habe alles erfahren. Ich komme nur, Ihnen zu sagen, daß ich Ihren Mann geliebt habe

wie meinen jüngeren Bruder. Und weil das so ist, muß ich ihm und den Seinen helfen, wie ich einem Bruder helfen würde. ..“
Sagen Sie nichts! Wir wollen überhaupt nicht davon reden. Ich muß Ihnen etwas anderes sagen: Sie werden mich auch verstehen, denn Sie haben ihn lieb gehabt: Als ich damals las, was geschah, da war ich auf das Tiefste erschüttert. Ein Mensch hat sein Schicksal erfüllt, hat den End sein Schicksal erfüllt. Aber nicht nur das eigene Schicksal, auch ein Stück des Schicksals einer ganzen Klasse. Ob es recht war? Ob es unrecht war? Ich bin alt, Frau Anna; und habe viel im Leben gesehen. Ich weiß, daß man das, was die Leute so sagen, nicht übersehen darf und nicht unterschätzen. Darüber hinaus aber weiß ich, warum das so ist: In dieser Gesellschaft ist Recht nicht zu trennen von Unrecht. Das Unrecht von heute ist ein Stück des Rechtes der Zukunft. Aber nicht der Einzelne ist schuldig; die Gesellschaft ist schuldig; die Klasse ist schuldig. Die Arbeiterklasse aber im gewaltigen Kampf um die Zukunft wird die Schuld aller einzelnen zu tragen wissen; denn sie weiß heute besser als einstmals, daß der Mensch einer zerrissenen Gesellschaft vielleicht „gut“ sein kann — wie der Bürger es meint —, wenn er sich mit Worten zufrieden gibt. Wer aber hat und in muß heute — gleich, ob sein Blut ihn treibt oder das Blut der vielen — der muß auch den Kelch bis zur Reize leeren. Kein Buch braucht ihn nennen, kein Mensch braucht ihn kennen, diesen Mann einer kämpfenden freigebenden Klasse — und doch; sein Tod: ist Leben und Zukunft. .. Frau Anna! .. Hemstert schweigt einen Augenblick; er nimmt die Hand der Frau in die Rechte, legt seine Lippe darüber:

„Sie haben so schwer und grausam getragen. Auch Jan hat Ihnen Unrecht getan, weil die Gesellschaft das Unrecht erzwingt; weil die Klasse ihr Recht verlangt. Seien Sie tapfer; Jan war tapfer; zweifeln Sie nicht an der Zukunft; auch er hatte den Glauben an die Zukunft.“

Anna hat dagelesen, mit großen, verrirren Augen den Holländer angesehen, während er sprach. Sie hat ihn wohl kaum verstanden. Als er aber dies letzte sagt, da schluchzt sie auf einmal auf, und der ganze Körper zittert:

„Ich habe ihn doch so lieb gehabt!“
Der Junge ist aufgesprungen; geht langsam neben die Mutter. Hemstert steht auf, tritt dicht neben Anna, legt ihr die Hand auf den Scheitel; sagt nur das eine Wort: „Mutter!“

In diesem Augenblick trifft ein Strahl der Sommer Sonne die Nase des kleinen Jan Beek im Walsdorf. Kräftig niest er, reißt mit den kleinen Fäukeln die Augen; schlägt sie dann auf — die Augen des Vaters; schreit und fordert die Milch der Mutter.

Ende.